

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll

35. Sitzung

Öffentliche Sitzung

Berlin, 15.05.2013, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: Saal E. 600

Vorsitz: Markus Grübel, MdB

- 1 Abschließende Beratung und Beschlussfassung über den Bericht des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ über die Arbeit in der 17. Wahlperiode
- 2 Vorstellung zentraler Befunde der zweiten Phase des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ durch Dr. Holger Krimmer (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) sowie des Projektes „Veränderungen in Dritte-Sektor-Organisationen und ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse“ durch Dr. Eckhard Priller (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)
- 3 Präsentation von Ergebnissen des gemeinsamen Forschungsprojektes des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg und der Hertie School of Governance zur wissenschaftlichen Begleitung der Einführungsphase des Bundesfreiwilligendienstes durch Annelie Beller und Rabea Haß
- 4 Aktuelle Gesetzesvorhaben
- 5 Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

Ordentliche Mitglieder

CDU/CSU

Norbert Geis
Markus Grübel
Katharina Landgraf
Klaus Riegert
Dr. Peter Tauber

SPD

Ute Kumpf
Gerold Reichenbach
Sönke Rix

FDP

Florian Bernschneider
Heinz Golombeck

DIE LINKE.

Heidrun Dittrich
Harald Koch

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ulrich Schneider

Stellvertretende Mitglieder

CDU/CSU

Christoph Poland
Karl Schiewerling
Johannes Selle
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier

SPD

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Mechthild Rawert
Stefan Schwartze

FDP

Sibylle Laurischk
Jörg von Polheim

DIE LINKE.

Diana Golze
Jörn Wunderlich

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Britta Habelmann

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“
35. Sitzung

Anwesenheitsliste*

Fraktionsmitarbeiter

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Anwesenheitsliste*

Bundesregierung

Bundesrat

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 35. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Unter Tagesordnungspunkt 1 stehe die abschließende Beratung und Beschlussfassung über den Bericht über die Arbeit des Unterausschusses in der 17. Wahlperiode auf dem Programm. Anschließend werde man sich unter Tagesordnungspunkt 2 mit den Ergebnissen aktueller Befragungen zur organisierten Zivilgesellschaft befassen. Dabei gehe es zum einen um die Resultate der zweiten Projektphase von „Zivilgesellschaft in Zahlen“, die Herr Dr. Holger Krimmer vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft vorstellen werde; zum anderen werde Herr Dr. Eckhard Priller vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) zentrale Befunde des Projekts „Veränderungen in Dritte-Sektor-Organisationen und ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse“ präsentieren. Auf Anregung des Kollegen Sönke Rix werde man sich unter Tagesordnungspunkt 3 mit der Thematik der Altersöffnung im Bundesfreiwilligendienst befassen. Frau Annelie Beller vom Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Universität Heidelberg und Frau Rabea Haß von der Hertie School of Governance würden hierzu Ergebnisse ihres gemeinsamen Forschungsprojektes zur wissenschaftlichen Begleitung der Einführungsphase des Bundesfreiwilligendienstes vorstellen. Für die Frage- und Diskussionsrunde stehe auch Herr Dr. Jens Kreuter, Leiter des Arbeitsstabs „Freiwilligendienste“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Verfügung. Mit den obligatorischen Tagesordnungspunkten „Aktuelle Gesetzesvorhaben“ und „Verschiedenes“ werde man dann die Sitzung beschließen.

Tagesordnungspunkt 1

Abschließende Beratung und Beschlussfassung über den Bericht des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ über die Arbeit in der 17. Wahlperiode

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Mitglieder im Vorfeld der Sitzung eine konsolidierte Fassung des Berichts über die Arbeit des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ in der 17. Wahlperiode erhalten hätten. In den Entwurf für die heutige Sitzung sei der auf Unterausschussdrucksache 17/022 verteilte Änderungswunsch des Kollegen Rix eingearbeitet worden, gegen den die Fraktionen keinen Widerspruch erhoben

hätten. Darüber hinaus seien kleinere sprachlich-redaktionelle Änderungen im Textteil und einige Aktualisierungen und Ergänzungen im Anlagenteil vorgenommen worden.

Bei der Anberatung des Berichtsentwurfs in der letzten Sitzung seien sowohl Aufbau und Inhalt des Berichts als auch die Empfehlung im Vorwort, dass sich der Deutsche Bundestag dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ auch in der kommenden Wahlperiode mit einem eigenen parlamentarischen Gremium weiter widmen sollte, auf allgemeines Einvernehmen gestoßen. Außer dem bereits erwähnten Ergänzungswunsch des Kollegen Rix seien keine weiteren Änderungsvorschläge im Sekretariat eingegangen. Der Vorsitzende fragt, ob es von Seiten der Fraktionen noch Änderungswünsche gebe, die nicht zuvor schriftlich eingereicht worden seien.

Abg. **Harald Koch** (DIE LINKE.) bittet, als Fußnote im Kapitel 2.2. auf Seite 19 einen ergänzenden Hinweis auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Weiterentwicklung des Bundesfreiwilligendienstes“ (Bundestagsdrucksache 17/9548) einzufügen.

Der **Vorsitzende** fragt, ob es Einwände von den anderen Fraktionen gegen diese Einfügung gebe. Dies sei offensichtlich nicht der Fall, sodass man so verfahren werde. Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche seitens der Fraktionen sehe er nicht. Daher könne man gleich zur Beschlussfassung übergehen.

Der Vorsitzende fragt, wer dem Berichtsentwurf mit der besprochenen kleinen redaktionellen Ergänzung des Kollegen Koch seine Zustimmung erteile. Er stellt fest, dass der Bericht einstimmig von den anwesenden Mitgliedern angenommen worden sei.

In der nächsten Woche werde den Mitgliedern die Druckfassung des Berichts als Unterausschussdrucksache zugehen. Der Hauptausschuss werde sich – wie bereits beim letzten Mal erwähnt – in seiner Sitzung am 12. Juni 2013 mit dem Bericht des Unterausschusses befassen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass noch zu klären sei, ob der Bericht – wie in den beiden vergangenen Wahlperioden – auch der interessierten Öffentlichkeit auf der Homepage des Unterausschusses zugänglich gemacht werden solle. Er höre auch hierzu keinen Widerspruch, sodass auch dies einvernehmlich so vereinbart sei.

Tagesordnungspunkt 2

Vorstellung zentraler Befunde der zweiten Phase des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ durch Dr. Holger Krimmer (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) sowie des Projektes „Veränderungen in Dritte-Sektor-Organisationen und ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse“ durch Dr. Eckhard Priller (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Der **Vorsitzende** weist einleitend darauf hin, dass zur Vorstellung der Ergebnisse der beiden Organisationsbefragungen durch Herrn Dr. Krimmer und Herrn Dr. Priller jeweils schriftliche Präsentationen vorlägen (Anlage 1 und 2).

Dr. Holger Krimmer (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) bedankt sich für die Einladung und für die Möglichkeit, zum zweiten Mal in dieser Wahlperiode Ergebnisse des Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ (ZiviZ) im Unterausschuss vorstellen zu können. Im November 2011 habe er bereits Befunde der ersten Projektphase präsentiert. Dabei sei es vor allem um die Auswertung der Daten des Statistischen Unternehmensregisters gegangen, womit jedoch nur die wirtschaftlich aktiven Organisationen der Zivilgesellschaft erfasst worden seien. Im Folgenden werde er erste Befunde der zweiten Projektphase vorstellen, in der man eine eigene Organisationsbefragung durchgeführt habe. Deren Auswertung sei noch nicht abgeschlossen, sodass er noch keine Endergebnisse präsentieren könne. Er wolle sich bei seiner Vorstellung auf einige Aspekte konzentrieren, von denen er glaube, dass sie in der Diskussion bislang nicht so intensiv berücksichtigt worden seien und die in manchen Punkten auch Lücken schließen könnten, die der Freiwilligensurvey durch seinen Zugang über die bürgerschaftlich Engagierten offen lasse.

Bei seinem Input wolle er auf drei Punkte eingehen. Zunächst werde er kurz etwas zum Projekt und zum Datensatz sagen. Anschließend werde er auf einige Inhalte der Organisationsbefragung eingehen, wobei es um bestehende Organisationsmodelle in unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft und um die Mitgliedschaft in Vereinen gehen werde. Mitgliedschaft sei eine wichtige Dimension, die im Freiwilligensurvey nicht abgefragt werde. Man sei aber davon überzeugt, dass es sich lohne, sich mit dem Thema „Mitgliedschaft“ unter einer engagementpolitischen Perspektive zu beschäftigen. Der dritte Punkt betreffe die Frage, ob es eine Infrastrukturlücke bei kleinen und mittleren Vereinen gebe. Er glaube, anhand der im Projekt erhobenen Daten, dass Anzeichen für das Bestehen einer solche Infrastrukturlücke vorhanden seien.

„Zivilgesellschaft in Zahlen“ sei bekanntermaßen ein Kooperationsprojekt der Bertelsmann Stiftung, der Fritz Thyssen Stiftung und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, wobei man seit 2008 im Feld sei. Projektziele seien eine Verbesserung der Datenlage über die organisierte Zivilgesellschaft in Deutschland und der Aufbau eines dauerhaften Monitorings der organisationalen Ebene von Zivilgesellschaft.

Bei der in der zweiten Projektphase durchgeführten Repräsentativbefragung sei man von einer Grundgesamtheit von rund 620.000 Organisationen ausgegangen. Zur organisierten Zivilgesellschaft zählten gemeinnützige und nicht gemeinnützige Vereine, BGB-Stiftungen, gemeinnützige GmbHs (gGmbHs) und gemeinnützige Genossenschaften. Im Datensatz sei ein verkleinertes Abbild von ca. 3.700 Organisationen, vor allem Vereine, enthalten. Allerdings seien die kleinen Rechtsformen insgesamt ein wenig überrepräsentiert, um Aussagen über Stiftungen, gGmbHs und Genossenschaften treffen zu können. Für die Repräsentativbefragung habe man zunächst alle Vereinsregister in Deutschland einbezogen und die gewonnenen Daten in einer Liste zusammengestellt. Auf dieser Grundlage habe man eine Stichprobe gezogen. Die Feldphase habe zwischen September und Dezember 2012 stattgefunden. Der Datensatz liege seit Januar/Februar 2013 vor, sodass man erst seit drei Monaten in der Auswertung sei.

Damit komme er zur Präsentation der ersten vorliegenden Befunde. In der Erhebung habe man zunächst einmal danach gefragt, welche Organisationen – und mit welchem Anteil – überhaupt bürgerschaftliches Engagement organisierten. Dabei habe man drei Organisationsmodelle unterschieden. Die blauen Balken im Schaubild „Organisationsmodelle nach Bereichen“ repräsentierten Organisationen, die nur mit bürgerschaftlichem Engagement arbeiteten, die gelben Balken umfassten die Organisationen, die sowohl freiwillig Engagierte als auch hauptamtlich Beschäftigte hätten und die grünen Balken kennzeichneten die Organisationen, die nur mit hauptamtlichem Beschäftigten arbeiteten. Zentrale Erkenntnis der ersten Auswertung sei die enorm hohe Diversifikation im Bereich der Zivilgesellschaft. Es gebe nicht *die* zivilgesellschaftliche Organisation, sondern eine enorme Pluralität hinsichtlich der Größe, aber auch hinsichtlich der Personalstrukturen. Das Schaubild zeige dies anhand verschiedener Politikfelder. Es gebe stärker ökonomisierte und kommerzialisierte Organisationen vor allem in den Bereichen, die stark in das sozialstaatliche Dienstleistungsarrangement eingebunden seien. Dazu zählten das Gesundheitswesen, die sozialen Dienste, aber auch der Bereich „Bildung und Erziehung“.

Im Bereich „Soziale Dienste“ sei feststellbar, dass die Organisationen, die nur mit bürgerschaftlichem Engagement arbeiteten, insgesamt nicht einmal die Hälfte ausmachten. Engagementintensive Bereiche seien vor allem der Sport und der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, in denen rein hauptamtliche Organisationen überhaupt nicht vorkämen. Er wolle kurz auf zwei Sektoren näher eingehen. Im Sportbereich, der mit über 1.000 Fällen im Datensatz vertreten sei, machten Vereine 99,1 Prozent der Organisationen aus. Genossenschaften und gGmbHs gebe es im Sport überhaupt nicht und der Anteil von Stiftungen sei verschwindend gering. Auffallend sei, dass die hauptamtlichen Strukturen im Sportvereinswesen nur marginal ausgeprägt seien.

Im Kontrast dazu seien im Bereich „Bildung und Erziehung“ alle Organisations- bzw. Rechtsformen vertreten: Vereine, gGmbHs, Genossenschaften und Stiftungen. Die Vereine machten hier insgesamt 74 Prozent aus, während sich ein Viertel der Organisationen anderer Rechtsformen bediene. Der Anteil von Organisationen, die mit bürgerschaftlichem Engagement arbeiteten, liege bei knapp über der Hälfte. Genossenschaften und gGmbHs seien stark professionalisiert und arbeiteten entweder nur mit hauptamtlich Beschäftigten oder wiesen hybride Personalstrukturen auf, während Vereine und Stiftungen überwiegend mit freiwillig Engagierten arbeiteten. Dies zeige schon, dass sich die organisationalen Rahmenbedingungen von bürgerschaftlichem Engagement enorm voneinander unterscheiden.

In der Fachdiskussion sei zum Teil davon die Rede, dass es in der Zivilgesellschaft eine Zweiteilung der Organisationen gebe: einen staatsnahen und einen staatsfernen Bereich, einen stark ökonomisierten und einen weniger ökonomisierten Bereich, je nach Wahl der Perspektive. In diesem Zusammenhang habe man die Frage aufgeworfen, ob es eine Tendenz der Angleichung oder eine Tendenz der Diversifikation bzw. sogar der Polarisierung in der Zivilgesellschaft gebe. Um dies zu klären, habe man die Organisationen gefragt: „Setzen Sie oder haben Sie in den zurückliegenden Jahren verstärkt bezahlte MitarbeiterInnen eingesetzt bzw. ist Professionalisierung für Sie eine wichtige Strategie?“ Das Schaubild zeige, dass dies nur für 3 Prozent der Organisationen, die keine Beschäftigten hätten, eine Überlegung wert sei. Das heiße im Umkehrschluss: 97 Prozent der Organisationen, die ohne Hauptamtliche arbeiteten, setzten nicht verstärkt auf bezahlte MitarbeiterInnen oder seien dazu vielleicht auch nicht in der Lage. Die genauen Motive blieben hier erst einmal im Dunkeln, aber für sie sei es jedenfalls keine Strategie.

Im Gegensatz dazu äußerten 45 Prozent der Organisationen mit 13 und mehr Beschäftigten, dass eine zunehmende Verberuflichung – und nur in diesem Sinne spreche er hier von Professionalisierung – für sie eine relevante strategische Entwicklungsoption darstelle. Das heiße, Organisationen, die ohnehin schon professionalisiert seien, setzten stärker auf Verberuflichung, während Organisationen, die nur mit bürgerschaftlichem Engagement arbeiteten, in der Professionalisierung weder eine Chance noch eine strategische Option sähen. Zusammenfassend betrachtet, könne man daher schon eine gewisse Tendenz der Polarisierung im Feld der zivilgesellschaftlichen Organisationen feststellen.

Im Folgenden näherte man sich dem Phänomen „Mitgliedschaft“ an. Auch wenn Mitgliedschaft in den letzten 10 bis 15 Jahren nicht wirklich ein zentrales Thema in der Engagement- und Zivilgesellschaftsforschung gewesen sei, habe es immer wieder Diskussionssetappen gegeben, wo Mitgliedschaften in freiwilligen Vereinigungen eine relevante Rolle gespielt hätten. Ein sehr frühes Beispiel aus dem Jahr 1987 sei die von Herrn Professor Thomas Olk und Frau Professor Gisela Jakob angestoßene Diskussion über die „Biographisierung des bürgerschaftlichen Engagements“. Danach sei der Typus von Engagierten, der über das Milieu der Eltern in eine bestimmte Großorganisation – einen Wohlfahrtsverband, eine Partei, eine Gewerkschaft – hinein sozialisiert werde, dort sehr früh Mitglied werde und diese praktisch biografieübergreifend als Grundlage eines stabilen bürgerschaftlichen Engagements beibehalte, im Schwinden begriffen. Stattdessen habe man es, so die These, mit einer zunehmenden Biographisierung oder Episodisierung von Engagement und Mitgliedschaftsverhältnissen zu tun. Das heiße, man engagiere sich im Studienalter in einer bestimmten Organisation, verlasse diese aber, wenn man z. B. aus beruflichen Gründen die Stadt wechsele, sodass man von einer Fragmentierung der Engagementbiografien sprechen könne. In eine ähnliche Richtung habe auch Professor Wolfgang Streeks Befund vom „Aussterben der Stammkunden“ aus dem Jahr 1986 gezielt.

Nach dem Jahr 2000 sei die Sozialkapitaldiskussion mit der These vom Strukturwandel freiwilliger Vereinigungen entstanden. Auch sie habe eine ähnliche Stoßrichtung gehabt und habe eine zunehmende Erodierung der Mitgliedschaften aufgrund des sozio-demografischen Wandels in der Gesellschaft konstatiert. Parallel dazu sei die Dritte-Sektor-Diskussion geführt worden, die von einer Kommerzialisierung der Mitgliedschaftsverhältnisse gesprochen habe. Demnach steige die Anzahl der Personen, die keine längeren Mitgliedschaftsverhältnisse mehr eingehen wollten und die stattdessen nur über ein,

zwei Jahre z. B. ein bestimmtes Kursangebot im Sportverein nachfragten, ohne deswegen gleich das gesamte „Geselligkeitspaket“ eines Vereins mit hinzubuchen zu wollen. Alle genannten Befunde zielten also darauf ab, dass Mitgliedschaften in den letzten 20, 30 Jahren durch unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen stark unter Beschuss geraten seien.

Im Rahmen der ZiviZ-Befragung habe man sich erst einmal die Mobilisierungsquote der Organisationen, d. h. das Verhältnis der aktiv Engagierten zu den Mitgliedern, angeschaut. Dabei seien sehr große Unterschiede in den verschiedenen Bereichen zutage getreten. Am einen Ende der Skala lägen die Sportvereine, bei denen nur 2,5 von 10 Mitgliedern, also 25 Prozent, freiwillig engagiert seien. Am anderen Ende der Skala liege der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz mit einer extrem hohen Mobilisierungsquote (7,6 von 10 Mitgliedern). Das heiÙe, mehr als drei Viertel der Mitglieder in den Organisationen seien bürgerschaftlich engagiert.

Darüber hinaus habe man untersucht, wie viel Engagement in gemeinnützigen Organisationen noch mitgliedschaftsgebunden sei. Seien nur Mitglieder in den Organisationen freiwillig engagiert oder treffe es zu, wie die gerade skizzierten Diskurse nahelegten, dass das Mitgliedschaftsverhältnis nach und nach unter Beschuss gekommen sei und nicht mehr die zentrale Ressource bzw. der zentrale Mobilisierungsweg für bürgerschaftliches Engagement sei? Auch hier könne man große Unterschiede in den verschiedenen Bereichen feststellen. Im Bereich „Soziale Dienste“ äußere nur etwas mehr als die Hälfte der Organisationen, dass bei ihnen die Engagierten auch Mitglieder seien, was im Umkehrschluss heiÙe, dass nicht-mitgliedschaftsgebundenes Engagement für sie quantitativ von großer Bedeutung sei. Dabei fielen die Freiwilligendienste mit einer Größenordnung von einigen zehntausend Teilnehmern quantitativ nicht so sehr ins Gewicht, sondern es gehe vielmehr um andere Formen projektförmigen Engagements, wo keine Mitgliedschaftsbeziehung zu den Organisationen mehr eingegangen werde.

Am anderen Ende der Skala stehe wiederum der Bevölkerungs- und Katastrophenschutzbereich, der nicht nur die höchste Mobilisierungsquote der Organisationen – bezogen auf das Verhältnis aktiv Engagierter und Mitglieder – aufweise, sondern gleichzeitig auch der Bereich sei, wo bürgerschaftliches Engagement zumeist über Mitgliedschaft an die Organisation gebunden sei. Nur knapp jede zehnte Organisation gebe dort an, dass sie Engagierte habe, die keine Mitglieder seien. Eine Sonderstellung nehme der Sportbereich ein,

wo sehr häufig Mitgliederorganisationen anzutreffen seien. Hier müsse man meist immer noch Mitglied einer Organisation werden, um Leistungen nachfragen zu können. Das erkläre auch, warum der Sport wesentlich mehr Mitglieder als aktiv Engagierte aufweise.

Um das Bild perspektivisch abzurunden, sei im nächsten Schaubild ein ganz anderer Indikator dargestellt, nämlich die Verberuflichung in den Organisationen. Dabei habe man gefragt, welchen Einfluss die Verberuflichung, also der Anteil beruflicher Mitarbeiter in der Organisation, auf das Mitgliedschaftsmodell in Vereinen habe. Zu konstatieren sei, dass je stärker die Verberuflichung in einer Organisation voranschreite, umso relativ geringer werde der Einfluss des Mitgliedschaftsmodells für die Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements. Von den Organisationen, die keine hauptberuflichen Strukturen hätten, äußerten 80 Prozent, dass sie nur Engagierte hätten, die gleichzeitig auch Mitglieder ihrer Organisation seien. Bei Organisationen mit 13 und mehr Beschäftigten dominiere dieser Engagementtyp nur noch bei einem Drittel der Organisationen, während über die Hälfte der Organisationen von sich sage, dass sie auch oder sogar nur nicht-mitgliedschaftsgebundenes Engagement hätten. Das heiße, die zunehmende Verberuflichung der Organisationen und der zurückgehende Einfluss des Mitgliedschaftsmodells gingen miteinander einher.

Damit komme er zum letzten Punkt und der Frage, ob es eine Infrastrukturlücke bei kleinen und mittelgroßen Vereinen gebe. Hierzu habe man zunächst einmal danach gefragt, ob die Organisationen Probleme bei der Gewinnung freiwillig Engagierter hätten. Von den kleinen und kleinsten Organisationen mit 1 bis 5 Engagierten hätten 40 Prozent angegeben, dass sie Probleme bei der Rekrutierung und Mobilisierung freiwillig Engagierter hätten. Je größer die Organisation, umso stärker seien offensichtlich die Kapazitäten zur Mobilisierung Freiwilliger. Derselbe Befund zeige sich auch bei der Besetzung ehrenamtlicher Führungspositionen in den Organisationen.

Im Anschluss daran habe man untersucht, an welche Infrastrukturreourcen die Organisationen angebunden seien. Klassisches Modell seien dabei Dachverbände, da sie Wissen und Schulungen bereitstellten und zur Vernetzung beitragen. Es habe sich gezeigt, je größer Organisationen seien, umso häufiger seien sie auch in Dachverbänden organisiert. Umgekehrt seien gerade die Organisationen, die die meisten Mobilisierungsprobleme hätten, nicht an Dachverbänden angeschlossen. Man habe ebenfalls danach gefragt, welche Organisationen Beratungsangebote von Freiwilligenagenturen und Mehrgeneratio-

nenhäusern nutzten. Auch hier sei es so, je größer Organisationen seien, umso stärker seien Kooperation und Dialog mit Infrastruktureinrichtungen. Umgekehrt gelte, je kleiner eine Organisation sei, umso geringer seien die genannten Aspekte ausgeprägt. Das heiÙe, 90 Prozent der kleinen und kleinsten Organisation mit 1 bis 5 Engagierten ohne hauptamtliche Strukturen, die momentan ungefähr 40, 50 Prozent der Zivilgesellschaft ausmachten, nutzten Infrastrukturberatungsleistungen von Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäusern etc. nicht und hätten auch keinen Zugang zu Ressourcen, die von Dachverbänden bereitgestellt würden. Aufgrund dieser Ergebnisse könne man zu dem Schluss gelangen, dass es zumindest erste Anzeichen für eine bestehende Infrastrukturlücke gebe. Dies werde man aber noch weiter auszuwerten haben.

Was im Moment fehle, seien Daten zur Mortalität von Vereinen. Man wisse zwar, wann sich Vereine gegründet hätten, aber nichts über deren Lebensdauer. So habe man keine Informationen darüber, wie viele der Organisationen, die sich in den 1940er und 1950er Jahren gegründet hätten, inzwischen nicht mehr im Vereinsregister gemeldet oder nicht mehr aktiv seien. Dabei wäre es interessant, zu wissen, wie lange Vereine im Schnitt existierten, um z. B. die Idee zu prüfen, ob es möglicherweise Sinn machen würde, Vereinen bei der Vereinsregister-Anmeldung eine Form von „Starterkit“ mit Informationen zu Dachverbänden und Infrastrukturrichtungen in der Kommune zur Verfügung zu stellen.

Zum Abschluss wolle er noch einige Anmerkungen zum Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ machen. Er habe bereits zu Beginn erwähnt, dass es nicht nur das Ziel sei, eine einmalige Organisationsbefragung durchzuführen, vielmehr werde eine dauerhafte Zivilgesellschaftsberichterstattung angestrebt. Es seien vor allem vier Ebenen, die dafür ineinandergreifen müssten. Der erste Baustein sei der bereits bestehende Freiwilligensurvey. Ein zweiter Baustein sei ein Organisationssurvey mit einer Befragung, wie sie das WZB und das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ gerade vorgenommen hätten, um bestehende Lücken zu schließen. Denn derzeit habe man nur Momentaufnahmen und wisse überhaupt nichts über die Verläufe. Diese könnten derzeit nur über Retrospektivfragen rekonstruiert werden, was ein großes Manko sei. Ein dritter wichtiger Baustein seien Paneldaten, um z. B. analysieren zu können, wie sich einzelne Engagierte jetzt, aber auch zu späteren Messzeitpunkten verhielten. Solche Fragen könne der Freiwilligensurvey nicht beantworten. Ein vierter zentraler Baustein sei, die Auswertung der Daten des Unternehmensregisters beim Statistischen Bundesamt auf Dauer zu stellen, um Angaben darüber machen zu können, wie sich sowohl die wohlfahrtsstaatsnahen als auch die wohlfahrts-

staatsfernen Bereiche von Zivilgesellschaft, z. B. in ökonomischer Hinsicht oder mit Blick auf die Beschäftigungsstrukturen, entwickelten. Für eine solche Form der Koproduktion im Bereich der quantitativen Zivilgesellschaftsberichterstattung sei auch eine politische Unterstützung wünschenswert und notwendig.

Dr. Eckhard Priller (WZB) bedankt sich zunächst ebenfalls für die Möglichkeit, die Ergebnisse des WZB-Projekts „Veränderungen in Dritte-Sektor-Organisationen und ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse“ im Unterausschuss vorstellen zu können. Man habe einen ähnlichen Ansatz wie das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ verfolgt, wenngleich mit einer anderen Akzentsetzung. Zudem stünden hinter dem WZB-Projekt nicht solch finanzkräftige Stiftungen, wie das bei „Zivilgesellschaft in Zahlen“ der Fall sei. Es handele sich um eine einmalige Befragung, die von der Hans Böckler-Stiftung und von der Jacobs Foundation gefördert worden sei. Insgesamt sei die Forschung in diesem Bereich sehr drittmittellastig mit allen damit verbundenen Vor- und Nachteilen. Einerseits könnten dadurch neue Projekte erschlossen werden, andererseits liefen Projekte dadurch immer nur über einen begrenzten Zeitraum, sodass Daten oft nicht ausreichend oder nur oberflächlich ausgewertet werden könnten.

In seinem Beitrag werde er zunächst die Ausgangssituation und den Untersuchungsansatz skizzieren. Anschließend werde er einige Ausführungen zum Thema „Ökonomisierung und Wettbewerb“ machen und auf Probleme der Organisationen hinweisen. Ferner werde er auf das Engagement als wichtige Komponente in den Organisationen eingehen und außerdem deren Beschäftigungssituation charakterisieren. Sein Bericht münde schließlich in eine Zusammenfassung mit der Aufzeigung von Perspektiven.

Zu Beginn seiner Ausführungen wolle er betonen, dass es nicht das Anliegen des WZB-Projektes gewesen sei, eine repräsentative Erhebung für den gesamten Dritten Sektor zu liefern, sondern man habe sich vorgenommen, einen Einblick für die dominanten Rechtsformen – Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs und einen Teil der Genossenschaften – zu geben. Der Untersuchungsansatz gehe von der Multifunktionalität von Nonprofit-Organisationen aus. Sie erstellten Dienstleistungen, seien aber auch Interessenvertreter und lieferten einen wesentlichen Beitrag zur Sozialintegration. Hier ordne sich auch das bürgerschaftliche Engagement ein.

Eine wichtige Frage des Untersuchungsansatzes habe gelautet, wie die Organisationen gegenwärtig wahrgenommen würden. Dabei habe man festgestellt, dass es eine zunehmend kritische Betrachtung gebe. Allerdings könne man auch sehen, dass sich die Dritte-Sektor-Organisationen als Teil der Gesellschaft sehr dynamisch verhielten, was er noch näher mit Zahlen erläutern werde. Bei den Veränderungen folgten sie inneren und äußeren Zwängen, wobei Ökonomisierung hierbei einen großen Einfluss habe. Die Zunahme der staatlichen Abhängigkeit müsse man als weiteren wesentlichen Aspekt hervorheben. Auch werde die Außenwahrnehmung der Organisationen tendenziell kritischer, wozu geringe Transparenz und Skandale wie bei UNICEF oder bei der Treberhilfe Berlin beigetragen hätten. Festzustellen sei auch, dass Strukturen, Beschäftigung und Engagement in den Organisationen in Bewegung seien.

Diese genannten Ausgangspunkte habe man in der Untersuchung näher betrachtet. Hierfür seien erstens im Rahmen der Befragung „Organisationen heute“ rund 12.000 Organisationen angeschrieben worden, von denen 3.111 den Fragebogen ausgefüllt zurückgesandt hätten. Themen seien die Ökonomisierung und deren Auswirkungen auf die Organisationsstruktur und Arbeitsweise der Organisationen, die Veränderungen bei den Beschäftigungsverhältnissen sowie die Integration junger Menschen gewesen. Zweitens habe man die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung „Gute Arbeit“, die seit 2007 vom DGB erhoben werde, in die Untersuchung einbezogen. Hierfür seien 733 Beschäftigte zu den Veränderungen in der Arbeitswelt des Dritten Sektors sowie zu den aktuellen Arbeitsbedingungen und deren Bewertung befragt worden. Eine solch doppelte Perspektive aus Organisations- und Mitarbeitersicht auf das Thema habe es in Deutschland so noch nicht gegeben.

Er komme zum ersten Punkt „Ökonomie und Wettbewerb“. Er habe bereits die Dynamik im Dritten Sektor erwähnt. Diese zeige sich u. a. in der Gründung von neuen Organisationen, die bei den einzelnen Rechtsformen sehr unterschiedlich ausfalle. Während im Bereich der Vereine rund 10 Prozent in den letzten zehn Jahren neu entstanden seien, seien es bei den gGmbHs im gleichen Zeitraum 54 Prozent gewesen. Auch bei den Stiftungen mit 34 Prozent und bei den Genossenschaften mit 21 Prozent sei eine starke Zunahme an Neugründungen in den letzten zehn Jahren zu verzeichnen. Insofern könne man davon sprechen, dass es viel Bewegung in diesem Bereich gebe.

Gleichzeitig müsse man sehen – Herr Dr. Krimmer habe schon darauf hingewiesen –, dass eine Reihe von Organisationen ihre Tätigkeit auch einstellten und dass gerade im Bereich der Vereine eine etwas nachlassende Dynamik zu konstatieren sei. Im Land Brandenburg habe man beispielsweise gegenwärtig die Situation, dass sich die Anzahl der Neugründungen und die Anzahl der Löschungen bei den Vereinen auf gleichem Niveau bewege. Man könne daher künftig nicht unbedingt mit einem weiteren Zuwachs bei den Organisationen rechnen, sondern aufgrund des demografischen Wandels und des damit einhergehenden Bevölkerungsrückgangs, aber auch aufgrund stärkerer Kooperationen und Fusionen könnten hier künftig Veränderungen eintreten.

Man habe auch nach den Leitlinien und dem Stellenwert der Gemeinwohlorientierung für die Organisationen gefragt. Letztere sei trotz einer zunehmenden Ökonomisierung nach wie vor hoch, was überraschenderweise auch für viele gGmbHs gelte. Eine Wettbewerbszunahme habe fast jeder zweite Verein und sogar 77 Prozent der gGmbHs festgestellt, während diese Einschätzung bei den Stiftungen mit 21 Prozent geringer ausgefallen sei. Der Ökonomisierungsdruck äußere sich bei Vereinen und gGmbHs vor allem in einem stärkeren Wettbewerb um öffentliche Mittel. Dahinter rangiere der Wettbewerb um Kunden, Klienten, Nutzer sowie der Wettbewerb um Mitarbeiter, während der Wettbewerb um Engagierte und Ehrenamtliche, wie die Grafik zeige, bei Vereinen stärker ausgeprägt sei als bei den gGmbHs.

Bei den Problemen der Organisationen werde an erster Stelle die fehlende Planungssicherheit aufgrund unklarer Einnahmeentwicklung genannt. Das heiße, Finanzlage und –rahmen seien für die Organisationen gegenwärtig ein wichtiges und zunehmendes Problem. Denn ein großer Teil der Organisationen habe angegeben, dass die staatlichen Mittel in den letzten fünf Jahren zurückgegangen seien, ohne dass dieser Rückgang durch Zuwächse bei Spenden- und Sponsoringeinnahmen kompensiert werden konnte.

Für viele Organisationen spielten auch zunehmende marktförmige Strukturen sowie Effizienz- und Konkurrenzdruck eine große Rolle. Herr Dr. Krimmer habe schon auf die vielen kleinen Vereine hingewiesen, sodass es schon bemerkenswert sei, wenn 44 Prozent aller Vereine dies als wichtiges Problem angäben. Auch die Überalterung sei ein wesentliches Problem in den Organisationen. Zwei Drittel der Vereine äußerten sich dementsprechend, während der Anteil bei den gGmbHs etwas geringer gewesen sei. Für die Engagementthematik von Bedeutung sei auch das nachlassende Gemeinschaftsgefühl in

den Organisationen. Mehr als die Hälfte der Organisationen sehe dies als ein Problem ihrer Arbeit an.

Gefragt habe man auch danach, mit welchen Akteuren die Organisationen Probleme hätten. Von den Vereinen werde hier mit 71 Prozent zuerst der Staat genannt, bei den gGmbHs sei der Anteil mit 87 Prozent sogar noch höher. Aber auch Unternehmen der Privatwirtschaft und Dritte-Sektor-Organisationen würden in durchaus nicht unerheblicher Anzahl als Akteure genannt, mit denen man Probleme habe.

Er komme nun zum Thema „Engagement“. Gefragt habe man hier nach dem Vorhandensein von Engagement, wobei die ermittelten Zahlen denen ähnelten, die Herr Dr. Krimmer für „Zivilgesellschaft in Zahlen“ genannt habe. 97 Prozent der Vereine hätten angegeben, dass sie ehrenamtlich Engagierte hätten, während überraschenderweise selbst 56 Prozent der gGmbHs sich ebenso geäußert hätten. Auch bei den Genossenschaften und Stiftungen sei der Anteil der Engagierten aufgrund oft ehrenamtlich besetzter Aufsichtsgremien hoch. Bürgerschaftliches Engagement sei also in allen Rechtsformen vorhanden, wobei es sich in der Form und in der Art und Weise von Rechtsform zu Rechtsform stark unterscheide. Interessant sei auch, dass diesbezüglich kaum noch Unterschiede zwischen West und Ost vorhanden seien.

Betrachte man den Aspekt „Organisation und Engagement“ näher, könne man zunächst feststellen, dass die Ehrenamtlichen die Existenz der Organisationen in einem hohen Maße sicherten. 89 Prozent der Vereine, 84 Prozent der Genossenschaften, 75 Prozent der Stiftungen und immerhin 40 Prozent der gGmbHs gäben dies an, während die Aussage „Wir haben kein Problem, Ehrenamtliche zu finden“ nur von einem relativen kleinen Teil der Organisationen als zutreffend bezeichnet werde. Drehe man die Ergebnisse um, erklärten 80 Prozent der Vereine, sie hätten ein Problem, ehrenamtlich Engagierte zu finden. Dieses Problem sei mit Ausnahme der Stiftungen, wo sich das Engagement meist auf die Besetzung von Aufsichtsgremien beschränke, auch bei den anderen Rechtsformen in hohem Maße vorhanden. Besonders schwierig sei es, Leitungs- und Aufsichtsgremien zu besetzen. Dies werde von 85 Prozent der Vereine als Problem angesehen. Ähnlich kritisch sei die Lage hinsichtlich der Gewinnung der Jugend für Leitungs- und Aufsichtsfunktionen. Diesen Fragen sei daher künftig verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken. Auch sei es – seines Erachtens – erforderlich, den Organisationen mehr Handwerkszeug mit zu geben, um diese Probleme zu überwinden.

Eine sehr wichtige Frage sei auch die nach der Anerkennung des Engagements. Festzustellen sei, dass dieser Gesichtspunkt schon in einem Großteil der Organisationen eine Rolle spiele. In jedem zweiten Verein erhielten Ehrenamtliche – laut Befragung – eine finanzielle Entschädigung oder eine anderweitige Anerkennung. Von den Organisationen, die angegeben hätten, dass Anerkennung bei ihnen eine Rolle spiele, sagten 55 Prozent, die Ehrenamtlichen erhielten eine Aufwandsentschädigung und 62 Prozent, sie bekämen eine Auslagenersatzung. Das seien sehr hohe Zahlen, wenn man sich anschauere, dass ideelle Auszeichnungen oder Zertifikate eine eher geringe Rolle spielten. Die Monetarisierungsdebatte sei also in vollem Gange und bestimme die Praxis der Organisationen bereits sehr stark.

Er komme nun zum Thema „Beschäftigungssituation“, wobei sich die diesbezüglichen Daten auf die bereits genannte Mitarbeiterbefragung „Gute Arbeit“ bezögen. Auch hier könne man feststellen, dass der normativ oft sehr positiv gekennzeichnete Dritte-Sektor-Bereich auch seine Schattenseite habe. Positiv sei der hohe Frauenanteil von 76 Prozent bei den Beschäftigten im Dritten Sektor, wobei es im Sozialwesen sogar 83 Prozent und im Gesundheitswesen 74 Prozent seien. Problematisch sei, dass es mit nur 50 Prozent einen recht geringen Anteil von Vollzeitbeschäftigten im Dritten Sektor gebe, während der Anteil bei den Beschäftigten insgesamt 74 Prozent betrage. Auch der Anteil der Teilzeitbeschäftigten und der befristet Beschäftigten sei im Dritten Sektor sehr hoch. Bei diesen eher problematisch zu bewertenden Beschäftigungsverhältnissen spiele der Dritte Sektor möglicherweise in eher negativer Hinsicht eine gewisse Vorreiterrolle in Deutschland, zumal die Befragung zeige, dass eine weitere Zunahme der Teilzeitbeschäftigung sowie der Minijobs erwartet werde. Dagegen spielten die in diesem Bereich ebenfalls diskutierten Zeitarbeitskräfte nach den Ergebnissen der Befragung keine große Rolle.

Man könne auch feststellen, dass Beschäftigung in Dritte-Sektor-Organisationen mit eher geringen Löhnen einhergehe. So seien 28 Prozent im Dritten Sektor Teilzeitbeschäftigte mit einem Einkommen bis 400 Euro, während es bei den Gesamtbeschäftigten 14 Prozent seien. Die unteren Einkommensgruppen seien im Dritten Sektor insgesamt stärker besetzt und die oberen Einkommensgruppen weitaus schwächer. Gefragt worden sei auch nach der Bewertung der Arbeitsbedingungen. Das Schaubild zeige, dass die Arbeitsbedingungen von den Beschäftigten im Dritten Sektor recht positiv bewertet würden. 68 Prozent glaubten, einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten, während dies – im Vergleich dazu – nur 45 Prozent der Beschäftigten insgesamt meinten. 72 Prozent der

Beschäftigten im Dritten Sektor seien stolz auf ihre Arbeit, während dies nur 64 Prozent der Gesamtbeschäftigten von sich sagten. 71 Prozent der Beschäftigten im Dritten Sektor identifizierten sich mit ihrer Arbeit und 66 Prozent machten sich keine Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Auch diese Werte lägen im Vergleich zu den Gesamtbeschäftigten höher. Es gäbe aber auch negative Seiten. 21 Prozent der Beschäftigten im Dritten Sektor empfänden ihr Einkommen als nicht angemessen im Vergleich zu 14 Prozent der Gesamtbeschäftigten. 34 Prozent der Beschäftigten im Dritten Sektor glaubten, mit ihrer späteren Rente nicht auszukommen, im Vergleich zu 29 Prozent der Gesamtbeschäftigten. 15 Prozent der Beschäftigten im Dritten Sektor könnten die gestellten Anforderungen nur schwer miteinander vereinbaren und 27 Prozent hätten keine Probleme, nach der Arbeit abzuschalten. Damit lägen die Zahlen auch hier höher als bei den Beschäftigten insgesamt.

Damit komme er zur Zusammenfassung und zu den Perspektiven. Er wolle erstens hervorheben, dass zwischen den verschiedenen Rechtsformen der Dritte-Sektor-Organisationen Gemeinsamkeiten, aber auch beträchtliche Unterschiede bestünden. Erstens behalte die Gemeinwohlorientierung eine große Bedeutung in den Organisationen, was ein sehr positives Ergebnis der Befragung sei. Festzustellen sei zweitens eine hohe Dynamik, die sich darin zeige, dass es neue Organisationen und auch eine Erweiterung der Tätigkeitsfelder in den Organisationen gebe. Zu konstatieren sei drittens eine Zunahme von Ökonomisierung und Wettbewerb. Diese Entwicklung könne man von zwei Seiten aus betrachten. Denn Wettbewerb und Ökonomisierung seien ja an sich nichts Schlechtes. Sie könnten zu einer besseren und effektiveren Arbeit führen. Gleichwohl seien auch negative Auswirkungen festzustellen, die sich vor allem darin zeigten, dass sich die Organisationen vielfältigen Problemen gegenüber sähen. Das Engagement habe in allen Rechtsformen einen hohen Stellenwert, allerdings werde es für viele Organisationen immer schwerer, Engagierte zu finden. Schließlich seien atypische Beschäftigungsverhältnisse in den Organisationen des Dritten Sektors stark verbreitet und der Druck auf die Arbeitsbedingungen erhöhe sich.

Damit komme er zum Ausblick. Die Organisationserhebung solle nicht nur allgemein die Datenbasis verbreitern und Informationen liefern, sondern sie solle auch Handlungsempfehlungen liefern. Insofern würde er den Organisationen erstens raten, der zunehmenden Marktorientierung aufmerksam und vorsichtig gegenüberzustehen. Die Kritik von außen und die Gefahren einer zunehmender Marktorientierung seien stärker in Betracht zu ziehen. Zweitens könnten die Organisationen durch die Änderung der staatlichen Politik,

die er als „neue Staatlichkeit“ bezeichnen würde, künftig in Schwierigkeiten kommen, da staatlicherseits immer mehr mit Marktmechanismen gearbeitet werde. Der Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit müsse deshalb von den Organisationen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Insbesondere die Mitglieder seien dabei eine wesentliche Ressource, um die Selbstständigkeit zu wahren. Drittens müssten die Organisationen zu noch grundlegenden Veränderungen ihrer inneren Strukturen kommen. Das betreffe bestimmte Funktionsweisen, die heute nicht mehr funktionierten. Dies gelte z. B. für die Mitgliederversammlungen, die oft schlecht besucht würden, aber auch für das offensichtliche Nichtfunktionieren bestimmter Gremien. Schließlich könnten viertens steigende Arbeitsbelastung, atypische Beschäftigungsverhältnisse und schlechte Entlohnung zu einem Fachkräftemangel im Dritten Sektor führen, der in einigen Bereichen schon zu spüren sei. Dies könne sich letztendlich auch negativ auf das Engagement auswirken, wenn eine Unterstützung der Engagierten seitens der Beschäftigten nicht mehr gewährleistet werden könne.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Krimmer und Herrn Dr. Priller für ihre Vorträge. Die Fraktionsrunde eröffne die Abgeordnete Ute Kumpf für die SPD-Fraktion.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) dankt beiden Sachverständigen für ihre Beiträge. Zur Präsentation von Herrn Dr. Krimmer habe sie eine Reihe von Fragen, weil sie – wie schon bei der Präsentation der Ergebnisse der ersten Projektphase von „Zivilgesellschaft in Zahlen“ im Unterausschuss – die Systematik nicht ganz nachvollziehen könne. Zunächst einmal interessiere sie, wie die Stichprobenauswahl zustande gekommen sei und ob bestimmte Bereiche in der Erhebung überproportional durchschlügen. Aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung würde sie hinter einige Befunde ein Fragezeichen setzen. Dies gelte z. B. für die Frage von Haupt- und Ehrenamtlichen bei den unterschiedlichen Rechtsformen. So seien ihr Stiftungen und Genossenschaften bekannt, die eigentlich nur mit hauptamtlich Beschäftigten arbeiteten. Wenn sie die Befunde von Herrn Dr. Krimmer richtig interpretiere, suggerierten die Ergebnisse zudem, dass Hauptamtliche für das Engagement eher hinderlich seien. Das sei das Gegenteil von dem, was die Enquete-Kommission festgestellt habe, nämlich dass Engagierte bei der Ausübung ihres Engagements Unterstützung durch Hauptamtliche brauchten. Insbesondere große Sportvereine stellten Hauptamtliche ein, weil sie sich als Dienstleister aufstellen müssten, um mit kommerziellen Sportanbietern konkurrieren zu können. Ob daraus weitergehende Verallgemeinerungen und Schlussfolgerungen zu ziehen seien, sei die Frage.

Die Ergebnisse des ZiviZ-Surveys lägen zudem ein wenig konträr zu den Befunden des Freiwilligensurveys. Sie könne auch bislang nicht recht erkennen, welchen Mehrwert eine solche Organisationsbefragung habe. Bei der Auflistung der Organisationsmodelle im Sport schlugen die Stiftungen mit 100 Prozent freiwillig Engagierter sehr stark durch, obwohl es sich dabei – nach ihrer Einschätzung – um eine vergleichsweise kleine Zahl in Relation zur Grundgesamtheit in diesem Bereich handele. Auch der hohe Anteil der Ehrenamtlichen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz schein ihr – wie auch dem Kollegen Reichenbach – zu hoch zu sein. Schwierigkeiten habe sie auch mit der Einordnung der jeweiligen Bereiche und der Gewichtung der Anteile. So könne sie z. B. nicht nachvollziehen, dass bei den Genossenschaften der Anteil mit hybrider Personalstruktur im Bereich „Erziehung und Bildung“ bei 100 Prozent liege. Sie kenne viele Genossenschaften, die überwiegend mit hauptamtlich Beschäftigten arbeiteten.

Abg. **Harald Koch** (DIE LINKE.) bedankt sich ebenfalls zunächst für die beiden Präsentationen. Ihn interessiere, warum bei beiden Projekten die Parteien nicht mit berücksichtigt worden seien. Die Präsentation von Herrn Dr. Priller habe aus seiner Sicht den Ist-Zustand sehr treffend beschrieben. Nur der Ausblick sei ihm aufgrund der zuvor dargestellten Befunde ein wenig zu zaghaft ausgefallen.

Dr. Holger Krimmer (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) weist mit Blick auf die Stiftungen zunächst auf ein in der öffentlichen Wahrnehmung bestehendes verzerrtes Bild hin. Stiftungen mit einem Kapitalstock von 10 Millionen Euro, die 3,5 Prozent Zinsen erwirtschafteten, die sie für Projekte ausschütteten, seien nicht repräsentativ für den gesamten Stiftungssektor. 73 Prozent der Stiftungen hätten einen Kapitalstock, der unter 2 Millionen Euro liege. Da die Stiftungen gehalten seien, ihr Kapital werterhaltend anzulegen, bedeute dies angesichts der momentan niedrigen Zinsen, dass eine solche Stiftung ein Jahresbudget von 20.000 bis 30.000 Euro zur Verfügung habe. Damit könne man nicht einmal eine halbe Schreibkraft bezahlen. Das bedeute, dass solche Stiftungen rein von bürgerschaftlichem Engagement getragen würden.

Was die Frage der Abgeordneten Kumpf nach den Organisationsmodellen im Sport angehe, sei seine Erläuterung zum diesbezüglichen Schaubild wahrscheinlich ein wenig zu knapp ausgefallen. Dieses habe dargestellt, wie sich Vereine und Stiftungen im Sportbereich organisierten – nur mit Engagement, nur mit Hauptamtlichen oder mit hybriden Personalstrukturen. Was hierbei nicht sichtbar geworden sei, sei die Gewichtung der Bal-

ken. 99,1 Prozent der Organisationen im Sportbereich wiesen die Rechtsform „Verein“ und nur 0,9 Prozent die Rechtsform „Stiftung“ auf, was insofern auch der Wahrnehmung der Abgeordneten Kumpf entspreche. Stiftungen spielten im Sport eine marginale Rolle und gGmbHs seien in diesem Bereich überhaupt nicht existent, was angesichts der Konkurrenzsituation zu kommerziellen Anbietern vielleicht durchaus ein wenig überraschend sei.

Die Abgeordnete Kumpf habe zudem die Frage der Systematik in der Grundgesamtheit aufgeworfen. Er denke schon, dass man auf Grundlage der Daten des ZiviZ-Surveys repräsentative Aussagen für die organisierte Zivilgesellschaft treffen könne. Bei einer Stichprobe von 20.000 Organisationen im Rahmen der vorliegenden Repräsentativbefragung seien ungefähr 3.700 Organisationen im Datensatz enthalten. Dies sei deutlich mehr als bei der berühmten „Sonntagsfrage“, wo – mit einem relativ geringen Fehlerintervall – bei 1.000 Befragten regelmäßig auf das Wahlverhalten von mehr als 60 Millionen wahlberechtigten Deutschen rückgeschlossen werde. Dem ZiviZ-Survey liege eine fast vier Mal so große Stichprobe zugrunde, mit deren Hilfe man auf eine wesentlich kleinere Grundgesamtheit Rückschlüsse ziehe.

Man habe zudem versucht, die unterschiedlichen Bereiche möglichst gut abzubilden. Von der Tendenz würde er sagen, wenn überhaupt ein Bereich ein wenig überrepräsentiert sei, was nie ganz ausschließen sei, seien es eher größere Organisationen mit hauptamtlichen Strukturen, da das Ausfüllen des Fragebogens für die vielen kleinen Vereine und Organisationen ohne hauptamtlich Beschäftigte und ohne stabile Engagementsstrukturen eher ein Problem dargestellt habe.

Mit Blick auf die Frage des Abgeordneten Koch weist Herr Dr. Krimmer darauf hin, dass Parteien, Gewerkschaften und Kirchen eine gewisse Sonderrolle einnehmen, da sie über Organisations- und Finanzierungsstrukturen verfügten, die sich deutlich von denen zivilgesellschaftlicher Organisationen unterschieden. Insofern würden sie oft bei Untersuchungen, wie jetzt auch beim ZiviZ-Survey, nicht einbezogen, obwohl es spannend wäre, Fragen des Engagements auch in diesen Bereichen zu untersuchen.

Dr. Eckhart Priller (WZB) erklärt, auch im WZB-Projekt habe man die Parteien aus verschiedenen Gründen nicht berücksichtigt. Es gebe eine internationale Klassifikation für Dritte-Sektor-Organisationen, bei der Parteien mehr dem Staat zugerechnet würden. Ne-

ben dieser wissenschaftlichen sehe er eine eher praktische Begründung. Es gebe eine relativ kleine Zahl an Wissenschaftlern in Deutschland, die im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements und zivilgesellschaftlicher Organisationen forschten. Dagegen gebe es viele hundert Parteienforscher, die sich dieser Frage und Aufgabe eigentlich annehmen müssten. Aufgrund eigener Erfahrungen glaube er auch, dass man bei den Parteien nicht unbedingt eine hohe Antwortbereitschaft haben würde. Ein weiteres praktisches Argument seien die stark differierenden Größenordnungen. Während nur ungefähr 4 Prozent der Bevölkerung Mitglied in Parteien seien, seien über 50 Prozent Mitglied in Vereinen.

Herr Dr. Priller weist ferner darauf hin, dass man bisher nur einen kleinen Teil der Daten ausgewertet habe. Weitere Auswertungen zu den Tätigkeitsfeldern auf regionaler und Länderebene, aber auch zur Größe der Organisationen, zur Anzahl der Beschäftigten oder zu den Finanzen würden zu weiteren Differenzierungen führen. Auch deshalb sei man bei den Schlussfolgerungen ein wenig zurückhaltend. Zudem müsse man hier sehr sensibel sein, da, worauf Herr Krimmer bereits hingewiesen habe, der Dritte Sektor sehr heterogen sei und hinsichtlich der Größe und Tätigkeitsfelder der Bereiche differenziert zu betrachten sei. Wollte man hier gezielte Vorschläge machen, müsste man mit weiteren Untersuchungen noch tiefer und stärker qualitativ ausgerichtet in diesen Bereich hineingehen. Auch insofern wären Empfehlungen für den gesamten Bereich sehr gefährlich. Die vorliegenden Ergebnisse, die auch in einem WZB-Brief Zivilengagement zusammengefasst worden seien, fänden im Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen aber durchaus Beachtung und würden dort breit diskutiert.

Der **Vorsitzende** bemerkt, dass Herr Dr. Krimmer noch einen ergänzenden Nachtrag zu seinen Ausführungen machen wolle.

Dr. Holger Krimmer (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) weist darauf hin, dass er die wichtige Frage, welchen Sinn Organisationsbefragungen eigentlich machten, noch nicht beantwortet habe. Er wolle dies anhand eines Beispiels tun. Die Auswertung des Freiwilligensurveys liefere eine „Motivationsbatterie“, die suggeriere, dass sich ein singulärer Engagierter überlegt habe, warum er sein Engagement ausübe, ob er gemeinwohlorientiert sei oder ob er durch sein Engagement Menschen kennenlernen wolle etc. So eine Situation sei, wie man aus der qualitativen Engagementforschung wisse, fiktiv, da die Auswahl und die tatsächliche Ausübung eines Engagements immer in einem sozialen

Kontext stattfinde. Eine solche Kontextrekonstruktion könne eine Individualbefragung jedoch nicht liefern. Dazu seien Organisationsbefragungen notwendig. Zudem könne man mittels Organisationsbefragungen Bereichssektoren über einen längeren Zeitraum in den Blick nehmen und könne Professionalisierungstendenzen, den Rückgang öffentlicher Mittel, die Zunahme von Konkurrenz usw. identifizieren und dadurch wesentlich besser verstehen, warum Engagement in bestimmten Sektoren zurückgehe oder steige, als wenn man solche Entwicklungen nur anhand der reinen Engagementzahlen und der genannten „Motivationsbatterien“ zu entziffern versuche. Dieser Blick auf den Kontext, in dem bürgerschaftliches Engagement stattfinde, sei daher ein wesentlicher Punkt, warum Organisationsbefragungen von großer Bedeutung seien.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Krimmer und Herrn Dr. Priller für ihr Kommen und für die Vorstellung der Projektergebnisse.

Tagesordnungspunkt 3

Präsentation von Ergebnissen des gemeinsamen Forschungsprojektes des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg und der Hertie School of Governance zur wissenschaftlichen Begleitung der Einführungsphase des Bundesfreiwilligendienstes durch Annelie Beller und Rabea Haß

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg und die Hertie School of Governance die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes seit 2011 im Rahmen eines zweijährigen Forschungsprojektes wissenschaftlich begleitet und ausgewertet hätten. Im Juni 2012 sei hierzu eine erste Studie unter dem Titel „Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst“ veröffentlicht worden. Im zweiten Forschungsjahr hätten sich Frau Beller und Frau Haß vor allem mit dem Thema „Altersöffnung im Bundesfreiwilligendienst“ befasst, wozu inzwischen ein aktuelles Ergebnispapier erschienen sei (Anlage 3). Zum Vortrag liege zudem eine schriftliche Präsentation (Anlage 4) vor.

Annelie Beller (CSI - Universität Heidelberg) bedankt sich für die Einladung und für die Möglichkeit, ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojektes präsentieren zu können. Dabei würden Frau Haß und sie sich vor allem auf die Altersöffnung für die über 27-Jährigen im Bundesfreiwilligendienst konzentrieren. Bei der Studie handele es sich um eine

freie Forschung, die von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung finanziert worden sei. Die Daten seien im Zeitraum zwischen Juli 2011 bis Januar 2013 erhoben worden. Man habe sich für ein qualitatives exploratives Design entschieden, wobei verschiedene Erhebungsmethoden benutzt worden seien. In Fokusgruppeninterviews, d. h. einer moderierten Form von Gruppendiskussion, habe man 164 Freiwillige befragt. Darüber hinaus seien 21 Experteninterviews mit Vertretern von Zentralstellen, Einsatzstellen, Trägern und staatlichen Stellen (BAFzA, BMFSFJ) sowie mit Wissenschaftlern und Gewerkschaftern geführt worden. Ferner habe man eine quantitative Analyse der Zahlen des BAFzA vorgenommen und weitere relevante Dokumente ausgewertet. Zusätzlich habe man sich die Diskussionen der Freiwilligen in einem Internetforum angeschaut. Die Studie sei also multimethodisch angelegt mit einem Schwerpunkt auf qualitativen Methoden. Dies erlaube es, Kernthemen zu identifizieren und ein Bild zu zeichnen, in dem sich – jenseits anekdotischer Evidenz – wichtige Argumente und Facetten verdichteten, wobei die Studie keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebe.

Im Folgenden werde sie auf einige Zahlen eingehen, die anschließend von Frau Haß durch qualitative Ergebnisse ergänzt und eingeordnet würden. Der Bundesfreiwilligendienst sei europaweit der erste „klassische“ Freiwilligendienst – gemessen an Umfang und Verbindlichkeit –, der allen Generationen offenstehe. Er stoße, wie die Grafik zeige, auf ein breites Interesse. Im April 2013 engagierten sich 36.792 Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst, von denen 40 Prozent 27 Jahre und älter gewesen seien. Dabei habe diese Zielgruppe seit der Einführung stetig zugenommen, wobei die meisten Freiwilligen im erwerbsfähigen Alter, also unter 65 Jahren, seien. Dagegen mache die Zielgruppe der Rentner nur rund 2 Prozent der Freiwilligen aus. Bei der Altersverteilung falle zudem auf, dass sich besonders viele Frauen in der Altersgruppe 27 bis 65 Jahre engagierten.

Spannend sei auch die Aufschlüsselung der Zahlen nach Bundesländern. Wenn man sich die Tortendiagramme anschau, falle auf, dass in den ostdeutschen Bundesländern die älteren Freiwilligen deutlich überwögen. Während der Anteil der über 27-Jährigen im Westen im letzten Jahr um 3,8 Prozent auf 18,6 Prozent gestiegen sei, habe er in den ostdeutschen Bundesländern um 11,5 Prozent auf 76,5 Prozent zugenommen. Der Ost-West-Unterschied, der sich bereits nach dem ersten Jahr abgezeichnet habe, habe sich also weiter verstärkt. Zu fragen sei, wie diese Differenz erklärt werden könne. Die unterschiedliche demographische Bevölkerungsstruktur in den ost- und westdeutschen Bundesländern sei dabei als Erklärung nicht hinreichend. Vielmehr sei davon auszugehen,

dass unterschiedliche Arbeitsmarktstrukturen in Kombination mit einer unterschiedlich starken Bewerbung durch die regionalen Betreuer, aber auch eine unterschiedliche Informationspolitik der Arbeitsagenturen dabei eine Rolle spielten. Schließlich hätten einige Träger auch differenzierte Konzepte für die verschiedenen Dienste entwickelt und berieten die Jüngeren gezielt ins FSJ und FÖJ, die Älteren hingegen in den Bundesfreiwilligendienst. Dies gelte vor allem für Regionen, in denen das Interesse der Älteren sehr groß sei, was die Unterschiede zusätzlich verstärke. Dies veranschauliche die nächste Folie am Beispiel Sachsens und Baden-Württembergs. Auffallend sei, dass die Altersstruktur in beiden Ländern diametral verschieden sei, während die Gesamtzahl der Freiwilligen trotz unterschiedlicher Bevölkerungsgröße fast identisch sei.

Man habe auch analysiert, wer den Bundesfreiwilligendienst 18 Monate ausübe. Der Prozentsatz liege bei den Jüngeren bei 5,5 Prozent und bei den Älteren bei 60,5 Prozent. Das Fazit laute daher: „Die Älteren kommen, um zu bleiben“. In den Fokusgruppen habe man zudem immer wieder die Aussage gehört: „Am liebsten würden wir den Bundesfreiwilligendienst bis zur Rente machen“. Im Folgenden werde Frau Haß mit den qualitativen Ergebnissen weitermachen.

Rabea Haß (Hertie School of Governance) weist darauf hin, dass man in den Fokusgruppen insgesamt 87 Freiwillige aus der Altersgruppe „27+“ an 9 Standorten in der ganzen Bundesrepublik befragt habe. Die Teilnahme an den Fokusgruppeninterviews, die man im Rahmen der Bildungsseminare durchgeführt habe, sei den Freiwilligen freigestellt gewesen. Die Auswertung für die Freiwilligen aus der Altersgruppe „27+“ habe ergeben, dass 60 Personen vor dem Bundesfreiwilligendienst Arbeit suchend gewesen seien, 10 Personen seien vorher in Beschäftigung gewesen und 9 hätten „Sonstiges“ angegeben, wobei sie diese Angabe oft mit 400-Euro-Job oder 1-Euro-Job ergänzt hätten. 6 Personen seien in Rente und je eine Person sei aus Ausbildung bzw. Studium in den Bundesfreiwilligendienst gekommen. Diese biografischen Merkmale sollte man im Hinterkopf behalten, wenn man sich nun den Motiven zuwende.

Prinzipiell seien die Erfahrungen der Älteren mit dem Bundesfreiwilligendienst positiv. Diese hätten überwiegend Spaß an ihrer Tätigkeit. Daneben sähen viele den Bundesfreiwilligendienst als eine Alternative zur Erwerbstätigkeit an. Auch die Motive „Möglichkeit zur Intensivierung ehrenamtlichen Engagements“, „berufliche Neuorientierung“,

„gesellschaftliche Integration und Teilhabe“ und „finanzielle Statusverbesserung“ würden häufiger genannt.

Die in den Fokusgruppen befragten Teilnehmer könne man in drei Typen klassifizieren, wobei es auch Mischtypen gebe, auf die sie nicht genauer eingehen werde. Sie beginne mit dem Typ 3, der mit „BFD als Sinnstifter“ überschrieben sei. Es handele dabei um Personen, die sich engagierten, weil ihnen die Tätigkeit Freude mache. Im Mittelpunkt stehe für diese Personengruppe das Gefühl, gebraucht zu werden und einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Die meisten Freiwilligen dieses Typs seien schon im Ruhestand, wobei dieser Typ am seltensten vorgekommen sei. Menschen, die sich bewusst eine Auszeit aus dem Job, z. B. in Form eines „Sabbaticals“, genommen hätten, seien dagegen überhaupt nicht vertreten gewesen.

Den am zweithäufigsten vertretenen Typ 1 habe man mit „BFD als Qualifizierung“ überschrieben. Bei dieser Gruppe handele es sich z. B. um Wiedereinsteiger in den Beruf nach einer Elternzeit oder um Personen, die einen persönlichen Schicksalsschlag, z. B. gesundheitlicher Natur, hinter sich hätten und sich deswegen beruflich neu orientieren wollten. Diese Freiwilligen betonten vor allem die Chancen des Dienstes und verbänden mit ihm sehr hohe Erwartungen als „Sprungbrett“ für ihre berufliche Zukunft.

Am häufigsten in den Fokusgruppen vertreten sei der Typ 2 gewesen, den man mit „Alternative zur Erwerbsarbeit“ überschrieben habe. Diese Personengruppe empfinde das Bundesfreiwilligendienstformat durchaus als positiv, vor allem im Vergleich zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Sie betonten die Selbstbestimmtheit im Bundesfreiwilligendienst, zeigten sich aber oft auch enttäuscht, dass der Dienst nach spätestens 18 Monaten ende. Auch die Möglichkeit des Zuverdienstes spiele für den Typ 2 eine große Rolle. In den Diskussionen habe man oft festgestellt, dass sich dieser Typ eher mit den Hauptamtlichen in den Einsatzstellen und nicht mit anderen Freiwilligen vergleiche. So würden beispielsweise Fragen wie Zuschläge für Wochenendarbeit oder Mitspracherechte in Teammeetings in dieser Gruppe sehr häufig thematisiert. Diese Typologie decke sich im Übrigen mit den Ergebnissen einer Befragung des „Wohlfahrtswerkes für Baden-Württemberg“ und auch die interviewten Experten hätten bestätigt, dass die Typologie für ihren jeweiligen Tätigkeitsbereich mehr oder weniger zutreffend sei.

Aus den empirischen Ergebnissen könne man erste vorläufige Schlussfolgerungen ziehen, wobei ein abschließendes Resümee wohl erst nach Vorliegen der Evaluationsergebnisse gezogen werden könne. Das „Experiment Altersöffnung“ im Bundesfreiwilligendienst erscheine zunächst einmal als gelungen, da sich die Älteren in großem Maße für den Bundesfreiwilligendienst interessierten, was zu Beginn nicht abzusehen bzw. nicht sicher gewesen sei. Dass sich die Älteren vom Bundesfreiwilligendienst angesprochen fühlten, habe drei verschiedene Gründe, die sich wieder entlang der beschriebenen Typen „clustern“ ließen. Sie sähen den Dienst entweder als „Sprungbrett“ für die berufliche Zukunft oder als Alternative zur Erwerbsarbeit oder als Sinnstiftung. Die Älteren kämen auch nicht nur für eine Übergangsphase in die Organisation, sondern sie kämen, um zu bleiben. Das sei für viele Organisationen neu und berge eine große Chance, um Menschen jenseits der klassischerweise engagierten Mittelschicht längerfristig für ein Engagement zu gewinnen. Gleichzeitig bedeute es aber auch eine relativ große Verantwortung für die Organisationen, hier realistische Perspektiven zu eröffnen und eine enge Begleitung zu gewährleisten, um über die 18 Monate des Dienstes hinaus eine Bindung herzustellen. In den meisten Einsatzstellen sei man hierauf noch nicht eingestellt, weil die Teilnehmer der Jugendfreiwilligendienste häufig nach der Absolvierung des Dienstes aufgrund von Studium oder Beruf wegzögen und als Zielgruppe für die Einsatzstellen daher keine größere Rolle mehr spielten.

Schon immer habe es im Zivildienst und in den Freiwilligendiensten eine Debatte über die Arbeitsmarktneutralität gegeben. Neu hinzukomme die Frage der Abgrenzung zu den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Die meisten älteren Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst seien im erwerbsfähigen Alter und hätten eine abgeschlossene Berufsausbildung. In den Fokusgruppen seien viele auch direkt aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, z. B. „Bürgerarbeit“ oder 1-Euro-Job, gekommen. Aufgrund ähnlicher struktureller Rahmenbedingungen – zeitliche Befristung, Stundenumfang, Möglichkeit des Zuverdiensts zum Arbeitslosengeld II – habe man festgestellt, dass von einigen Freiwilligen die Unterscheidung zwischen Freiwilligendienst und arbeitsmarktpolitischer Maßnahme nicht immer ganz sauber getroffen werde.

Schließlich sei – und dies hänge eng mit dem zuvor genannten Punkt zusammen – der Bundesfreiwilligendienst für die Älteren im Moment noch kein klassischer Lerndienst. Motive, wie praktische Erfahrungen sammeln oder Zeit überbrücken, die in den Jugendfreiwilligendiensten eine wichtige Rolle spielten, seien für die älteren Teilnehmer am

Bundesfreiwilligendienst von geringer Bedeutung. Diese kämen bereits mit einer ausgeprägten Persönlichkeit in den Dienst, sodass Bildungsformate, die stark auf die Persönlichkeitsentwicklung abzielten, wie beim FSJ und FÖJ, hier nicht griffen. Zudem habe man große strukturelle und persönliche Hürden hinsichtlich der Seminarteilnahme festgestellt. So sei für viele Ältere eine Teilnahme an mehrtägigen Seminaren, z. B. aufgrund bestehender familiärer Verpflichtungen, nicht möglich. Zudem bestünden bei einigen Ängste und Vorbehalte, überhaupt ein Bildungsangebot wahrzunehmen. Selbst in Verbänden mit einem bereits flächendeckend ausgebauten Bildungsangebot für die Zielgruppe „27+“ werde jeder Freiwillige persönlich eingeladen. Laut Experteninterviews nehme momentan nur etwa ein Drittel bis maximal die Hälfte der älteren Teilnehmer an Seminaren teil. Rechne man die Zahlen des BAFzA hoch, komme man sogar auf eine noch niedrigere Quote. Vor einer abschließenden Einschätzung seien jedoch auch hier die Ergebnisse der Evaluation abzuwarten.

Als Fazit lasse sich festhalten, dass sich der Freiwilligendienst partiell neu positionieren müsse. Vor allem stelle sich die Frage, welche Wirkung ein solches Format für die Freiwilligen selbst, aber auch für die Gesellschaft entfalten solle.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Beller und Frau Haß für ihre Präsentation. Ehe man in die Fraktionsrunde einsteige, wolle er zunächst Herrn Dr. Kreuter die Gelegenheit geben, einige Anmerkungen aus Sicht des BMFSFJ beizusteuern.

Dr. Jens Kreuter (BMFSFJ) erklärt, ihm sei zunächst die methodische Klarstellung wichtig, dass die vorliegende Studie zwar Kernthemen definiere, aber keine repräsentative Aussagen treffen könne, da nur eine sehr überschaubare Gruppe im Rahmen der Untersuchung befragt worden sei. Die aktuellen Zahlen zum Bundesfreiwilligendienst mit differenzierten Aufschlüsselungen nach Ländern, Altersgruppen, Geschlecht seien – darauf wolle er informationshalber hinweisen – über die Homepage des BAFzA allgemein verfügbar. Im Übrigen beantworte man gerne auch darüber hinausgehende Fragen.

Wichtig sei zudem, sich die Gesamtgröße vor Augen zu führen. 40 Prozent der Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst, das seien rund 13.000 Personen, seien älter als 27 Jahre. Wenn man davon noch die über 60-Jährigen abziehe, rede man von 10.000 Personen, die Betrachtungsgegenstand der vorliegenden Studie seien. Damit werde auch klar, dass es sich im Vergleich zu den Menschen in Hartz IV-Bezug, zu Frührentnern und Vorruhe-

ständlern um eine sehr kleine Gruppe handele. Für den Freiwilligendienst sei dies eine neue spannende Zielgruppe, die aber weit davon entfernt sei, irgendwelche statistische Wirkungen auf die Arbeitslosenzahlen zu haben, selbst wenn man annehmen würde, alle Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst über 27 Jahre wären vorher Hartz IV-Bezieher gewesen.

Er wolle zudem zwei inhaltliche Anmerkungen machen. Erstens sei es wichtig, zwischen der Begründung und den Wirkungen zu differenzieren. Freiwilligendienste dürften nur engagementpolitisch begründet werden. Für das BMFSFJ sei ausschließlich die Möglichkeit für Menschen, sich zu engagieren, handlungsleitend. Ein Freiwilligendienst habe aber selbstverständlich verschiedene Wirkungen, z. B. auf die Patienten einer Einrichtung, denen Teilnehmer eines Freiwilligendienstes mehr Zeit schenken, auf das Team, das frischen Wind bekomme, und natürlich auch auf die Freiwilligen selbst, die sich z. B. beruflich orientieren könnten. Daneben habe ein Freiwilligendienst auch gewisse arbeitsmarktpolitische Wirkungen und damit eine arbeitsmarktpolitische Relevanz. Wenn ein Langzeitarbeitsloser durch die Absolvierung eines Freiwilligendienstes neue Motivation und neues Selbstbewusstsein erlange und sich entscheide, sich beruflich neu zu orientieren, sei dies natürlich auch eine Wirkung. Als Regierung dürfe man nichts tun, um diese arbeitsmarktpolitischen Wirkungen in den Freiwilligendiensten zu erhöhen, sondern man nehme sie zur Kenntnis, ohne sich vom Grund und vom Sinn der Freiwilligendienste ablenken zu lassen.

Zudem wolle er kritisch anmerken, dass die Gespräche mit den Fachleuten schon vor einer Weile geführt worden seien und dass daher die genannten Beteiligungsquoten an den Seminaren nicht mehr stimmten. Es gebe inzwischen auch eine Verabredung mit allen Zentralstellen und Verbänden, dass auch alle über 27-Jährigen mindestens einen Tag pro Monat an einem Seminar teilnehmen müssten. Die Frage der pädagogischen Begleitung für die älteren Freiwilligen sei also bereits aufgegriffen worden. In einer Arbeitsgruppe mit den Verbänden und zivilgesellschaftlichen Strukturen beschäftige man sich zudem intensiv und prioritär mit der Beantwortung der Frage, wie die Seminare auch für die über 27-Jährigen interessant gestaltet werden könnten.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Kreuter für seine ergänzenden Anmerkungen. Damit sei die Fraktionsrunde eröffnet, wobei er für die CDU/CSU-Fraktion die Fragen stellen werde. Die Koalition habe den Bundesfreiwilligendienst auf den Weg gebracht und sich

bewusst für die Altersöffnung entschieden. Er betrachte die vorgelegte Auswertung als Bestätigung dafür, dass man mit dieser Entscheidung richtig gelegen habe. Es sei zudem auf die Gründe für die größere Beteiligung von Älteren in den ostdeutschen Bundesländern hingewiesen worden: Demografie, Abwanderung von jungen Menschen in den Westen, höhere Arbeitslosenzahlen. Solche bemerkenswerten Aspekte seien sicherlich auch ein Grund für die Politik, immer wieder genau hinzuschauen, insbesondere auch auf die Frage der Arbeitsmarktneutralität. Die zeitliche Befristung beim Bundesfreiwilligendienst habe man bewusst in das Gesetz hineingeschrieben, damit sich bestimmte Entwicklungen nicht verstetigten und sich der Bundesfreiwilligendienst nicht zu einem Billiglohnsektor entwickle. Wenn sich jemand freiwillig und aus Gemeinsinn bürgerschaftlich im Rahmen eines Bundesfreiwilligendienstes engagieren wolle, seien positive Nebenwirkungen für den Arbeitsmarkt nicht nur hinzunehmen, sondern als zusätzliche positive Effekte zu begrüßen.

Nach seiner eigenen Erfahrung werde die „Bürgerarbeit“ im Gegensatz zum Bundesfreiwilligendienst kaum angenommen. Ihn interessiere, warum aus Sicht der Sachverständigen das Format „Bundesfreiwilligendienst“ soviel erfolgreicher sei als das Format „Bürgerarbeit“. Zum anderen würde er gerne wissen, ob im Rahmen der Studie auch danach gefragt worden sei, was aus Sicht der Menschen, die Arbeit suchend seien und die 18 Monate einen Bundesfreiwilligendienst absolviert hätten, getan werden müsse, um im Anschluss den Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt oder eine andere Tätigkeit zu erleichtern.

Abg. **Sönke Rix** (SPD) bedankt sich bei Frau Beller und bei Frau Haß für die Vorstellung der Studie. Er sei davon überzeugt, dass die Expertinnen soziologisch korrekt gearbeitet hätten und wolle sich nicht anmaßen, die vorgelegten Zahlen infrage zu stellen. Bei den herausgearbeiteten Typen seien der Typ 1 – „BFD als Qualifizierung“ – und der Typ 3 – „BFD als Sinnstifter“ – seine „Lieblingstypen“, da sie – wie auch die Ausführungen von Herrn Dr. Kreuter deutlich gemacht hätten – diejenigen seien, warum Freiwilligendienste ursprünglich entwickelt worden seien. Aus seiner Sicht überwiege aber der Typ 2 – „Alternative zur Erwerbsarbeit“ – zu stark. Die Altersöffnung bei den Freiwilligendiensten in Form der „generationenübergreifenden Freiwilligendienste“ sei ursprünglich eine Idee von Rot-Grün gewesen, die später in der großen Koalition mit den „Freiwilligendiensten aller Generationen“ eine Fortsetzung erfahren habe. Ob nach der Altersöffnung beim Bundesfreiwilligendienst der bisherige Charakter der Freiwilligendienste erhalten bleibe,

sei allerdings die zentrale Frage. Die Ergebnisse der Studie bestärkten die von der SPD-Fraktion schon immer gehegten Befürchtungen, dass die spezifischen Bedürfnisse der über 27-Jährigen beim Bundesfreiwilligendienst nicht ausreichend berücksichtigt würden. Auch sei das Bewusstsein, eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements auszuüben, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, nicht so ausgeprägt. Er sei froh darüber, dass an diesen Problemen zum Teil schon gearbeitet werde. Eigentlich hätte man zur heutigen Sitzung auch einen Vertreter der Agentur für Arbeit oder vom Bundesarbeitsministerium einladen müssen, da nicht unbedingt die geschaffenen gesetzlichen Rahmenbedingungen das Problem seien, sondern die Art der Bewerbung des Bundesfreiwilligendienstes. Großen Handlungs- und Nachjustierungsbedarf gebe es aus seiner Sicht vor allem bei der Abgrenzung zur Erwerbsarbeit und bei den Bildungsangeboten für die über 27-Jährigen.

Abg. **Harald Koch** (DIE LINKE.) dankt den beiden Sachverständigen ebenfalls zunächst für ihre Präsentation. Die vorgelegten Zahlen hätten ihn überhaupt nicht überrascht. Ihn interessiere erst einmal, in wessen Auftrag die Studie durchgeführt worden sei. Zweitens sei ihm die Anzahl der Befragten für ein fundiertes Ergebnis zu gering. Bei über 30.000 Teilnehmern im Bundesfreiwilligendienst müsste deren Zahl einfach höher sein. Er wisse auch nicht, wie die Teilnehmer befragt worden seien. Er erinnere sich an eine Unterausschusssitzung, in der ein über 50-jähriger Bundesfreiwilligendienstleistender richtig euphorisch über seine Tätigkeit gesprochen habe. Wenn man Einrichtungen besuche, würden Teilnehmer mehrheitlich immer positiv über ihre Tätigkeit sprechen, schon um sich keine Blöße zu geben. Insofern habe er gewisse Zweifel am Wahrheitsgehalt solcher Befragungen. Die Zahlen zeigten, worauf Herr Rix schon hingewiesen habe, dass es beim Bundesfreiwilligendienst eine Schieflage gebe. Aus seiner Sicht werde der Freiwilligendienst missbraucht, um für Bereiche, die sich in einer schwierigen Situation befänden, preiswerte Beschäftigte zu stellen. Dies gelte für den öffentlichen Bereich genauso wie für Vereine. Dass Arbeitslose, die schon mehrere Jahre nach Arbeit suchten, nach diesem Strohalm griffen, sei normal. Hier werde – aus seiner Sicht – die Notlage von Menschen ausgenutzt. Dies gehe völlig an der ursprünglichen Intention der Freiwilligendienste als Lerndienste vorbei. Die Älteren im Bundesfreiwilligendienst verfügten bereits über eine gewachsene Persönlichkeit und benötigten solche Lernerfahrungen nicht mehr, aber es gebe einen sehr großen Anteil, die sich mit ihrer Lebenserfahrung, die sie als erwachsene Menschen mitbrächten, im Bundesfreiwilligendienst engagieren wollten.

Die größte Gefahr sehe seine Fraktion darin, dass die Betroffenen in dem Zeitraum von maximal 18 Monate, in dem sie ihren Dienst leisteten, aus der Arbeitsvermittlung herausfielen. In dieser Zeit kümmerten sich Arbeitsagenturen und Jobcenter nicht um diese Personen, sodass ihnen vielleicht Chancen verlorengingen. Sie bekämen ein geringes Entgelt mit einer geringen Absicherung in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, womit Altersarmut manifestiert werde. Darin sehe seine Fraktion das gravierendste Problem.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) weist darauf hin, dass die mit dem Bundesfreiwilligendienst ursprüngliche verbundene Intention, aktive Rentner anzusprechen, nicht funktioniert habe. Die SPD-Fraktion habe vorhergesehen, dass Rentner an einem solch zeitintensiven Format kein Interesse hätten. Für diese Altersgruppe brauche es andere Formate. Die Motive der älteren Bundesfreiwilligendienstleistenden, die Frau Haß und Frau Beller aus den Fokusgruppen geschildert hätten, entsprächen denen aus ihren eigenen zahlreichen Gesprächen. Das reiche vom Arzt, der ein Burnout gehabt habe und nicht mehr den beruflichen Anschluss geschafft habe, bis zu jemanden, der in einer Behinderteneinrichtung arbeite, weil er selber ein Stück weit leistungsgemindert sei; es gebe aber auch viele, die vorzeitig in den Ruhestand geschickt worden seien, bis hin zu Menschen, die eigentlich auf der Suche nach einer Erwerbstätigkeit seien. Letztere sähen das, was sie jetzt täten, oft durchaus als befriedigend an, wollten den Dienst aber gleichzeitig über einen längeren Zeitraum machen. Sie betrachteten den Dienst nicht als vorübergehendes Engagement, sondern unterstützten mit wahrer Begeisterung ihren Verein durch den Bundesfreiwilligendienst und wollten dies am liebsten verstetigen. Dies heiße für sie, dass man vor der Frage stehe, wie man das Thema „Infrastruktur und Unterstützung von Vereinen“ jenseits des Bundesfreiwilligendienstes sinnvoll befördern könne.

Ein weiteres Problem sei, dass die Regionalberaterinnen und -berater den Bundesfreiwilligendienst zu sehr als arbeitsmarkt-, beschäftigungs- und qualifizierungspolitische Maßnahme anpreisen würden. Hier müsse erheblich nachgesteuert und darauf geachtet werden, dass sich der Bundesfreiwilligendienst nicht zu einem Ersatz für finanziell gekürzte arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickle. Organisationen, die durch den Bundesfreiwilligendienst günstig an Personal kämen, seien dafür zwar ebenso dankbar wie Arbeitslose, die zunächst einmal froh seien, wieder eine sinnvolle Beschäftigung zu haben. Aber es entstünden Brüche, wenn sie merkten, dass sie nur ein Taschengeld bekämen und bestimmte Leistungen nicht erhielten, auf die sie Anspruch hätten, wenn sie in einer arbeitsmarktqualifizierenden Maßnahme wären. Die zeitliche Befristung, über

die auch bei den ABM-Maßnahmen immer schon diskutiert worden sei, komme dann noch verschärfend hinzu. Zudem gingen ihnen – worauf Herr Koch schon hingewiesen habe – bestimmte Qualifizierungs- und Vermittlungsansprüche verloren, was dazu führen könne, dass sie nachher keinen Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt mehr fänden.

Annelie Beller (CSI - Universität Heidelberg) weist hinsichtlich der Frage des Vorsitzenden, was den Bundesfreiwilligendienstleistenden gut tun würde, darauf hin, dass man hier differenzieren müsse. Es gebe hier sicher nicht ein Rezept für die sehr heterogene Gruppe der Freiwilligen. In Frankreich gebe es z. B. den „Service Civic“ mit einer starken Coaching-Komponente. Dies könnte aus ihrer Sicht ein Ansatzpunkt sein, um Personen des Typs 2 individuell weiterzuhelfen. Die Organisationen sollten zudem von Anfang an thematisieren, dass der Bundesfreiwilligendienst spätestens nach 18 Monaten ende und aktiv auf die Freiwilligen hinsichtlich der Frage zugehen, was danach komme. Zur „Bürgerarbeit“ könne sie nur wenig sagen, da sie das Format nicht gut genug kenne. Es sei erwähnt worden, da die Freiwilligen auch aus der „Bürgerarbeit“ in den BFD kämen.

Rabea Haß (Hertie School of Governance) ergänzt, dass viele in den Bundesfreiwilligendienst kämen, weil arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die „Bürgerarbeit“ in der Regel zeitlich befristet seien. Insofern sei es nicht unbedingt eine aktive Entscheidung gegen dieses oder jenes Format. Zudem seien parallel zur Einführung des Bundesfreiwilligendienstes in vielen Kommunen 1-Euro-Jobs aus finanziellen Gründen abgeschafft worden.

Annelie Beller (CSI - Universität Heidelberg) weist weiter darauf hin, dass in den Fokusgruppen niemand geäußert habe, von den Arbeitsagenturen in den Bundesfreiwilligendienst gedrängt worden zu sein. Die Freiwilligen selbst hätten sich oft sogar eine aktivere Bewerbung des Dienstes durch die Arbeitsagenturen gewünscht, da viele sagten, der Dienst sei das Beste, was ihnen in letzter Zeit passiert sei. Der Abgeordnete Koch habe gefragt, in wessen Auftrag die Studie durchgeführt worden sei. Sie habe bereits in ihrem Vortrag kurz erwähnt, dass die Studie von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung finanziert worden sei. Die Zahl der Befragten sei in der Tat gering. Man habe aber auch nicht den Anspruch gehabt, eine Gesamtevaluation durchzuführen, mit der andere beauftragt seien. Der Anspruch sei vielmehr gewesen, die Einführung des Dienstes wissenschaftlich zu begleiten und dabei Kernthemen für die weitere Diskussion aufzuzeigen. Genau dies tue die Studie, das sei aber zugleich auch ihre Grenze. Ein Anspruch auf Repräsentativität sei mit der Studie von Anfang an nicht verbunden gewesen.

Die durchgeführten Fokusgruppeninterviews mit jeweils einer kleinen Gruppe von Freiwilligen seien relativ intensiv gewesen und hätten zwischen 45 Minuten und 60 Minuten gedauert. Sie habe dabei durchaus den Eindruck gehabt, dass die Gespräche in einer offenen Atmosphäre stattgefunden hätten, in der die Freiwilligen ihre Meinung frei äußern konnten. Man habe offene Fragen gestellt und es seien auch keine Betreuer bei den Gesprächen anwesend gewesen. Schlussendlich könne man den vom Abgeordneten Koch bezweifelten Wahrheitsgehalt, wie bei jeder Befragung, nicht zu 100 Prozent garantieren.

Die Aussage, dass der Dienst eine vertane Chance sei, würde von den teilnehmenden Freiwilligen sicherlich verneint. Die Freiwilligen schätzten vor allem, dass sie im Bundesfreiwilligendienst frei tätig sein und dabei ihren Interessen nachgehen könnten und auch noch eine Wertschätzung erfahren. Die Frage für viele Freiwilligen sei eher, wie es nach dem Dienst weitergehe.

Rabea Haß (Hertie School of Governance) ergänzt, dass die Interviews bis Ende Januar 2013 geführt worden seien. Darüber hinaus habe man im April noch einmal an einer Fachkonferenz der zweitgrößten Zentralstelle nach dem BAFzA mit pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern teilgenommen. Die Rückmeldungen hätten gezeigt, dass im Bereich der pädagogischen Begleitung und Seminare inzwischen in der Tat sehr viel passiere. Trotzdem sei es weiterhin ein großes Problem, die Älteren zu erreichen. Gerade Träger mit einem sehr guten Bildungskonzept berichteten, dass sie sehr viele Hürden zu überwinden hätten. Jeder Freiwillige müsse persönlich angesprochen werden. Wenn man einen Brief schreibe, werde der von den einen als zu kompliziert empfunden, während sich die anderen durch einen einfach formulierten Brief auf den Arm genommen fühlten. Auch bei der pädagogischen Begleitung müssten sich viele Einsatzstellen noch umstellen, da sie an Zivildienstleistende und an junge Freiwillige gewöhnt gewesen seien. Habe man plötzlich einen 50-jährigen Freiwilligen vor sich, stelle sich auch die Frage nach dem Umgang noch einmal anders. Unsicherheit gebe es auch, wie man damit umgehen solle, wenn sich ein Freiwilliger weigere, ein Seminar zu besuchen. Setze man ihn dann vor die Tür, weil die Lerndienstkomponente nun einmal im Gesetz verankert sei? Hier befinde man sich zum Teil noch in einer Experimentierphase. Der Grund, warum man die Probleme so betone, obwohl die Älteren in absoluten Zahlen bei den Freiwilligendiensten nicht die Mehrheit ausmachten, sei, dass einzelne Negativbeispiele das Image des gesamten Dienstes ganz schnell kaputtmachen könnten. Zudem könnte es zu einem negativen Effekt bei den Jugendfreiwilligendiensten kommen, wenn peu à peu Standards

untergraben würden. Dem früh entgegenzusteuern, sei einfacher, als wenn sich bestimmte Dinge schon negativ eingeschliffen hätten.

Dr. Jens Kreuter (BMFSFJ) weist darauf hin, dass die von der Abgeordneten Kumpf gestellten Fragen auch vom Ministerium gesehen würden. Durch den großen Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes stehe man vor neuen Problemen, die zu lösen seien. Dies sei auch das Hauptthema einer heute stattfindenden Bund-Länder-Klausursitzung gewesen. Die Antwort auf die geschilderten Probleme könne nicht sein, bestimmten Bevölkerungsgruppen die Teilnahme am Bundesfreiwilligendienst zu verweigern, sondern es müsse darum gehen, über möglichst gute Seminarangebote und eine intensive Begleitung die Qualität der Ergebnisse zu sichern. Dabei sei er für jeden Hinweis ausdrücklich dankbar, wenn von einer Arbeitsagentur Druck auf Arbeitslose ausgeübt werden sollte, einen Bundesfreiwilligendienst zu absolvieren, um möglichen Fehlentwicklungen sofort Einhalt gebieten zu können. Bisher habe es in den vergangenen knapp zwei Jahren erst einen einzigen solchen Fall in Nordrhein-Westfalen gegeben, der von der Fraktion DIE LINKE. thematisiert worden sei. Dieser Fall sei dann binnen 48 Stunden geklärt worden.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Beller, Frau Haß und Herrn Dr. Kreuter für ihr Kommen. Das Thema werde die zuständigen Gremien sicherlich auch in der nächsten Wahlperiode weiter beschäftigen.

Tagesordnungspunkt 4

Aktuelle Gesetzesvorhaben

Der **Vorsitzende** erkundigt sich, ob den Unterausschussmitgliedern der SPD-Fraktion bekannt sei, wie sich die SPD-geführten Bundesländer bei der Abstimmung im Bundesrat über den Gesetzentwurf, in dem die steuerliche Freistellung des Soldes beim freiwilligen Wehrdienst sowie des Taschengeldes im BFD erneut enthalten sei, verhalten würden.

Abg. **Sönke Rix** (SPD) erklärt, dass ihm keine Informationen über das geplante Abstimmungsverhalten vorlägen. An dem angesprochenen Punkt, bei dem man sich fraktionsübergreifend einig sei, werde der Gesetzentwurf auch dieses Mal sicherlich nicht scheitern. Das Abstimmungsverhalten werde eher von anderen strittigen Punkten abhängen, mit denen der Gesetzentwurf gekoppelt sei.

Tagesordnungspunkt 5

Verschiedenes

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Unterausschusses, die zugleich die letzte Sitzung in der 17. Wahlperiode sei, am Mittwoch, 12. Juni 2013, 17:00 bis 19:00 Uhr, stattfinden werde. Unter dem Titel „Engagementpolitik in Deutschland – Bilanz und Ausblick“ werde man die Entwicklungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements in den zurückliegenden vier Jahren in einem öffentlichen Fachgespräch resümieren und Herausforderungen und Perspektiven der Engagementförderung für die kommende Legislaturperiode erörtern. Zur Sitzung eingeladen seien der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, der Geschäftsführer des BBE, Dr. Ansgar Klein, die Sprecherin des Bündnisses für Gemeinnützigkeit, Frau Dr. Karin Fehres, sowie zwei Vertreter der Bundesländer.

Der Vorsitzende wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und schließt die 35. Sitzung des Unterausschusses.

Ende der Sitzung um 19:06 Uhr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Markus Grübel'. The signature is written in a cursive style with a large, prominent loop at the end.

Markus Grübel, MdB

ZiviZ-Survey: Erste Ergebnisse

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement,
Deutscher Bundestag

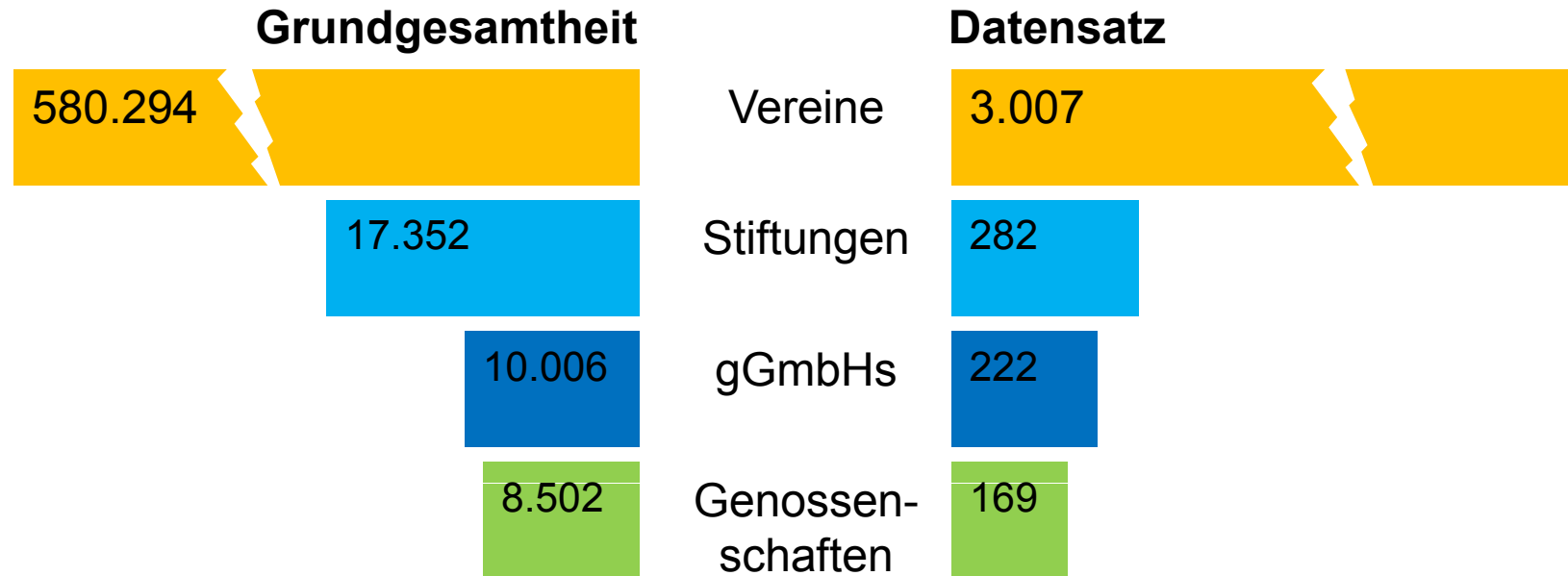
15. Mai 2013, Berlin

Gliederung

- Projekt und Datensatz
- Organisationsmodelle in der Zivilgesellschaft: Engagement und Beschäftigung
- Mitgliedschaft in Vereinen
- Infrastrukturlücke bei kleinen und mittleren Vereinen?

Das Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ)

- Kooperationsprojekt von Bertelsmann Stiftung, Fritz Thyssen Stiftung und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
- **Projektziele**
 - Verbesserung der Datenlage über die organisierte Zivilgesellschaft in Deutschland
 - Aufbau eines dauerhaften Monitorings der organisationalen Ebene von Zivilgesellschaft



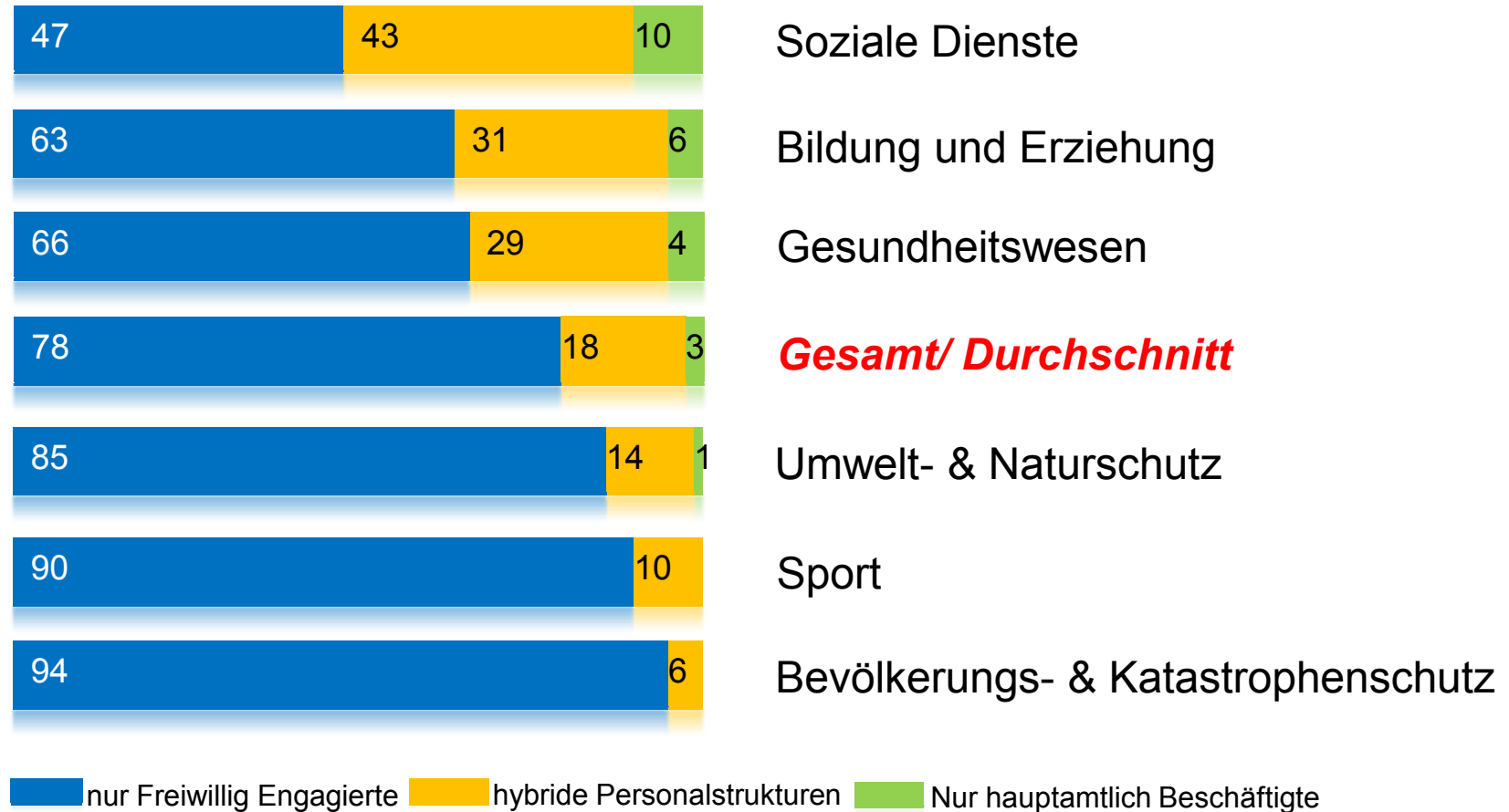
Repräsentativbefragung

- Zufallstichprobe (n = 20.000)
- Online- und Papierfragebögen
- Feldphase: September bis Dezember 2012
- Gewichtete Auswertungen



Engagement und Beschäftigung nach Bereichen

Organisationsmodelle nach Bereichen (in %)



Quelle: ZiviZ 2013

Organisationsmodelle: Bereich Sport (in %)

Vereine



Stiftungen



■ nur Freiwillig Engagierte ■ hybride Personalstrukturen ■ Nur hauptamtlich Beschäftigte

Quelle: ZiviZ 2013

Organisationsmodelle: Bereich Bildung und Erziehung (in %)

Vereine



gGmbHs



Genossenschaften



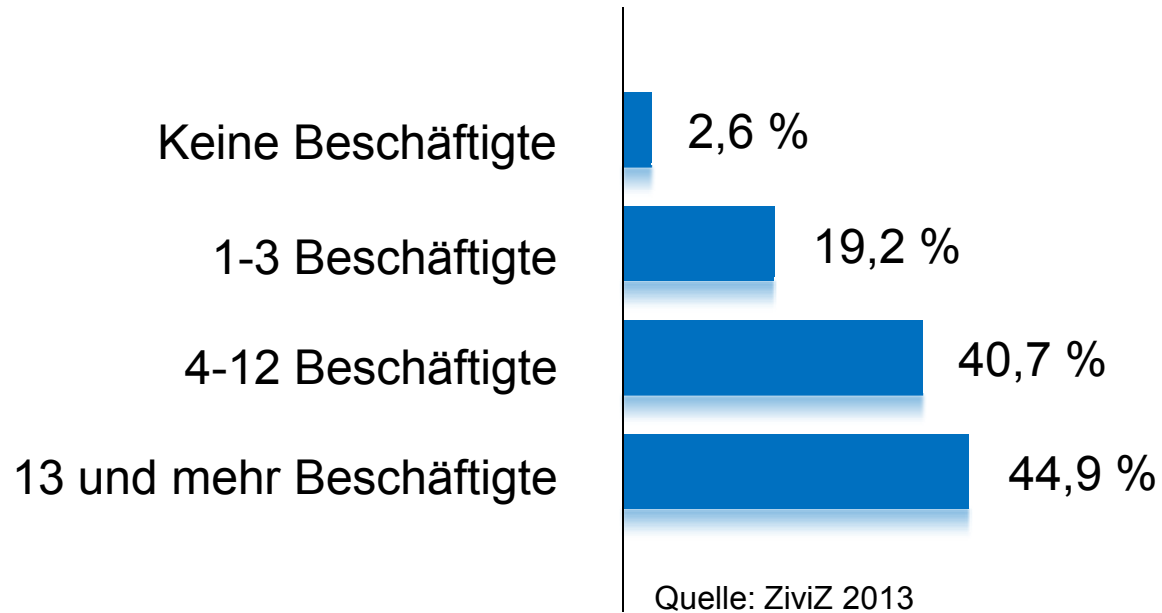
Stiftungen



■ nur Freiwillig Engagierte
 ■ hybride Personalstrukturen
 ■ Nur hauptamtlich Beschäftigte

Quelle: ZiviZ 2013

**„Wir setzen verstärkt bezahlte MitarbeiterInnen ein“
nach Organisationsgröße in Beschäftigten.**



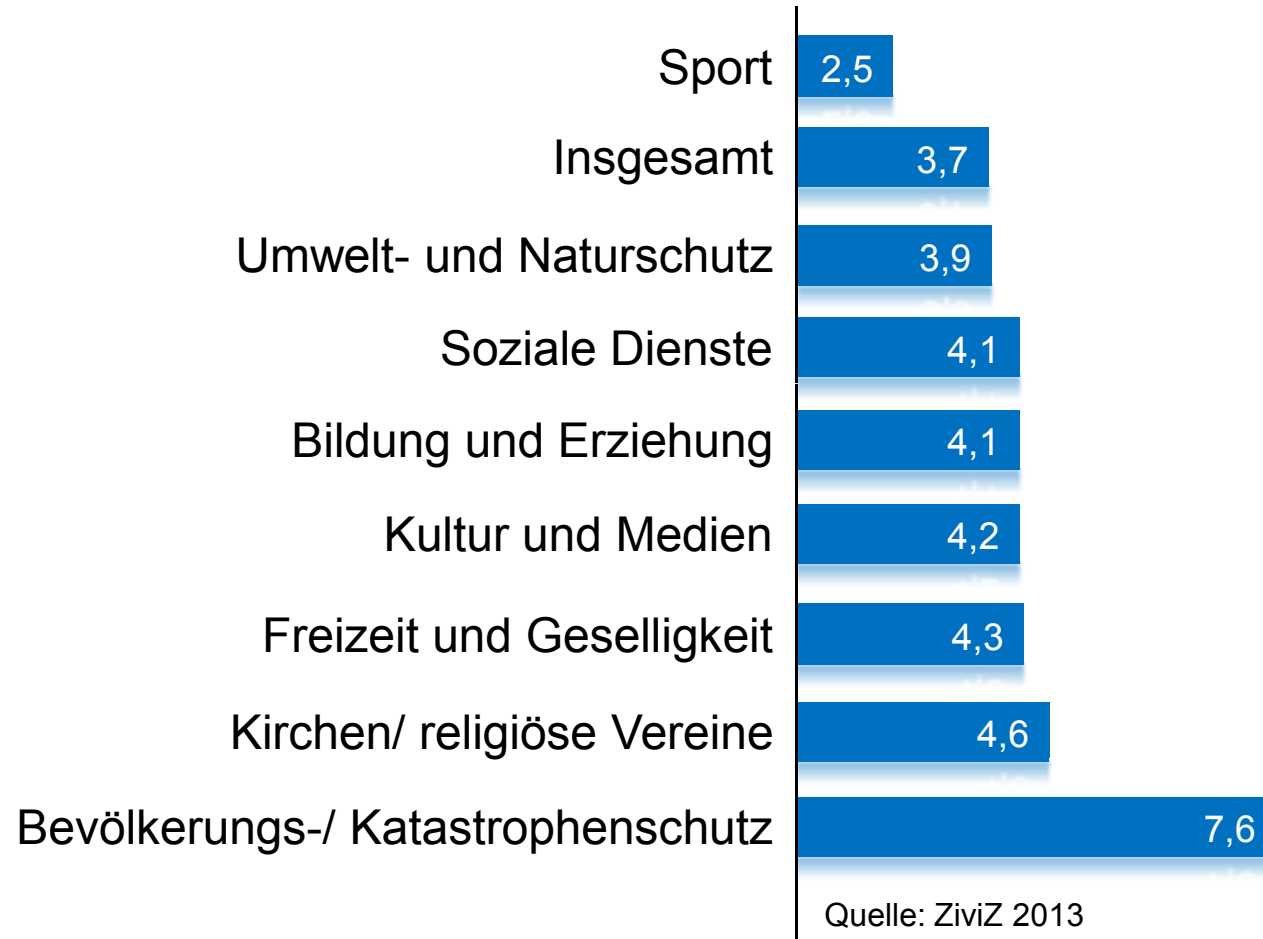


Vergessene Größe ‚Mitgliedschaft‘

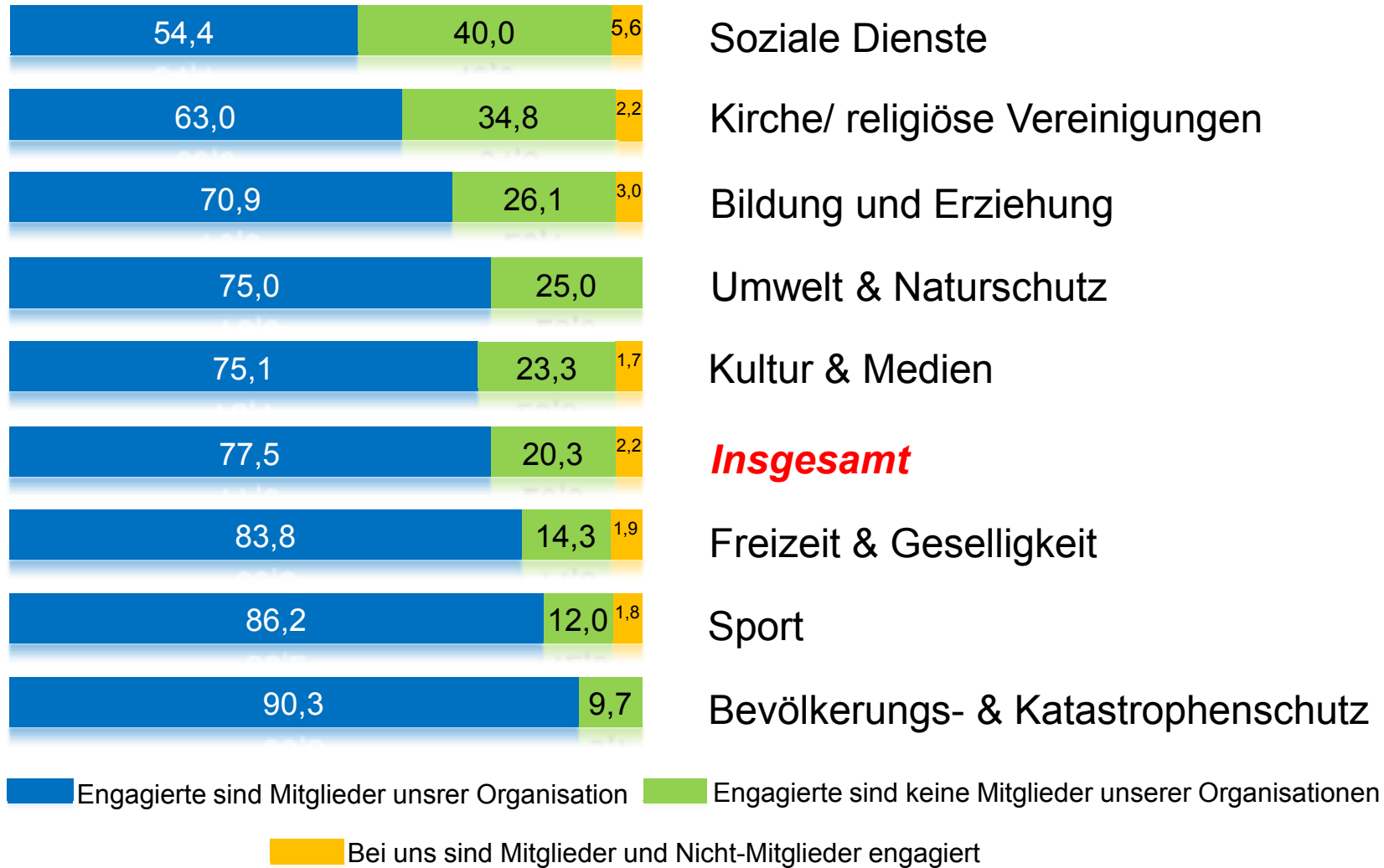
Mitgliedschaft in freiwilligen Vereinigungen: Etappen einer Diskussion

- Olk 1987/ Jakob 1993: Biographisierung und Episodisierung des Ehrenamtes
- Streeck 1986: „Aussterben der Stammkunden“
- 2000er Jahre, Sozialkapitaldiskussion: These vom Strukturwandel freiwilliger Vereinigungen und der Entstehung von Vertrauen in mitgliedschaftsbasierten Organisationen
- Dritte Sektor-Diskussion: Kommerzialisierung von Mitgliedschaften
- Grundlegendes Deutungsmuster:
 - Erosion biographisch stabiler Mitgliedschaftsverhältnisse als Resultat des Wandels sozialer Lebenslagen und des gesellschaftlichen Wertewandels.
 - Entstehung mitgliedschaftsunabhängiger Organisationsbezüge.

Mobilisierungsquote (Verhältnis aktiv Engagierter zu Mitgliedern) nach Bereichen

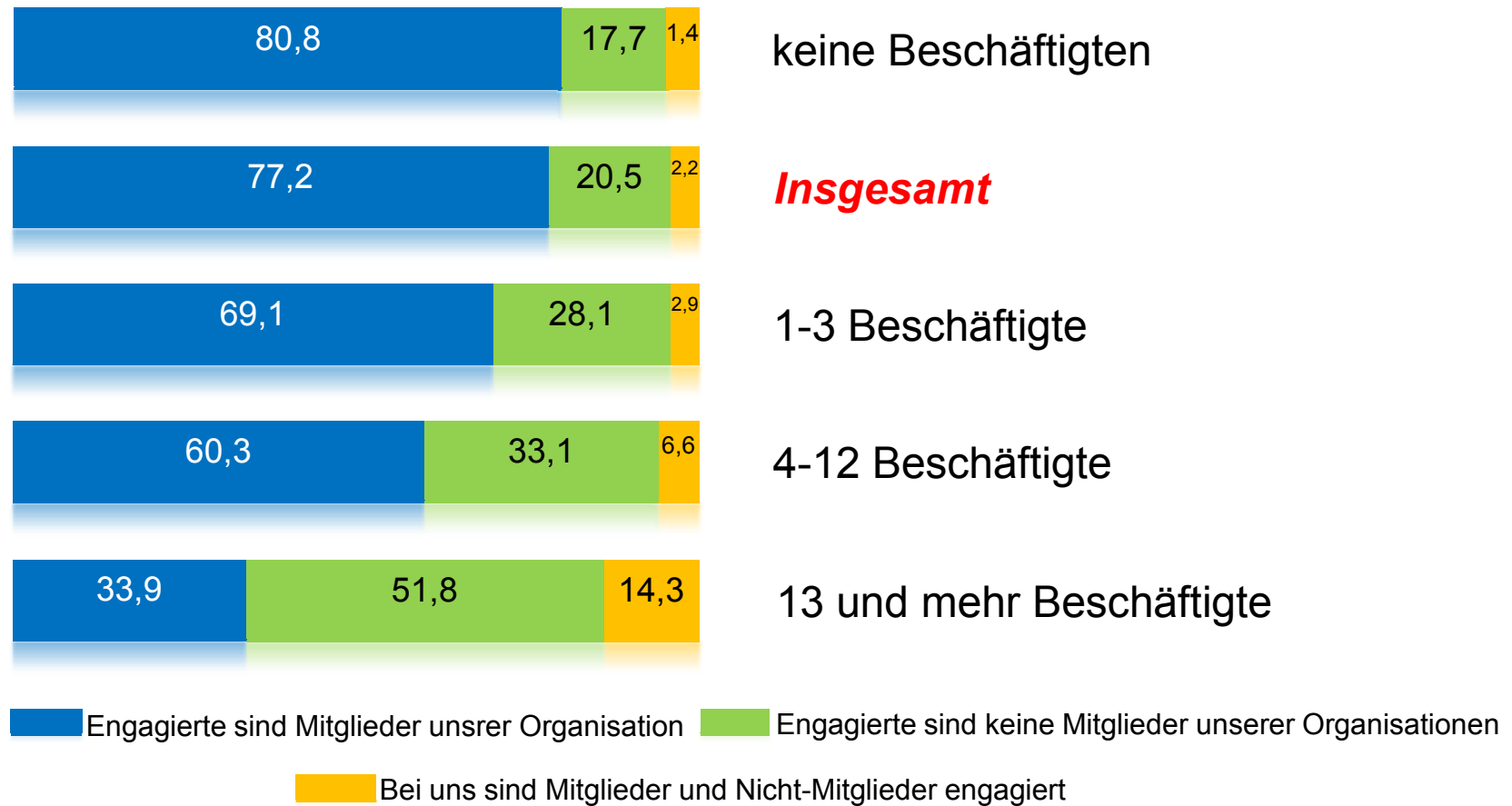


Engagement und Mitgliedschaft in Vereinen (in %)



Quelle: ZiviZ 2013

Einfluss von Verberuflichung auf das Mitgliedschaftsmodell in Vereinen (in %)



Quelle: ZiviZ 2013

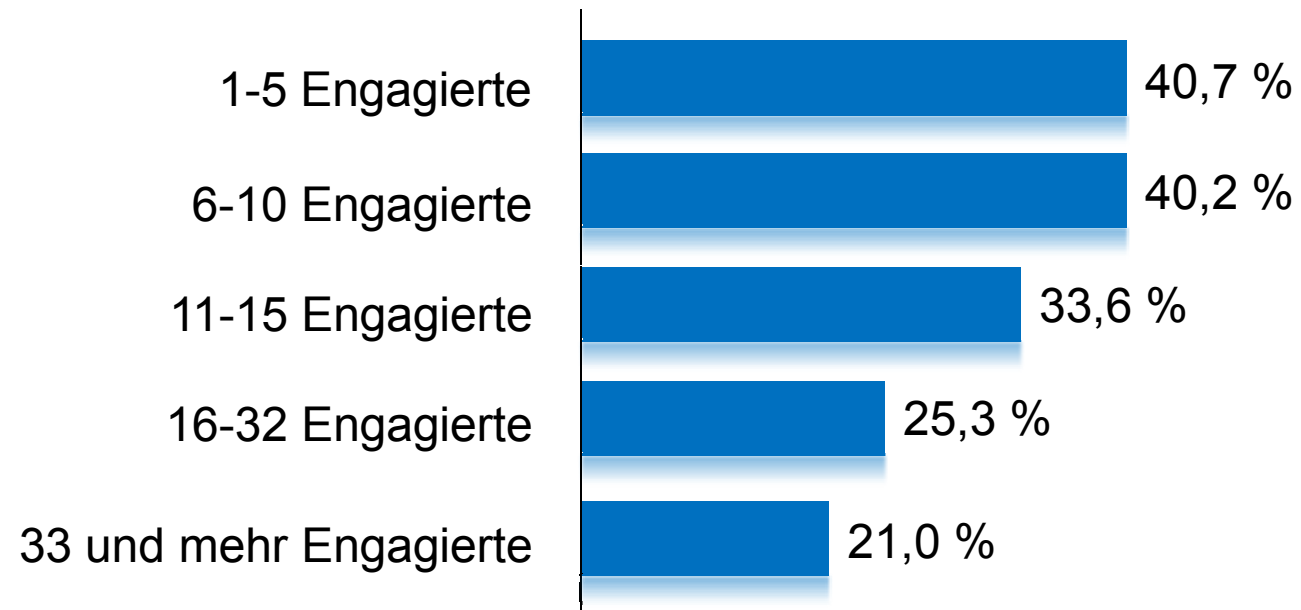
Mitgliedschaften und Engagement

- Mitgliedschaften sind nach wie vor das häufigste Einfallstor für ein bürgerschaftliches Engagement
- Engagementquoten und –strukturen sind in hohem Maß abhängig von den Strukturen der Politikfelder, in denen die jeweiligen Organisationen operieren.
- Mit steigender Verberuflichung der Organisationen verliert auch das Mitgliedschaftsmodell für die Mobilisierung freiwillig Engagierter an Relevanz
- Die Dimension der Mitgliedschaft als Link zwischen dem Engagement Einzelner und der organisationaler Ebene sollte in den Freiwilligensurvey aufgenommen werden.



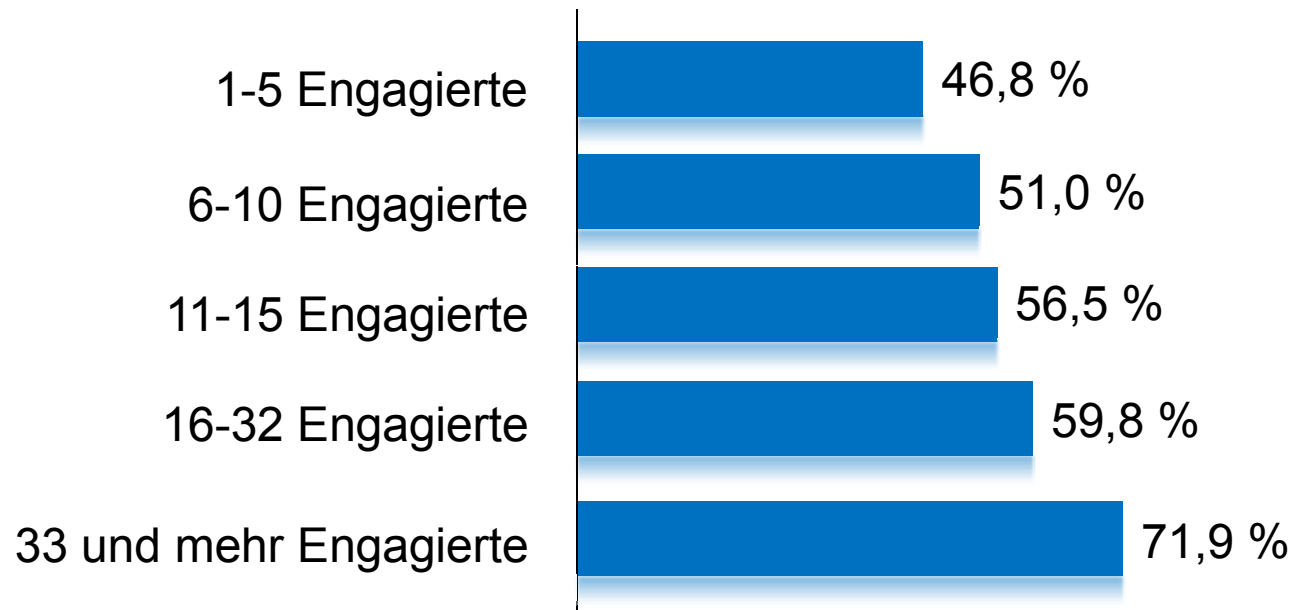
Infrastrukturlücke bei kleinen und mittelgroßen Vereinen

**„Wir haben Probleme bei der Gewinnung freiwillig Engagierter“
nach Organisationsgröße in freiwillig Engagierten**



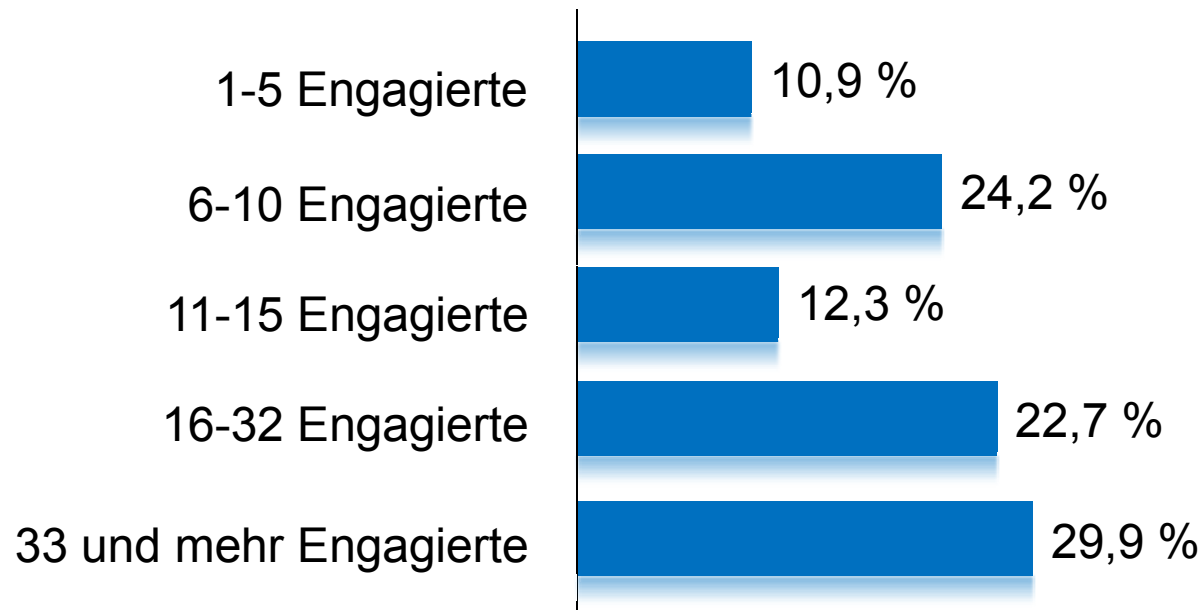
Quelle: ZiviZ 2013

Mitgliedschaft in einem Dachverband nach Organisationsgröße in Engagierten



Quelle: ZiviZ 2013

Nutzung von Infrastruktureinrichtungen (Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser) nach Organisationsgröße



Quelle: ZiviZ 2013

Infrastrukturlücke

- Nutzung und Zugang zu Beratungsstrukturen ist bei den Organisationen am prekärsten, die den höchsten Bedarf haben.
- Gestaltungsoption „Starterkit“ bei Anmeldungen zum Vereinsregister

Berichterstattung Zivilgesellschaft

- Zukunftsaufgabe: Ausbau einer umfassenden Zivilgesellschaftsberichterstattung
- Wichtige Bausteine:
 - Freiwilligensurvey
 - Organisationssurvey
 - Paneldaten (insb. SOEP)
 - Auswertungen des Unternehmensregisters
- Monitoring Zivilgesellschaft als Ko-Produktion unterschiedlicher Akteure konzertieren.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

WZB

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung



Anlage 2



Veränderungen in Dritte- Sektor-Organisationen und ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse

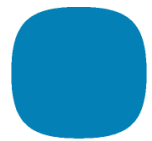
Dr. sc. Eckhard Priller (e-mail: priller@wzb.eu)

Projektgruppe Zivilengagement

35. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement, 15. Mai 2013

Gliederung

- 1. Ausgangssituation und Untersuchungsansatz**
- 2. Ökonomisierung und Wettbewerb**
- 3. Probleme der Organisationen**
- 4. Engagement**
- 5. Beschäftigungssituation**
- 6. Fazit und Perspektiven**



1. Ausgangssituation und Untersuchungsansatz



Multifunktionalität von Nonprofit-Organisationen



Quelle: Zimmer/Priller 2007.

Wahrnehmung von Dritte-Sektor-Organisationen

- Organisationen verändern sich als Teil der Gesellschaft dynamisch
- bei Veränderungen folgen sie inneren und äußeren Zwängen – Ökonomisierung hat großen Einfluss
- Zunahme der staatlichen Abhängigkeit
- Außenwahrnehmung der Organisationen wird tendenziell kritischer (geringe Transparenz, Skandale wie bei UNICEF und Treberhilfe in Berlin)
- Strukturen, Beschäftigung und Engagement sind in den Organisationen in Bewegung
 - Organisationsstrukturen verändern sich
 - Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse und steigende Arbeitsbelastung
 - Engagement ist nicht immer gefragt (Störfaktor) und wird knapp

Mitarbeiter- und Organisationsbefragung

„Gute Arbeit“

- Mitarbeitersicht
- Erhoben vom DGB seit 2007
- 2011 Oversampling vom WZB
→ 733 Befragte aus dem Dritten Sektor

Themen

- Veränderungen in der Arbeitswelt des Dritten Sektors
- aktuelle Arbeitsbedingungen und deren Bewertung durch die ArbeitnehmerInnen

Fragen

- Allgemeines zum Arbeitsverhältnis
- Arbeitsbedingungen und Arbeitsqualität
- Speziell zum Dritten Sektor:
Arbeitszufriedenheit, Engagement

„Organisationen heute“

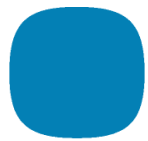
- Organisationssicht
- Erhoben Sept. 2011 - Jan. 2012
- 3.111 teilnehmende Organisationen

Themen

- Ökonomisierung und deren Auswirkungen auf die Organisationsstruktur und die Arbeitsweise der Organisationen
- Veränderungen bei Beschäftigungsverhältnissen und Gründe dafür
- Integration von jungen Menschen

Fragen

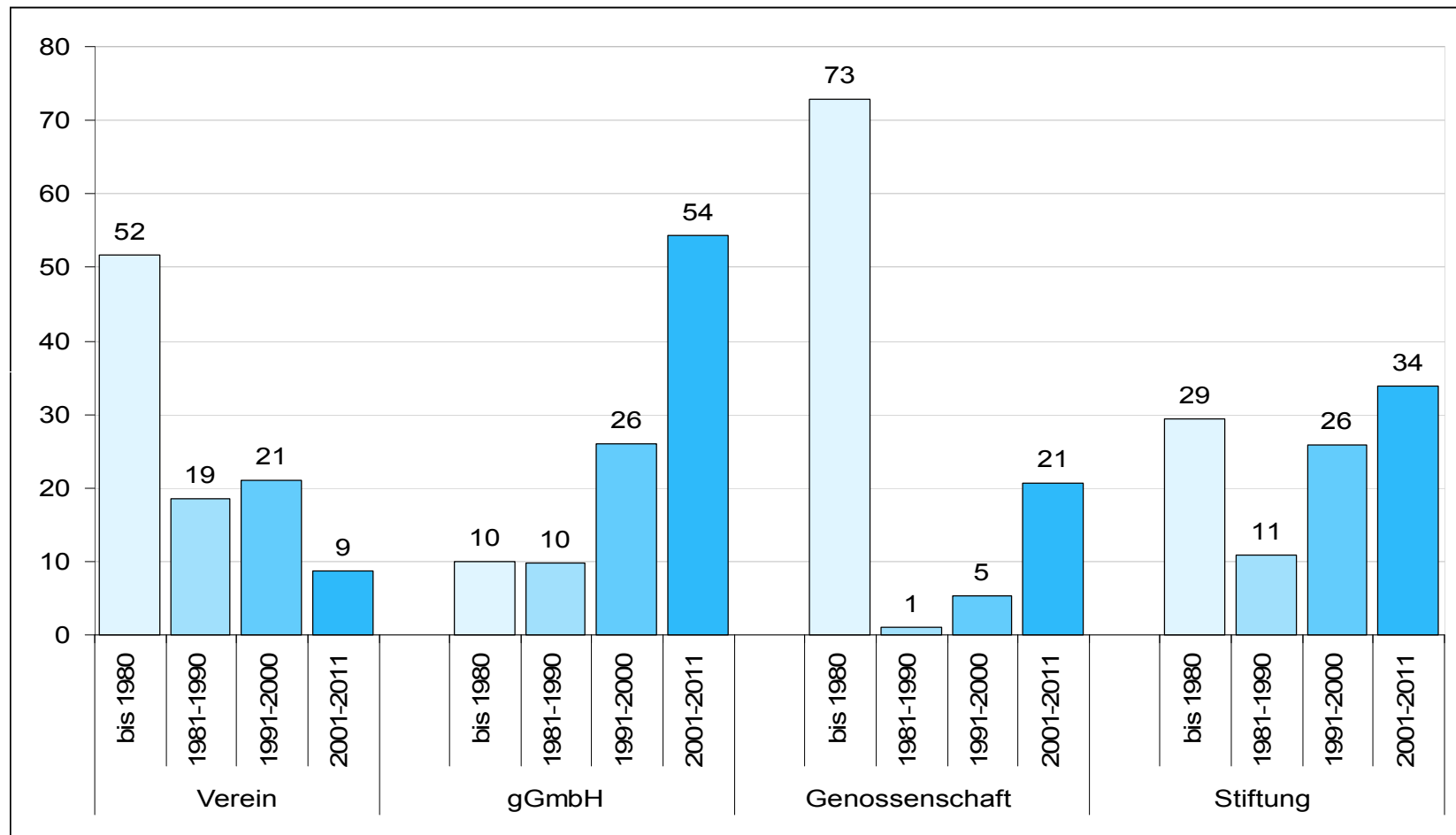
- Organisationsstruktur, Tätigkeitsfelder
- Mitgliedschaft, Engagement & Ehrenamt
- Jugend
- Beschäftigung
- Kooperationen, Finanzierung



2. Ökonomie und Wettbewerb

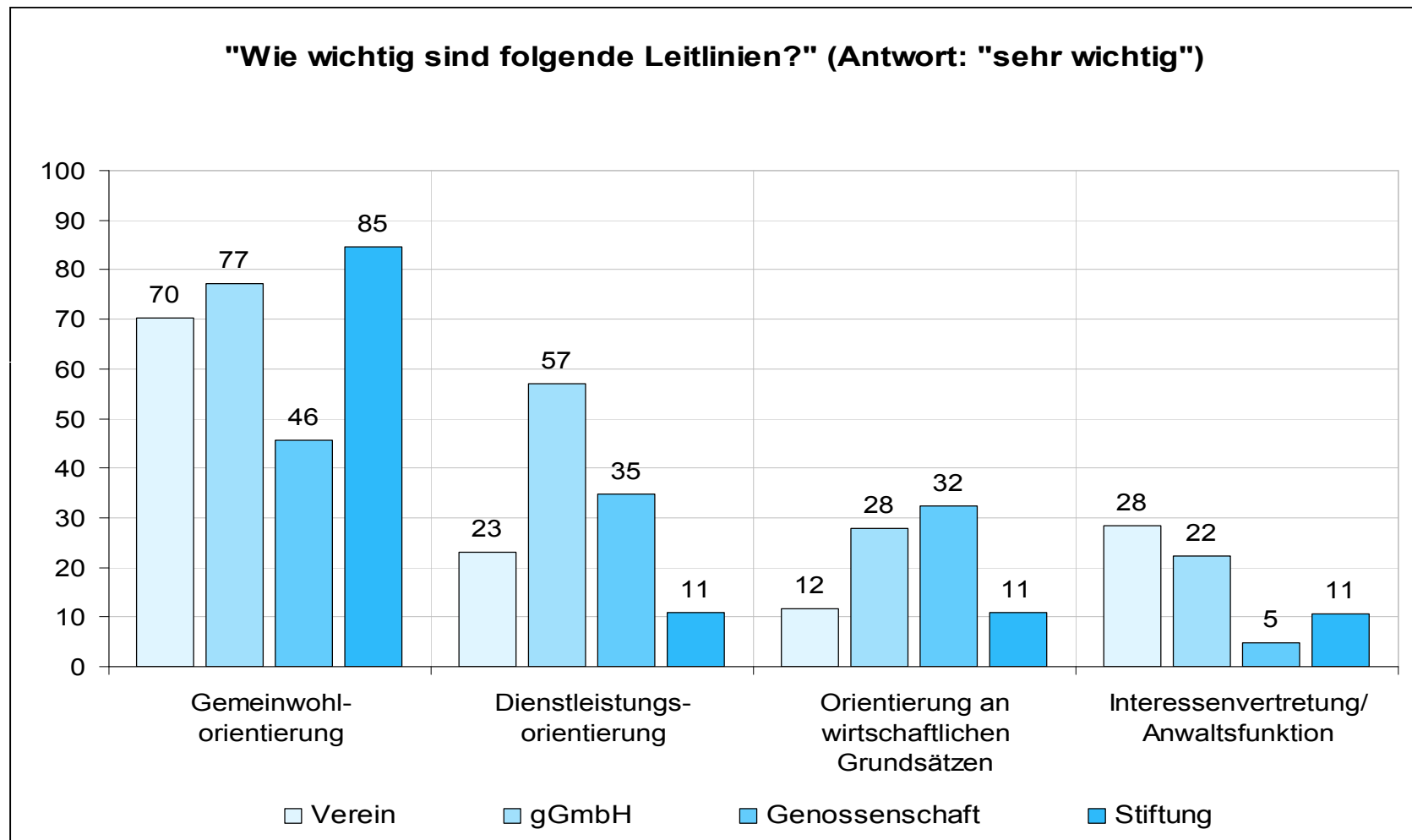


Dynamik in der Gründung nach Rechtsformen (in %)



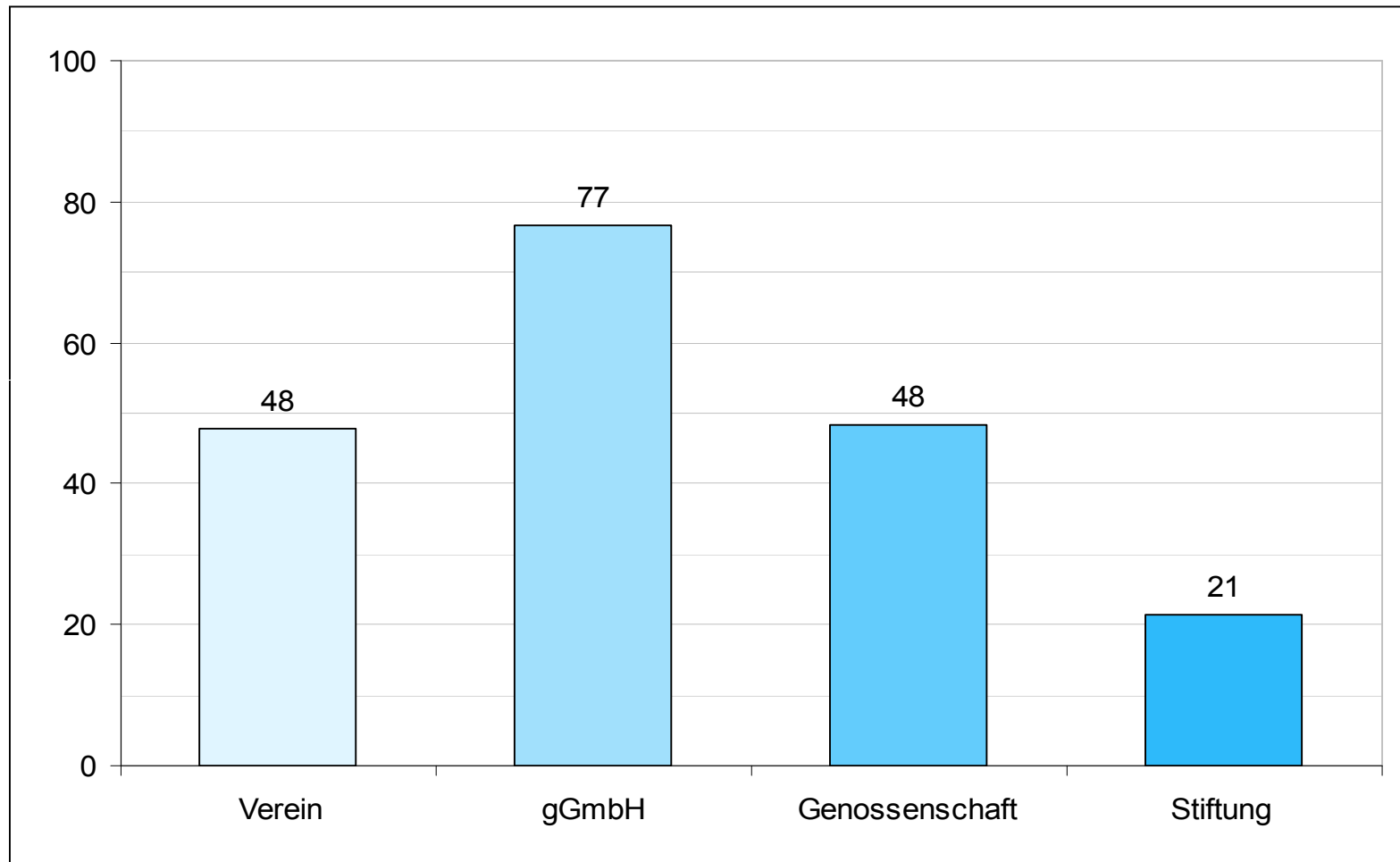
Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, (n = 2.978)

Ökonomisierung: Leitlinien (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, (n = 2.735/2.995)

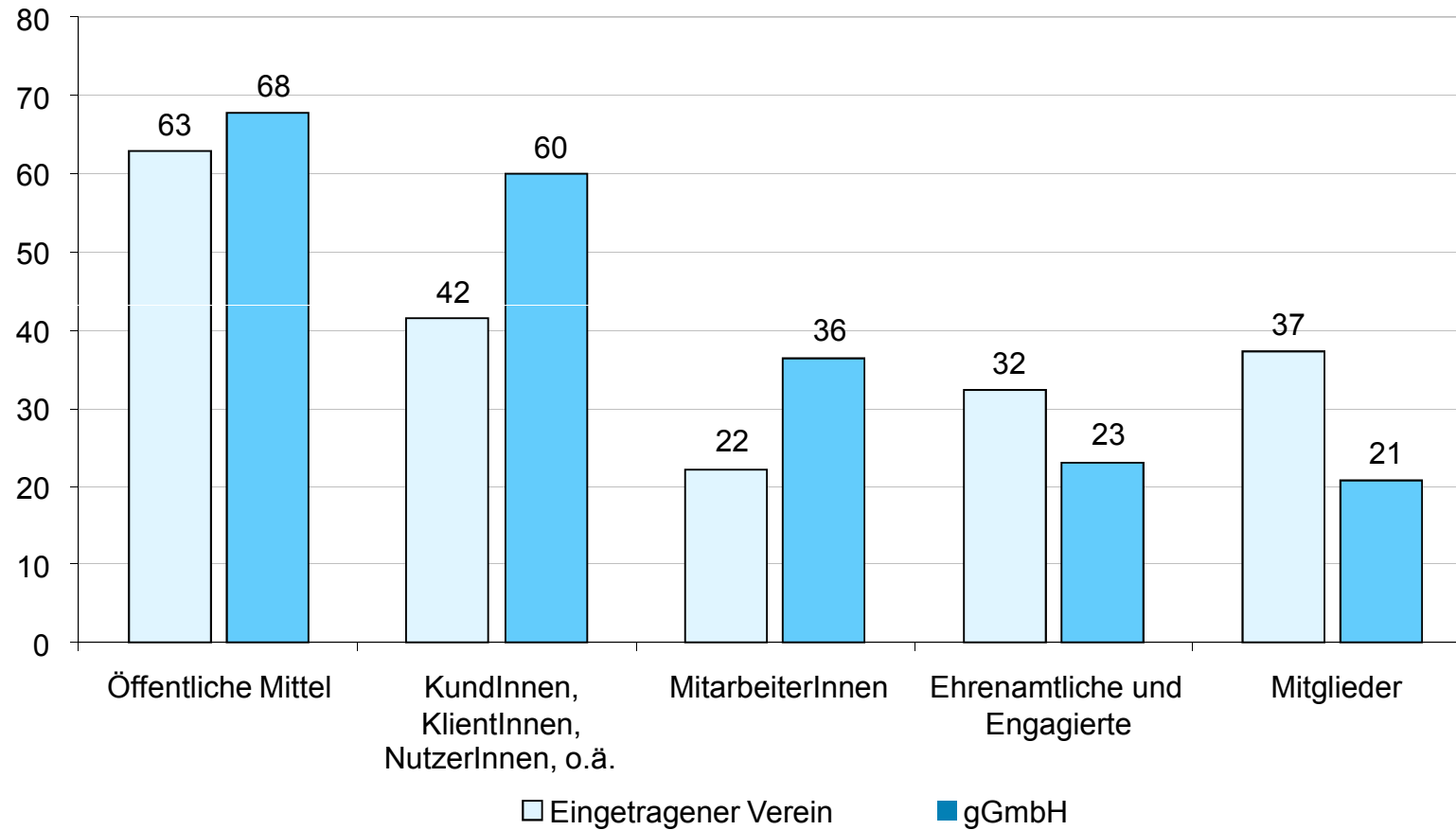
Wettbewerbszunahme (in %)



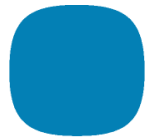
Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, (n = 3.018)

Ökonomisierungsdruck: Wettbewerb um ...? (in %)

Wie stark ist der Wettbewerb um ...? (Antwort: "stark")

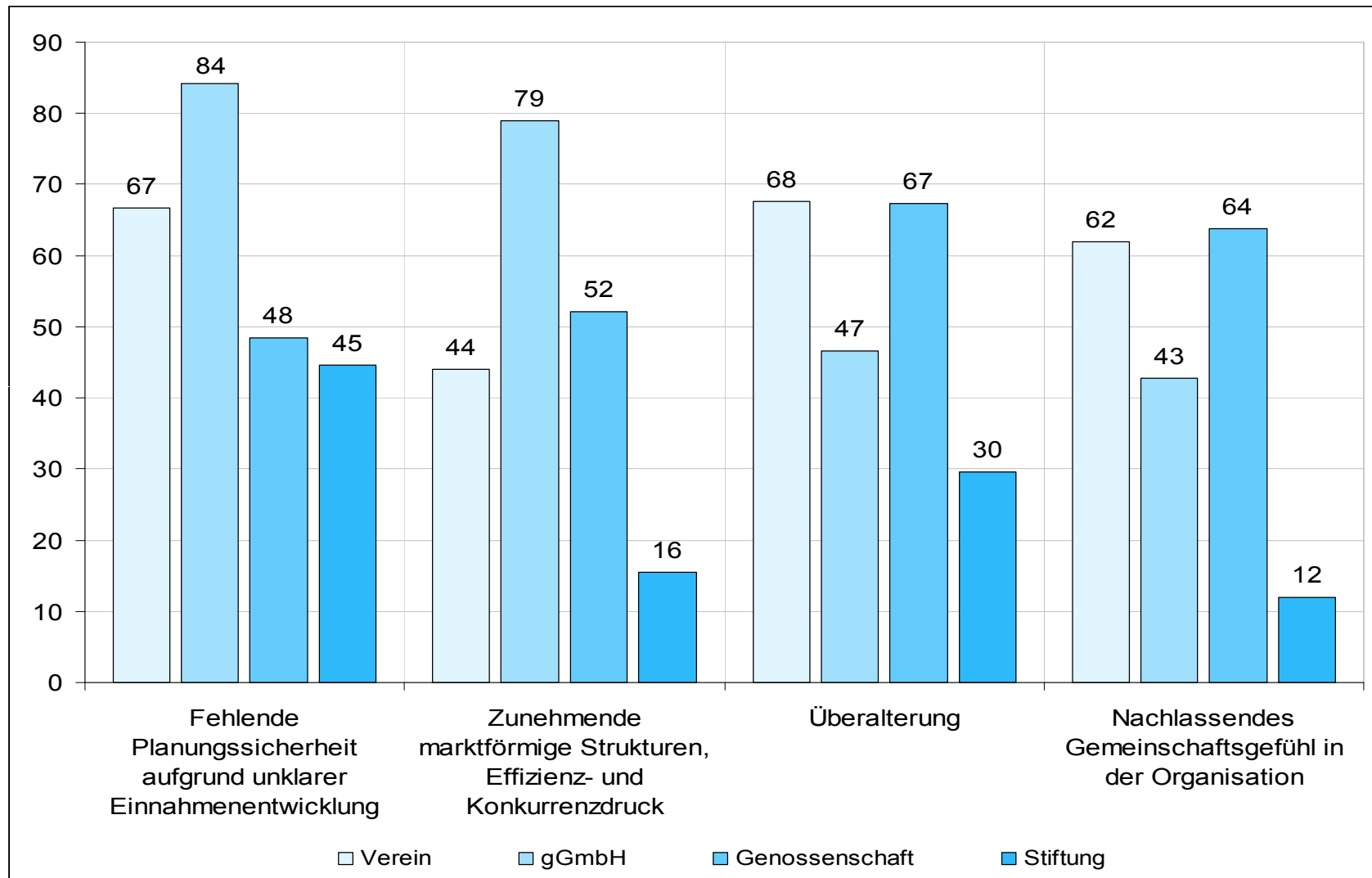


Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012



3. Probleme der Organisationen

Aktuelle Konfrontation mit Problemen (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, (n = 3.024/2.977)

Probleme mit anderen Akteuren (in %)

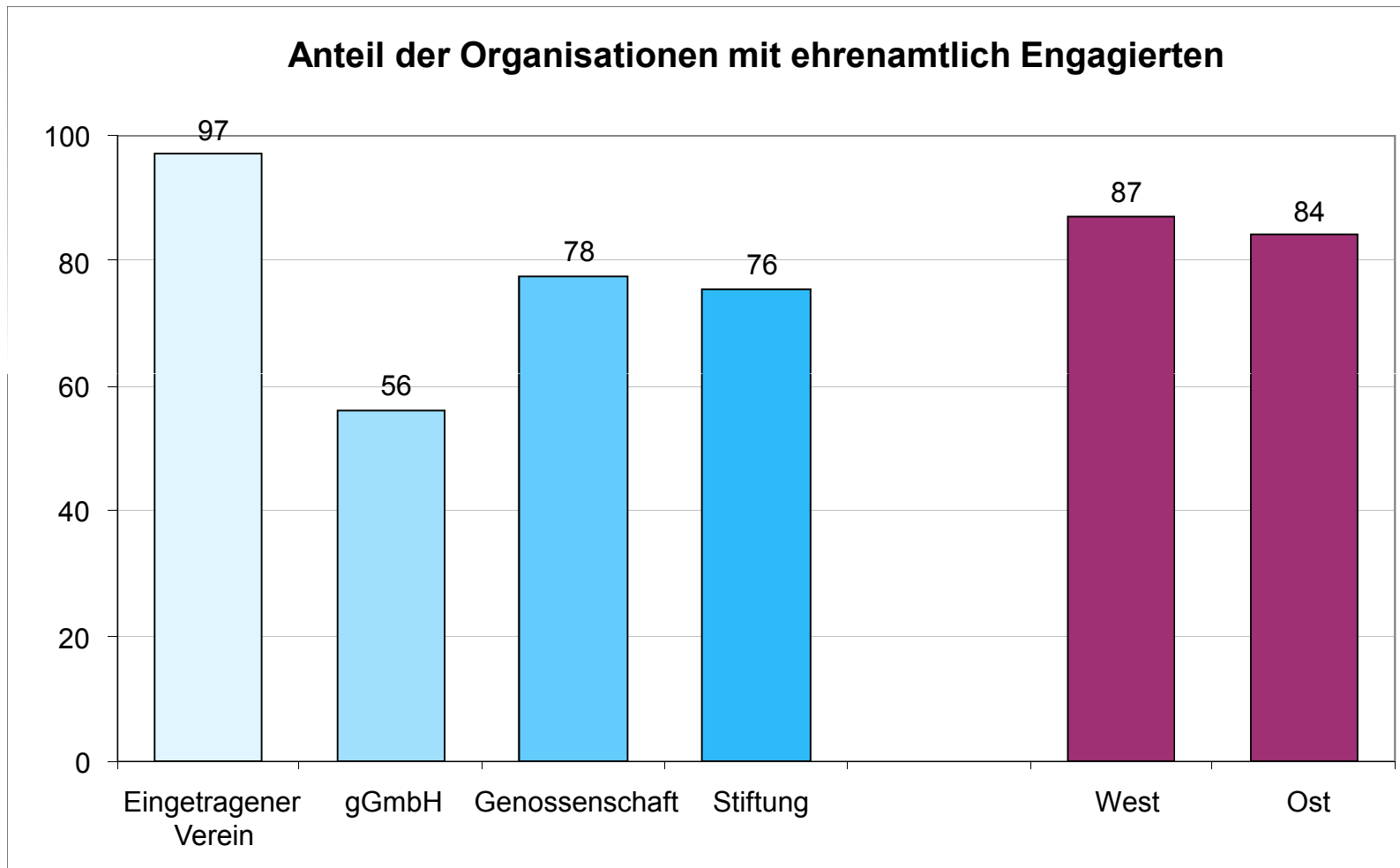
Mindestens ein Problem mit:	Verein	gGmbH	Genossenschaft	Stiftung
Staat	71	87	64	34
Unternehmen der Privatwirtschaft	51	67	40	19
Dritte-Sektor-Organisationen	48	70	39	21

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, (n = 2.988/2.876)



4. Engagement

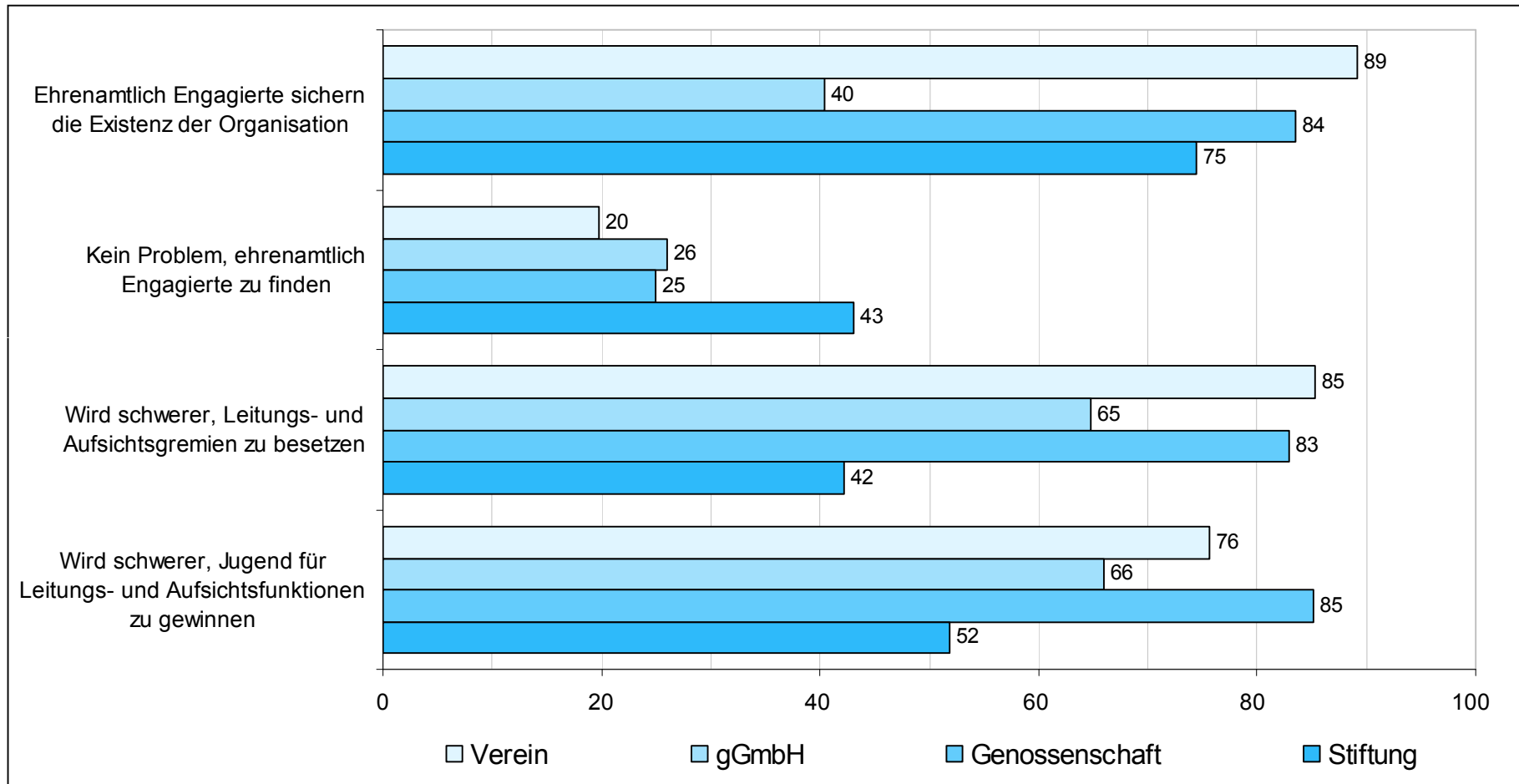
Vorhandensein von Engagement (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, (n = 3.079/3.096)

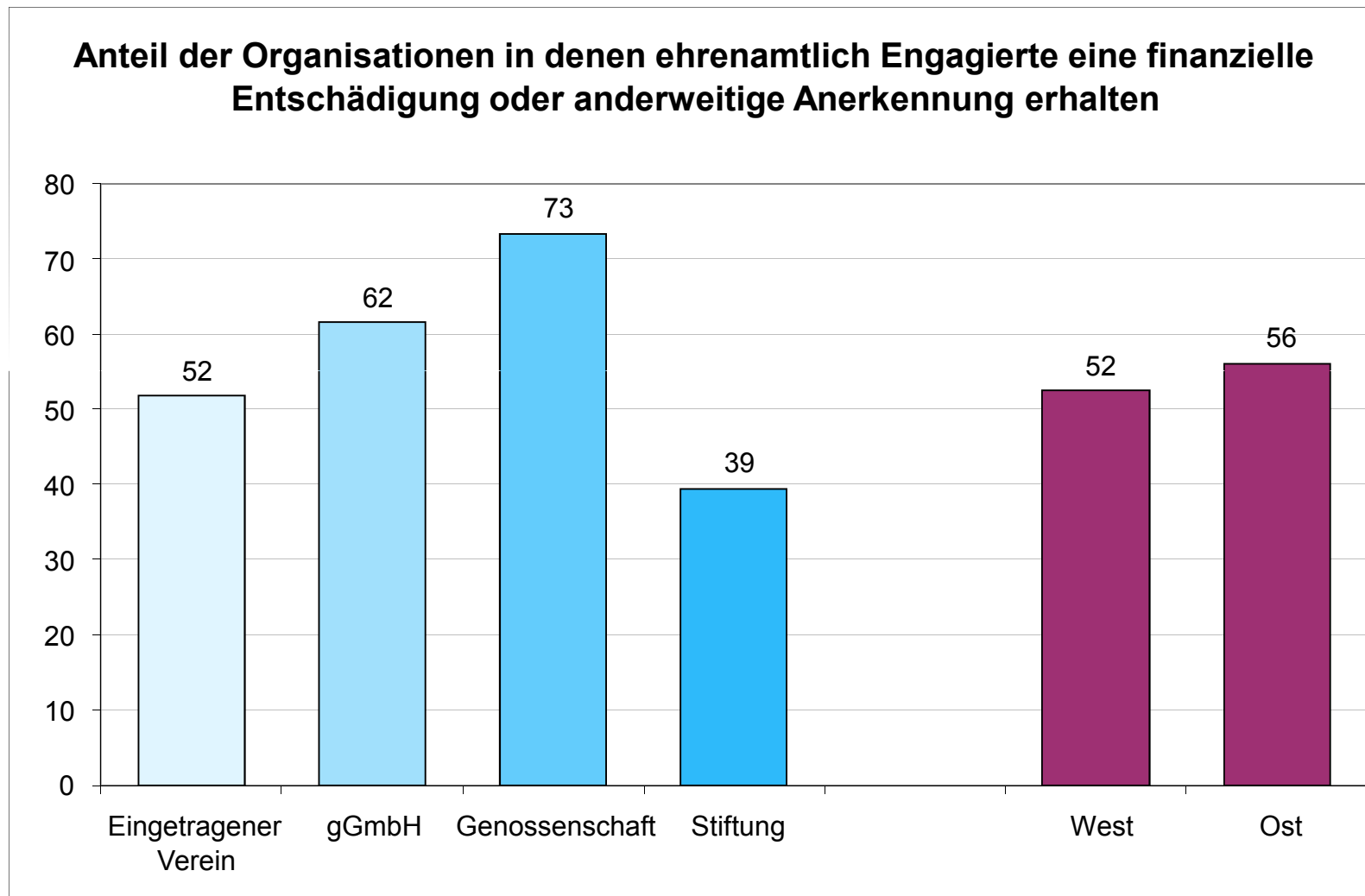


Organisationen und Engagement



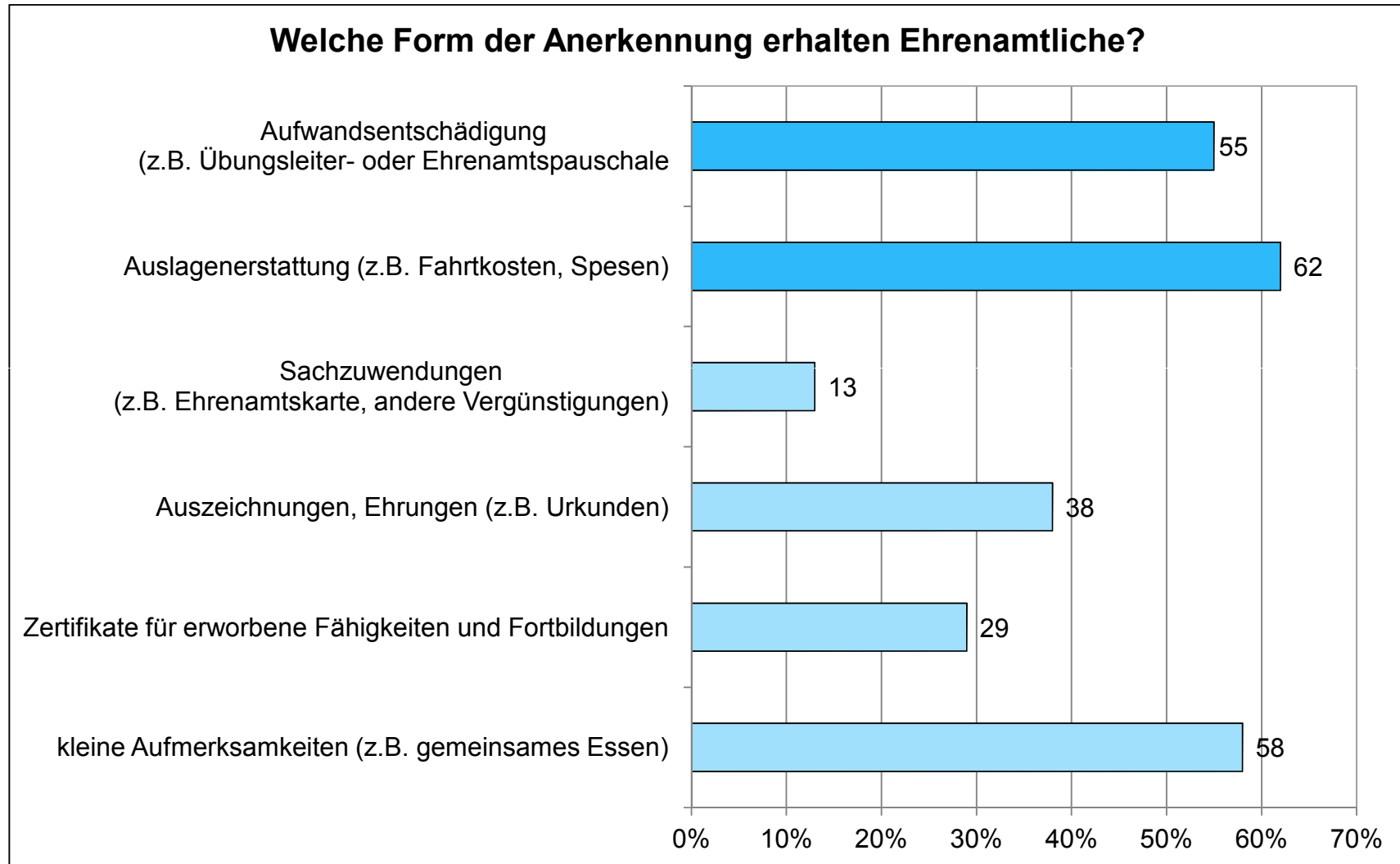
Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, (n = 1.852/132)

Anerkennung des Engagements (in %)

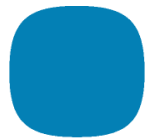


Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, (n = 2.539/2.555)

Anerkennung des Engagements (in %)



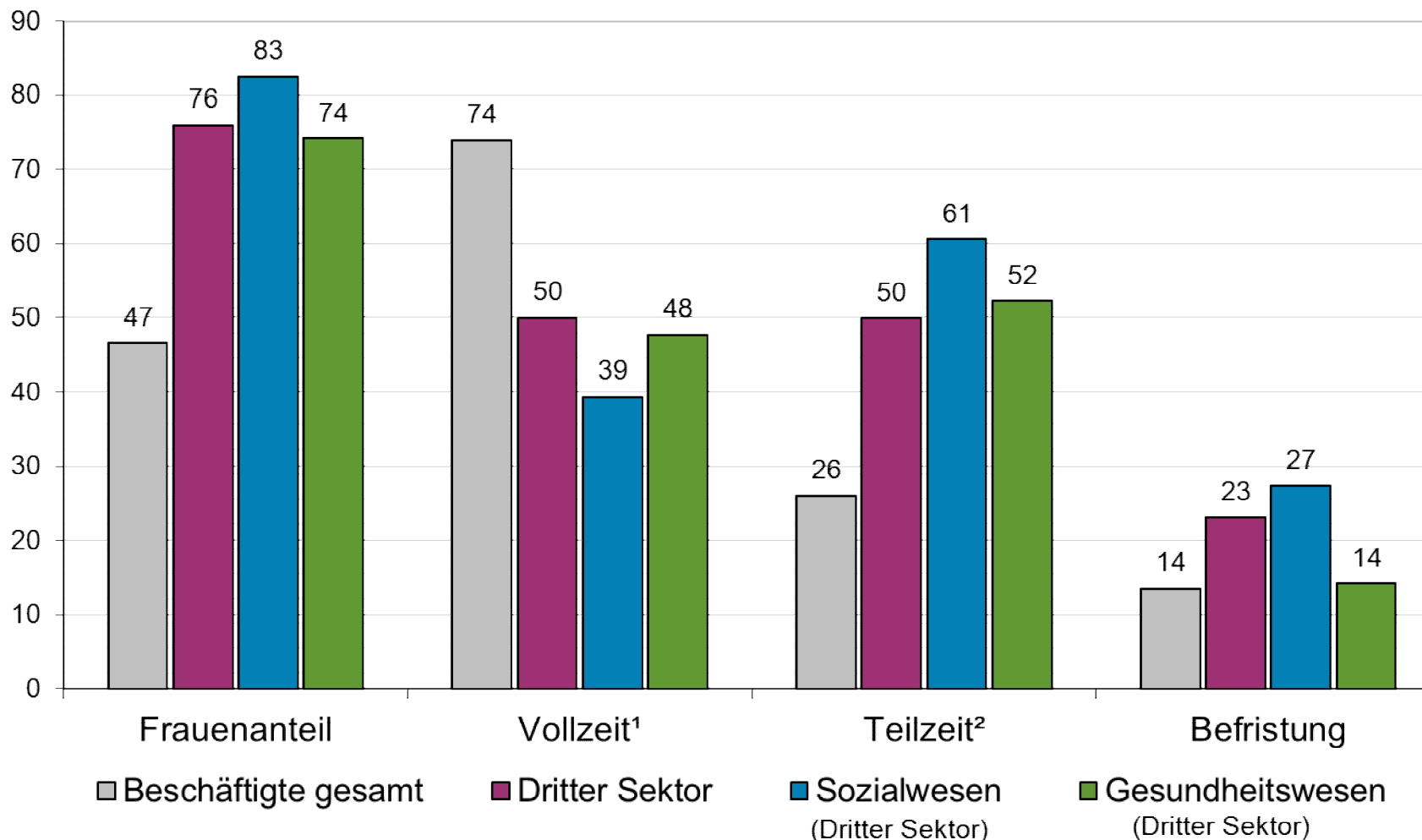
Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, (n = 1.352)



5. Beschäftigungssituation



Beschäftigungsstruktur 2011/2012 (in %)



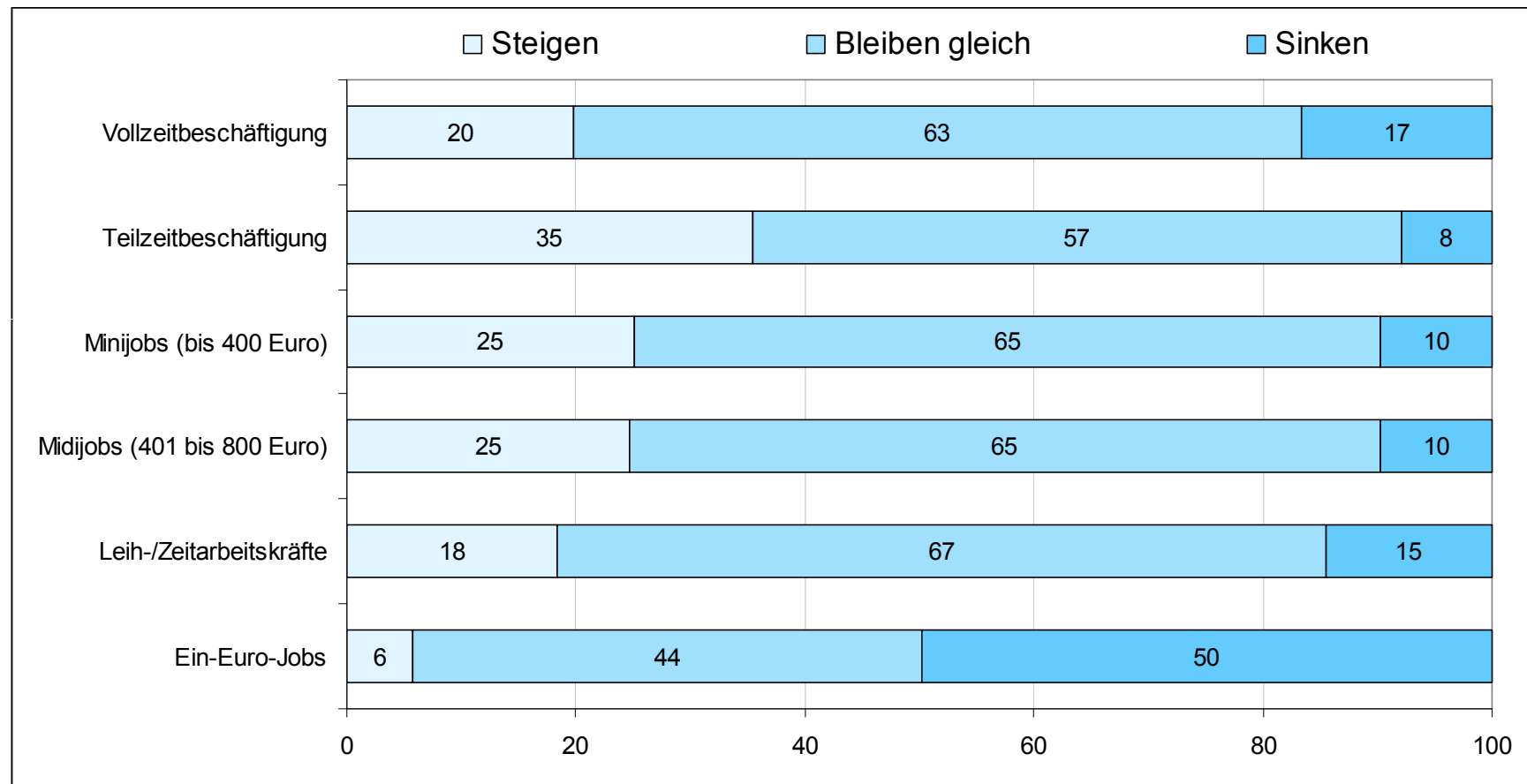
¹ ab 35 Stunden vertraglich vereinbarte Arbeitszeit

² unter 35 Stunden vertraglich vereinbarte Arbeitszeit

Datenbasis: WZB-Oversampling/DGB Gute Arbeit 2011



Erwartete Beschäftigungsentwicklung (in %)



Datenbasis: Organisationen heute 2011, (n = 1.379/180)

Einkommensverteilung

	Vollzeit		Teilzeit	
	Dritter Sektor	Beschäftigte gesamt	Dritter Sektor	Beschäftigte gesamt
	in %		in %	
bis 400 Euro	2,4	2,6	28,0	14,0
mehr als 400 bis 800 Euro	8,4	6,2	7,2	14,5
mehr als 800 bis 1500 Euro	15,6	11,2	37,5	35,3
mehr als 1500 bis 2000 Euro	12,6	14,2	12,1	16,1
mehr als 2000 bis 3000 Euro	37,5	31,3	13,3	12,8
mehr als 3000 bis 4000 Euro	15,3	19,2	1,2	5,6
mehr als 4000 Euro	8,1	15,2	0,9	1,8

Datenbasis: WZB-Oversampling/DGB Gute Arbeit 2011, (Dritter Sektor:n=687, Gesamt: n=5.681)



Bewertung der Arbeitsbedingungen I

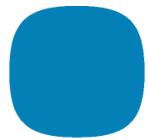
Dritter Sektor	Soziale Dienste		Beschäftigte gesamt
68%	76%	⇒ glauben, einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten ⇐	45%
72%	70%	⇒ sind stolz auf ihre Arbeit ⇐	64%
71%	77%	⇒ identifizieren sich mit ihrer Arbeit ⇐	64%
66%	68%	⇒ machen sich keine Sorgen um ihren Arbeitsplatz ⇐	57%

Datenbasis: WZB-Oversampling/DGB Gute Arbeit 2011



Bewertung der Arbeitsbedingungen II

Dritter Sektor	Soziale Dienste		Beschäftigte gesamt
21%	30%	⇒ empfinden ihr Einkommen als nicht angemessen ⇐	14%
34%	50%	⇒ glauben, mit ihrer späteren Rente nicht auszukommen ⇐	29%
15%	21%	⇒ können die gestellten Anforderungen nur schwer miteinander vereinbaren ⇐	9%
27%	24%	⇒ haben keine Probleme, nach der Arbeit abzuschalten ⇐	35%



4. Fazit und Perspektiven

Fazit

- Zwischen den einzelnen Rechtsformen bestehen Gemeinsamkeiten, aber auch beträchtliche Unterschiede. Gemeinwohlorientierung behält große Bedeutung.
- Es ist weiterhin eine hohe Dynamik vorhanden (neue Organisationen, Erweiterung der Tätigkeitsfelder).
- Ökonomisierung und Wettbewerb haben allgemein zugenommen.
- Die Organisationen sehen sich vielfältigen Problemen gegenüber.
- Das Engagement hat in allen Rechtsformen einen hohen Stellenwert, es wird aber schwerer Engagierte zu finden.
- Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind stark verbreitet. Der Druck auf die Arbeitsbedingungen erhöht sich .

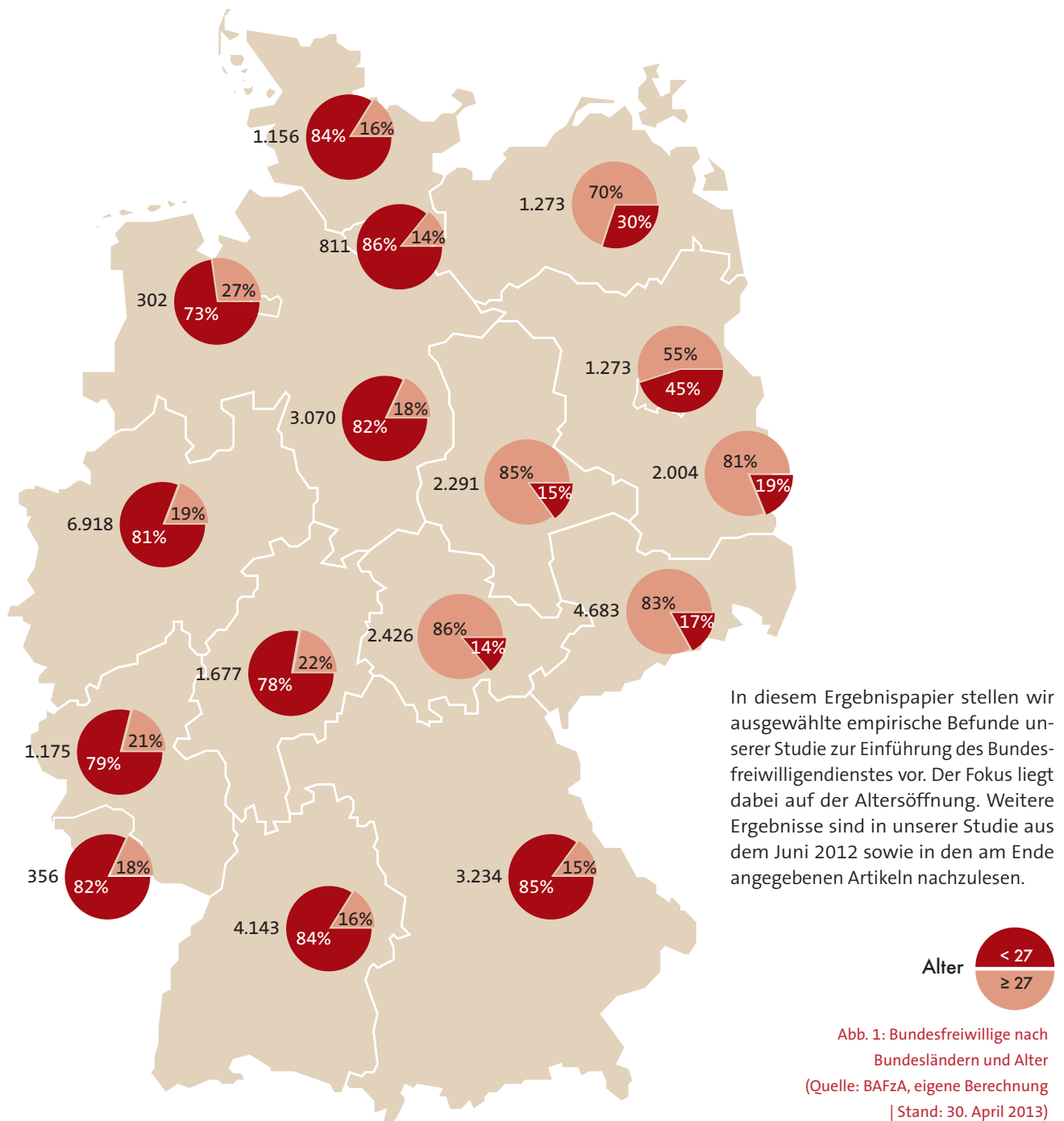
Ausblick

- Die Organisationen sollten der zunehmender Marktorientierung aufmerksam und vorsichtig gegenüberstehen - Kritik von außen und Gefahren wachsen.
- Durch Änderungen der staatlichen Politik („neue Staatlichkeit“) können die Organisationen künftig in Schwierigkeiten kommen. Mehr Aufmerksamkeit bedarf die Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit (z.B. durch starke Mitgliederorientierung).
- Die Organisationen müssen zu noch grundlegenderen Veränderungen ihrer inneren Strukturen kommen.
- Steigende Arbeitsbelastungen, atypische Beschäftigungsverhältnisse und schlechte Entlohnung können zu Fachkräftemangel führen, der sich auch negativ auf das Engagement auswirkt.

Anlage 3

Experiment Altersöffnung im Bundesfreiwilligendienst

Ausgewählte empirische Ergebnisse 2013



Der Bundesfreiwilligendienst (BFD) ist europaweit der erste „klassische“ Freiwilligendienst – also eine Engagementform mit begrenzter Dauer, hohem Stundenumfang und gesetzlich geregelten Rahmenbedingungen – der allen Generationen offen steht. Die Altersöffnung wurde als notwendig angesehen, um eine ausreichende Zahl von Interessenten zu erreichen und den Wegfall des Zivildienstes teilweise zu kompensieren. Mit aktuell knapp 37.000 Freiwilligen (Stand April 2013) stößt der Dienst auf ein breites Interesse und die befürchtete Versorgungslücke ist ausgeblieben. Knapp zwei Jahre nach Einführung des Dienstes sind etwa 40 Prozent der Freiwilligen, also etwa 15.000 Personen - 27 Jahre und älter. Damit ist der Anteil der neuen Zielgruppe kontinuierlich gestiegen. Dieses anhaltend breite Interesse von älteren Freiwilligen war am Anfang nicht abzusehen. Insbesondere engagieren sich vermehrt Personen im erwerbsfähigen Alter im BFD. Zudem fällt auf, dass der Frauenanteil in der Altersgruppe 27-65 Jahre besonders hoch ist. Die Zielgruppe 27+ kommt mit neuen Erwartungen, erfordert andere Bildungskonzepte und ist durch eine größere Heterogenität als die bisherigen jüngeren Freiwilligen gekennzeichnet.

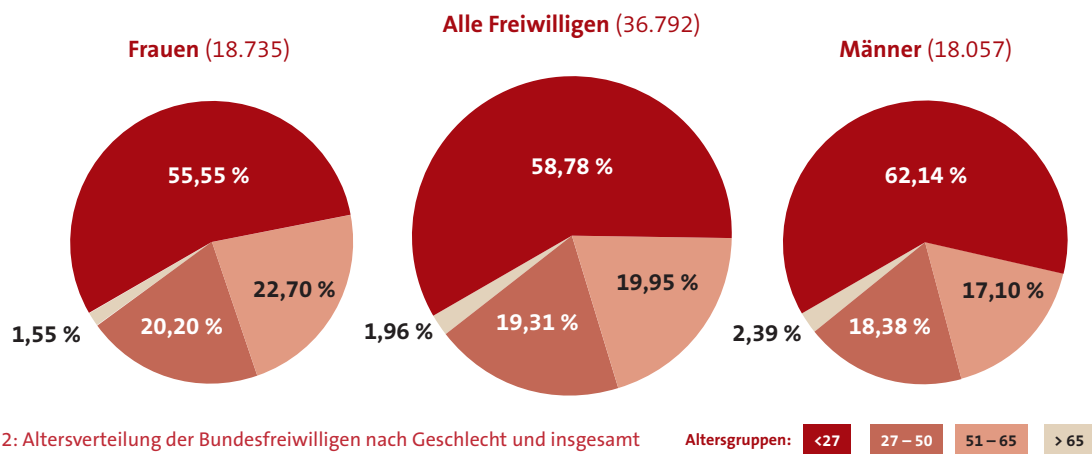


Abb. 2: Altersverteilung der Bundesfreiwilligen nach Geschlecht und insgesamt in Prozent (Quelle: BAFzA, eigene Berechnung | Stand: 30. April 2013)

Altersgruppen: <27 27-50 51-65 >65

Die Datengrundlage

Die empirischen Daten wurden mittels folgender Methoden zwischen Juli 2011 und Januar 2013 erhoben:

- 12 Fokusgruppen an neun Standorten mit insgesamt 164 Freiwilligen (getrennt nach Altersgruppen)
- 21 Experteninterviews mit Vertretern von Zentralstellen, Einsatzstellen, Trägern, staatlichen Einrichtungen, Wissenschaftlern und Gewerkschaftlern
- Quantitative Analysen der Zahlen des BAFzA, ergänzt durch die Auswertung von relevanten Dokumenten (unter anderem Drucksachen des Deutschen Bundestages, Gesetzestexte oder Stellungnahmen von Verbänden und weiteren relevanten Akteuren)

Die Vielzahl der methodischen Zugänge und die unterschiedlichen Perspektiven, die in unsere Empirie Eingang finden, erlauben es ein Bild zu zeichnen, in dem sich jenseits anekdotischer Evidenz wichtige Argumente und Facetten verdichten. Diese Erkenntnisgrundlage ermöglicht so die Identifikation der Kernthemen, welche in zukünftige (politische und wissenschaftliche) Agenden Eingang finden sollten. Durch die verschiedenen Formen der empirischen Erhebung gelingt es, ein detailliertes Bild der individuellen Relevanz- und Bedeutungszuschreibungen der verschiedenen Akteure nachzuzeichnen. Die Stärke unserer qualitativen Forschung liegt also in der dem Gegenstand angepassten Methode, die eine umfassende Beschreibung und Rekonstruktion der subjektiven Sichtweisen und Handlungszusammenhänge erlaubt. Die qualitativ angelegte Forschung kann jedoch weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Repräsentativität der Ergebnisse erheben. Auch bewirkt die Methodik eine gewisse Selektivität auf das Außergewöhnliche: Da der Dienst neu war und bei vielen Interviewpartnern und Fokusgruppenteilnehmern Unsicherheiten existierten, standen kritische Themen tendenziell im Mittelpunkt der Gespräche, auch wenn explizit nach Chancen und positiven Erfahrungen oder Erwartungen gefragt wurde.

QUANTITATIVE BEOBACHTUNGEN

Im Osten dominieren weiterhin die Älteren

Knapp zwei Jahre nach Einführung des BFD engagieren sich in den ostdeutschen Bundesländern weiterhin viele Freiwillige. Zugleich handelt es sich hier mehrheitlich um ältere Personen, während im Rest der Republik die jüngeren Freiwilligen überwiegen. Dieser Trend hat sich im letzten Jahr weiter verstärkt. Während sich der Anteil der Freiwilligen 27+ in den westlichen Bundesländern im Vergleich zum Vorjahr von durchschnittlich 15,0 Prozent (Stand: April 2012) auf 18,6 Prozent (Stand: April 2013) erhöhte, stieg er in den ostdeutschen Ländern inklusive Berlin im gleichen Zeitraum von 65,0 auf 76,5 Prozent. Die Deutschlandkarte auf Seite 1 illustriert diese Verteilung aufgeschlüsselt nach Bundesländern. Eindrücklich wird dieser Unterschied auch am Vergleich von Sachsen (4,1 Mio. Einwohner) und Baden-Württemberg (10,7 Mio. Einwohner). Die Gesamtzahl der Freiwilligen ist in beiden Ländern trotz ihrer unterschiedlichen Bevölkerungsgröße fast identisch, die Altersstruktur diametral verschieden.

Wie lassen sich diese regionalen Verteilungsunterschiede erklären? Fest steht auf jeden Fall, dass die unterschiedliche demographische Bevölkerungsstruktur in den neuen und alten Bundesländern die ungleiche Zusammensetzung der TeilnehmerInnen im BFD nicht hinreichend erklären kann. Vielmehr spielt die Kombination mehrerer Faktoren eine Rolle:

- **Unterschiedliche Bewerbung:** Die regionalen BeraterInnen des BAFzA nehmen ihre Rolle unterschiedlich wahr: Gerade in Sachsen und Thüringen machten sie den Dienst wohl von Anfang an flächendeckend, auch gezielt für ältere Freiwillige, bekannt. Teilweise warben zusätzlich die Arbeitsagenturen mit Informationsveranstaltungen gezielt für den Dienst.
- **Unterschiedliche Konzepte:** Einige Träger haben in Regionen mit hohem Anteil der Zielgruppe 27+ inzwischen intern unterschiedliche Konzepte für die verschiedenen Dienste entwickelt. Sie beraten die Jüngeren gezielt ins FÖJ/FSJ, die Älteren hingegen in den BFD. Dies verstetigt den hohen Anteil der Älteren gerade im Osten zusätzlich.
- **Unterschiedliche Arbeitsmarktstrukturen:** Schließlich spielen die unterschiedlichen Arbeitsmarktstrukturen eine entscheidende Rolle. Für viele Arbeitssuchende ist der Dienst eine Alternative zum Arbeitsmarkt oder zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die in vielen Regionen zeitgleich mit Einführung des BFD gekürzt oder abgeschafft wurden.

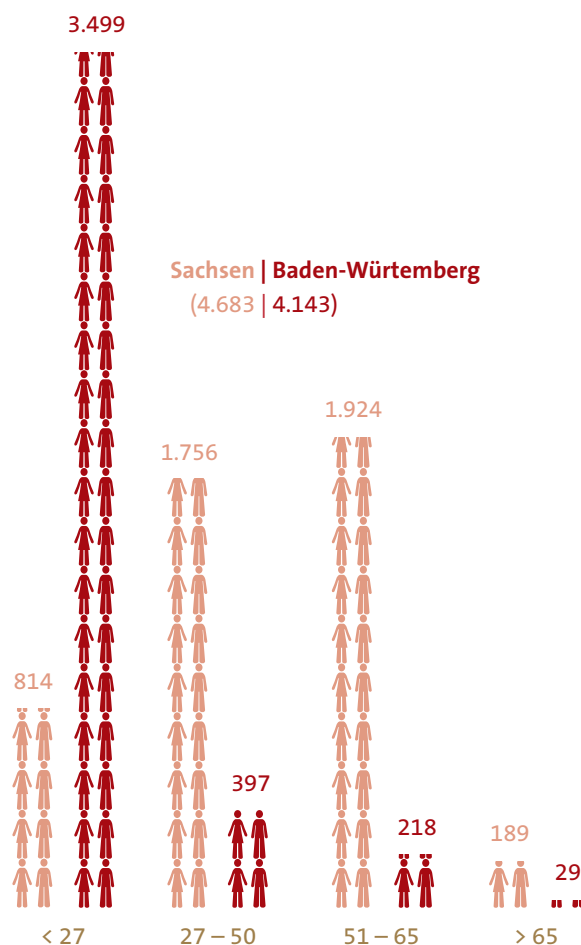


Abb. 3: Altersverteilung der Bundesfreiwilligen in Baden-Württemberg und Sachsen (Quelle: BAFzA, eigene Berechnung | Stand: 30. April 2013)

QUALITATIVE BEOBACHTUNGEN

In den Fokusgruppen wurden bundesweit 164 Freiwillige befragt, davon 87 in der Altersgruppe 27+. Bei den Älteren ergab die Auswertung, dass 60 vor dem BFD arbeitssuchend waren und Arbeitslosengeld II bezogen; sechs waren in Rente, je ein Teilnehmer gab Ausbildung bzw. Studium als vorherige Beschäftigung an. Die restlichen neun Teilnehmer dieser Altersgruppe kreuzten ‚Sonstiges‘ als Status vor dem BFD an. Manche ergänzten diese Angabe mit dem Hinweis auf Bürgerarbeit, Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE) oder 1-Euro-Job.

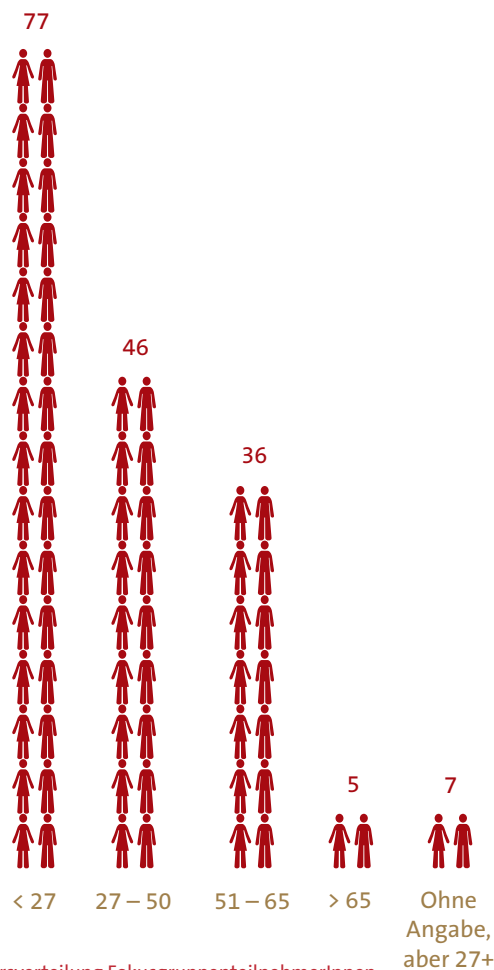


Abb. 4: Altersverteilung FokusgruppenteilnehmerInnen
(Quelle: Eigene Erhebung | Stand: Januar 2013)

Die Motive der Freiwilligen in den Fokusgruppen

Daher ist es wenig überraschend, dass viele Freiwillige den BFD vor allem als Alternative zur Erwerbsarbeit oder zu anderen Beschäftigungsformen sehen. Ein weiteres Motiv liegt im Taschengeld begründet, welches inzwischen bis zu 200 Euro anrechnungsfrei auf ALG II ist. Die Freiwilligen sehen zudem weitere Vorteile: Die Tätigkeit kann selbst ausgesucht werden, sie wird als sinnvoll erachtet – v.a. im Gegensatz zu MAEs oder verpflichtenden Weiterbildungen durch die Arbeitsagenturen – und macht Spaß. In der Gesamtanalyse der Fokusgruppen wurden neben der Alternative zur Erwerbsarbeit und dem finanziellen Anreiz die folgenden fünf Motive am häufigsten genannt:

- reizvolle Tätigkeit
- Möglichkeit zur Intensivierung des Ehrenamtes
- berufliche Neuorientierung
- der Gesellschaft etwas zurückgeben
- gesellschaftliche Integration und Teilhabe

Im März 2013 haben nach den Angaben des BAFza 9.187 Freiwillige 27+ ihren Dienst für 18 Monate angetreten bzw. auf diese Maximalzeit verlängert, das entspricht einem Anteil von 60,5 Prozent. Bei den Jüngeren waren es nur 1.259, also etwa 5,5 Prozent. Dies zeigt, dass der Dienst vor allem für die älteren Freiwilligen sehr attraktiv ist. Noch können wir nicht abschließend beantworten, ob dies durch einen Mangel an Alternativen (z.B. Erwerbsarbeit), hohe Erwartungen an den Dienst (z.B. Sprungbrett für die weitere Lebensgestaltung) oder Freude an der Tätigkeit bedingt ist.

Drei verschiedene Typen von Freiwilligen

Es zeichnet sich also ab, dass sich die Motive der älteren Freiwilligen grundsätzlich von denen der jüngeren unterscheiden. Unabhängig von ihren Erwartungen bewerten die FokusgruppenteilnehmerInnen ihre Erfahrungen im BFD positiv. Es lassen sich drei Typen identifizieren, welche stark mit den Motiven und biographischen Lebensphasen verbunden sind.

Typ 1: BFD als Qualifizierung

- BFD als Ausbildungs-, Orientierungsabschnitt (Freiwillige im Anerkennungsjahr oder anderer beruflicher Qualifizierung, ausländische Freiwillige)
- Dieser Typ betont die Chancen des Dienstes
- Hohe Erwartungen an den Dienst als „Sprungbrett“ für die berufliche Zukunft

„Jetzt gehe ich morgens um acht in die Schule, komme abends um sieben heim, ich bin komplett fertig, aber meine Frau sagt: ‚Du hast so ein Leuchten in den Augen‘. Es ist so eine tiefe innere Zufriedenheit, die ich jetzt spüre und ich bin einfach nur zufrieden. Das persönliche Ziel ist jetzt einfach, ich möchte nächstes Jahr dann Sozialpädagogik studieren.“ (Fokusgruppenteilnehmer 27+)

Typ 2: Alternative zu Erwerbsarbeit / MAE

- BFD als Alternative zur Erwerbsarbeit (oft unmittelbar vorher in arbeitsmarktpolitischer Maßnahme gewesen)
- Häufig Verlängerung des Dienstes auf die Maximalzeit von 18 Monaten
- Finanzieller Anreiz spielt wichtige Rolle, aber auch die gesellschaftliche Teilhabe
- Dieser Typ vergleicht sich stark mit den Hauptamtlichen in den Einsatzstellen, nicht mit den Ehrenamtlichen
- Häufigster Typ

„Ich arbeite da schon acht Jahre. Erst ABM, MAE, dann ehrenamtlich und jetzt dieses [sic!] BFD.“ (Fokusgruppenteilnehmer 27+)

„Den BFD haben wir gemacht, weil wir keine andere Möglichkeit hatten neben Hartz IV noch einen Erwerb zu haben. Also, vom Arbeitsamt kam nichts rüber, da [gab es] nur noch den Bundesfreiwilligendienst. Und das hat man durch dritte Personen erfahren.“ (Fokusgruppenteilnehmer 27+)

Typ 3: BFD als Sinnstifter

- Meist im Ruhestand (älter als 65 Jahre)
- Dieser Typ betont die positiven individuellen Erfahrungen
- BFD als Möglichkeit zur sinnvollen Freizeitgestaltung
- Seltenster Typ

„Ich bin seit vier Jahren Rentner, da war mir alles ein bisschen zu langweilig daheim, weil meine Frau noch berufstätig ist [...]. Ich [werde] bei der Gärtnerei verwendet. Das ist auch schön. Mir gefällt es halt da drin. Und die Vorgesetzten und so weiter sind in Ordnung, [ich bin] immer an der frischen Luft, das ist gut.“ (Fokusgruppenteilnehmer 27+)

Ein Lerndienst für alle?

Ein zentrales Charakteristikum des BFD ist die Bildungskomponente, bestehend aus den beiden Säulen der pädagogischen Begleitung und der Seminare. Jedoch zeigt sich, dass die Zielgruppe 27+ aufgrund der folgenden Herausforderungen noch nicht ausreichend erreicht wird: Die Heterogenität der TeilnehmerInnen bedingt ein breites Spektrum unterschiedlicher Bildungshintergründe und Interessen. Zudem gibt es zweierlei Hürden für die Seminaregestaltung: Zum einen strukturelle Hürden, beispielsweise längere Anreisezeiten (gerade in ländlichen Gebieten) oder familiäre Verpflichtungen, welche die Teilnahme an mehrtätigen oder ganztätigen Seminaren erschweren. Zum anderen individuelle Hürden, insbesondere Ängste und Vorbehalte gegenüber den Bildungsseminaren. Und schließlich lässt sich eine gewisse Unsicherheit bei den Trägern und Einsatzstellen feststellen, die vor allem auf die geringen Erfahrungen mit der neuen Zielgruppe zurückzuführen ist. Dies hat vielerorts lange Planungsprozesse und einen hohen personellen Aufwand bei der Seminarekonzeption zur Folge.

„Warum ich sie nicht erreiche? Also, ich habe ein paar Leute, die haben schlicht und ergreifend Sprachschwierigkeiten. [...] Wenn ich ein Schreiben so dermaßen einfach formuliere, dass es für manche nachvollziehbar ist, dann finden andere sich unter Umständen veräppelt.“ (Mitarbeiter eines Trägers)

„Ich müsste, streng genommen, jeden Tag unterwegs sein, die Leute persönlich kennen lernen, persönliche Vorbehalte ausräumen, sie persönlich einladen, weil, die Erfahrung, die ich gemacht habe, [an den] Bildungstagen, wo die Leute da waren, sind alle freudig auseinander gegangen und alle haben sich wieder angemeldet.“ (Mitarbeiter eines Trägers)

Doch ohne diese Lernkomponente hat das Format BFD wenig Profil und kann sich nur schwer von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder „normalem“ Engagement abgrenzen. Es stellt sich also die Frage, wie eine klare Positionierung gelingen und eine höhere Verbindlichkeit für die Bildungstage implementiert werden kann, ohne mit Zwang zu agieren. Nach Schätzungen der befragten Experten und gemäß der Analyse der Statistiken des BAFzA für die eigene Zentralstelle nehmen derzeit etwa 25 Prozent der älteren Freiwilligen ein Seminarangebot wahr.

„Und im Ehrenamt oder bürgerschaftlichen Engagement ist eben diese Freiwilligkeit auch wirklich freiwillig. [...] Also die Vorstellung, einem 70-jährigen zu erklären: ‚Du musst jetzt an einem Seminar teilnehmen, ansonsten komme ich vorbei und ziehe Dir die Ohren lang oder ich drohe Dir oder nehme Dir irgendwas weg‘, war uns zutiefst suspekt.“ (Verbandsvertreter)

Die Experteninterviews zeigen, dass auch die zweite Säule, die tägliche pädagogische Begleitung der Freiwilligen in den Einsatzstellen, neue und hohe Herausforderungen an die Beteiligten stellt. So ist es für AnleiterInnen, die jahrelang mit jungen Zivildienstleistenden oder Freiwilligen gearbeitet haben, nicht immer einfach, den richtigen Umgang mit den älteren Freiwilligen zu finden.

„Es gibt auch in den Einsatzstellen relativ große Scheu jemand Älterem zu sagen, wie er denn seine Arbeit zu tun hat. Also, das haben wir auch öfter mal mitbekommen.“ (Mitarbeiter eines Trägers)

Die älteren Freiwilligen kommen mit reichhaltiger Lebenserfahrung und suchen nicht nach den klassischen Lernerlebnissen wie das junge Freiwillige tun, wenn sie praktische Erfahrungen nach der Schule sammeln wollen. Auch ist wohl die Persönlichkeitsentwicklung beim Großteil der Zielgruppe 27+ weitgehend abgeschlossen – eine Komponente, die gerade im FSJ/FÖJ in der pädagogischen Begleitung fokussiert wird. Daher stellt sich die Frage: Wie kann Bildung für die Zielgruppe 27+ sinnvoll gestaltet werden? Könnte ein individuelles Coachingkonzept – beispielsweise angelehnt an den französischen Service Civique – die klassische Bildungskomponente ablösen?

FAZIT

Das Experiment „Altersöffnung“ ist nach unserer Einschätzung noch nicht abgeschlossen. Gewiss ist, dass sich ältere Freiwillige in unerwartet großem Umfang für den BFD interessieren. Diese starke Resonanz hat aber offenbar viele Akteure im BFD recht unvorbereitet getroffen. Die Rahmenbedingungen, besonderen Bedarfe und individuellen Erwartungen dieser Menschen unterscheiden sich maßgeblich von denen der bisherigen Zielgruppen in den Jugendfreiwilligendiensten und im Zivildienst. Insbesondere folgende Punkte erscheinen uns für die anstehende Nachjustierung besonders dringlich:

- Zum einen muss ein vergleichbares Bildungsangebot für alle Freiwilligen 27+ im BFD gewährleistet werden; es ist eine Chance, aber auch ein klarer Auftrag, gerade Menschen jenseits der klassischerweise engagierten Mittelschicht für Bildungsprogramme zu begeistern.
- Zum anderen befindet sich die Klientel 27+ häufig nicht in einer Übergangsphase und sucht nach einer längerfristigen Einbettung in organisationale Strukturen auch nach dem zeitlich befristeten Freiwilligendienst; darauf sind die meisten Organisationen bisher noch nicht eingestellt.
- Und schließlich darf ein Freiwilligendienst nicht als arbeitsmarktpolitische Maßnahme wahrgenommen werden. Gerade weil die zeitliche Befristung, der Stundenumfang und die Möglichkeit des Zuverdienstes zu ALG II für die Beteiligten Parallelen aufweisen könnte, muss hier durch eine gelebte Anerkennungskultur, einen verantwortlichen Umgang mit den Freiwilligen und durch klare Aufgabenbeschreibungen entgegen gewirkt werden.

Denn wird die Bildungskomponente nicht ausreichend verankert, so birgt das eine doppelte Gefahr: Zum einen die der Instrumentalisierung des Dienstes und insbesondere der Freiwilligen, zum anderen die Gefahr der Monetarisierung ehrenamtlichen Engagements. Für die Zukunft wird eine zentrale Frage sein, worin eigentlich ein erfolgreicher Freiwilligendienst für die Zielgruppe 27+ besteht. Welche Wirkung kann ein solches Format erzielen, zum einen für die Freiwilligen selbst, aber auch für die Gesellschaft?

Zum Weiterlesen:

- Annelie Beller und Rabea Haß (2013): **Experiment Altersöffnung: Politische Ziele und nicht-intendierte Folgen – empirische Befunde aus der Pionierphase des Bundesfreiwilligendienstes.** Voluntaris. Kölner Wissenschaftsverlag, Heft 1/2013, S. 52-74.
- Annelie Beller, Rabea Haß und Georg Mildenerger (2012): **Der Bundesfreiwilligendienst: Ein Governance-Spagat zwischen Offenheit und Beliebigkeit.** Forschungsjournal Soziale Bewegungen - Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft, Heft 4/2012, S. 117-122.
- Rabea Haß und Annelie Beller (2012): **Der Bundesfreiwilligendienst: Chancen und Herausforderungen nach einem Jahr.** In: Der Landkreis. Zeitschrift für Kommunale Selbstverwaltung, 12/2012, S. 690-692.
- Rabea Haß und Annelie Beller (2012): **Offenheit als Chance und Risiko zugleich. Der Bundesfreiwilligendienst ist gut gestartet, aber noch nicht am Ziel.** Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 6/2012, S. 209-2012.
- Helmut K. Anheier, Annelie Beller, Rabea Haß, Georg Mildenerger und Volker Then (2012): **Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst.** Erste Erkenntnisse einer begleitenden Untersuchung. CSI und Hertie School of Governance. Heidelberg und Berlin.

IMPRESSUM:

Die vorliegende Studie ist Teil der mehrjährigen Forschungs Kooperation „Aktuelle Debatten und Entwicklungen im deutschen Nonprofit-Sektor“ der Hertie School of Governance und des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Ziel der Kooperation ist es, einen wissenschaftlichen Beitrag zu relevanten Fragestellungen im Nonprofit-Sektor zu leisten. Die Forschungs Kooperation wird von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung ermöglicht.



Autorinnen: Annelie Beller und Rabea Haß

Herausgeber:

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI)
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Adenauerplatz 1 | 69115 Heidelberg
Telefon: +49 (0)6221 - 541 19-50
Telefax: +49 (0)6221 - 541 19-99
csi@csi.uni-heidelberg.de

Hertie School of Governance GmbH
Friedrichstraße 180 | 10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 - 25 92 19-0
Telefax: +49 (0)30 - 25 92 19-111
info@hertie-school.org

Gestaltung: Matthias Jäger
Druck: trigger.medien.gmbh

Stand: Mai 2013, 1. Auflage

DIE ALTERSÖFFNUNG IM BUNDESFREIWILLIGENDIENST

Annelie Beller, M.A.
Rabea Haß, M.A.

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
15. Mai 2013



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG



Die Studie

CSI/Hertie Studie zum Bundesfreiwilligendienst

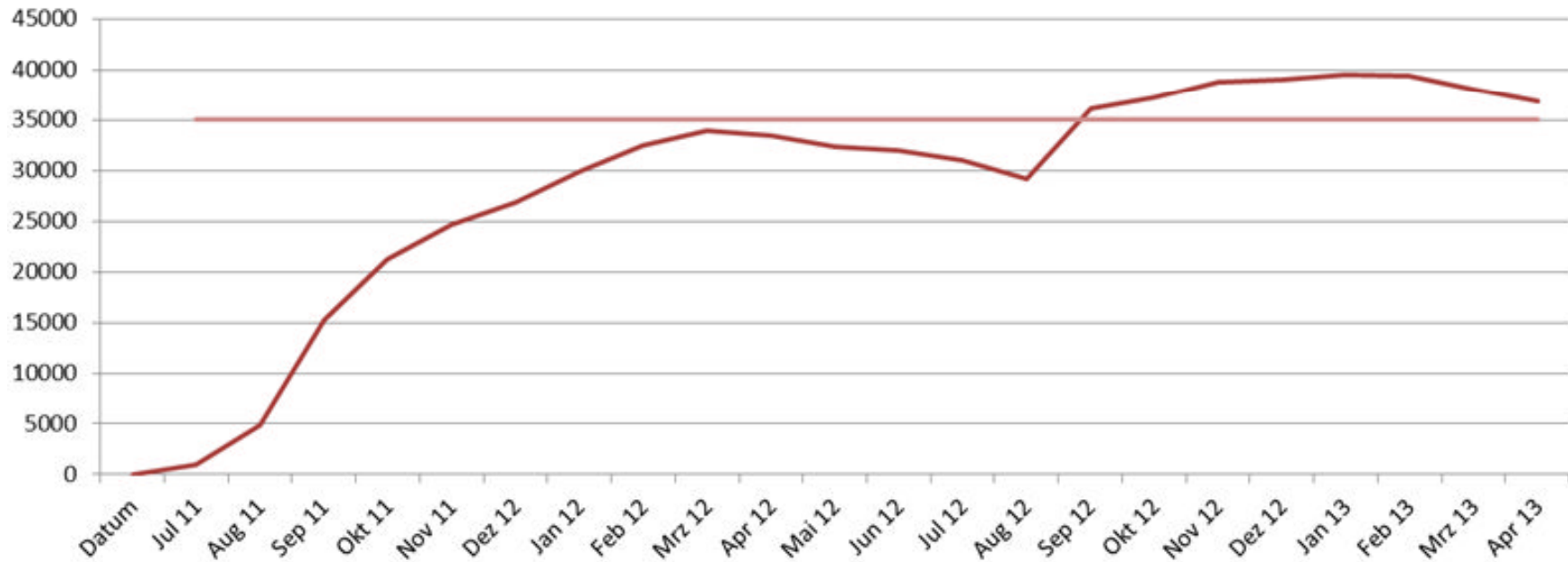


- Qualitative Studie
- Erhebungszeitraum: Juli 2011 – Januar 2013
- Erhebungsmethoden:
 - Experteninterviews
 - Fokusgruppen
 - Monitoring
 - Medienanalyse
 - Forenanalyse
 - Dokumentenanalyse

Der Bundesfreiwilligendienst

Ein Novum in Europa, das auf breites Interesse stößt

- Europaweit der erste ‚klassische‘ Freiwilligendienst, der allen Generationen offen steht
- Im April 2013 engagieren sich 36.792 Freiwillige im BFD:



Gesamtzahl der Bundesfreiwilligen von Oktober 2011 – April 2013
(Quelle: BAFzA, eigene Berechnung)

Quantitative Beobachtungen

40% der Freiwilligen sind 27 Jahre und älter

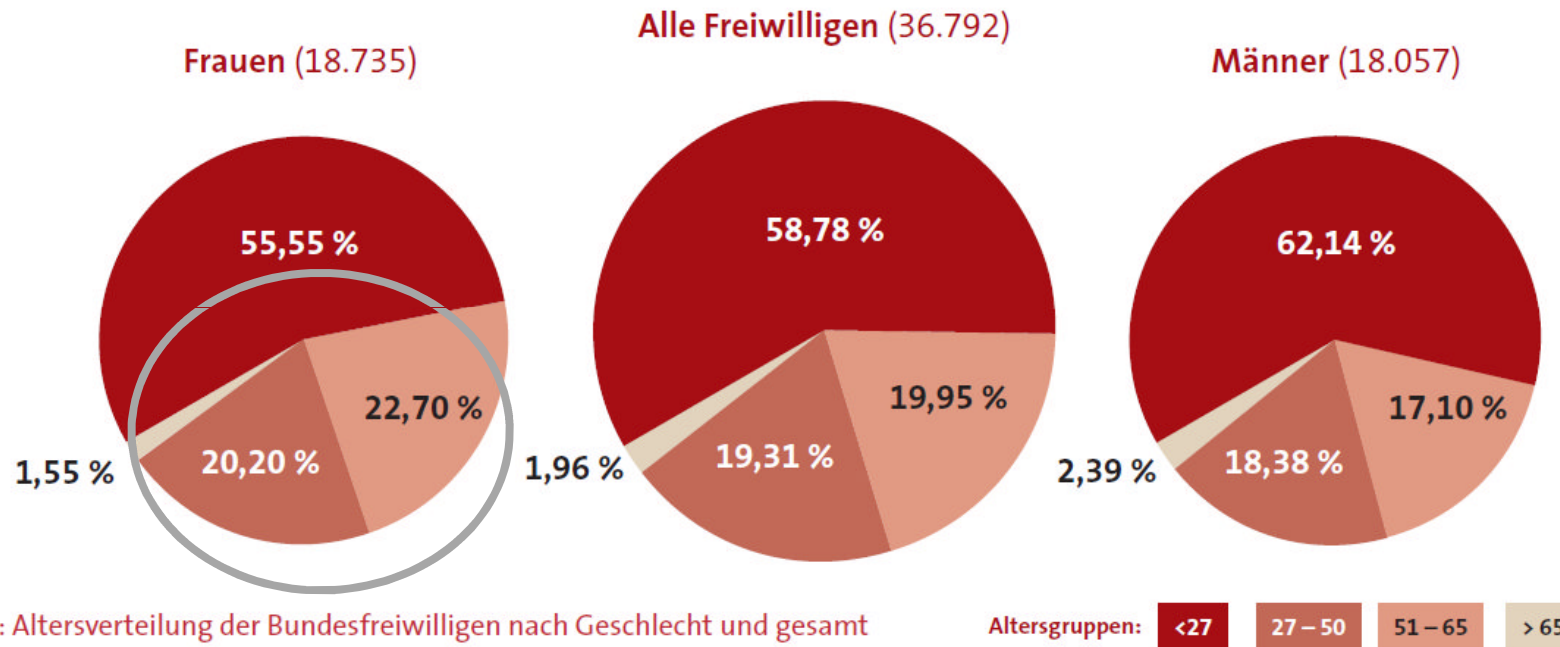


Abb. 2: Altersverteilung der Bundesfreiwilligen nach Geschlecht und gesamt in Prozent (Quelle: BAFzA, eigene Berechnung | Stand: 30. April 2013)

Quantitative Beobachtungen

Im Osten dominieren weiterhin die Älteren

- Ost-West Unterschiede verstärken sich im letzten Jahr weiter
- Im Westen steigt der Anteil 27+ um 3,8 auf **18,6 Prozent**
- Im Osten (inkl. Berlin) steigt der Anteil 27+ um 11,5 auf **76,5 Prozent**

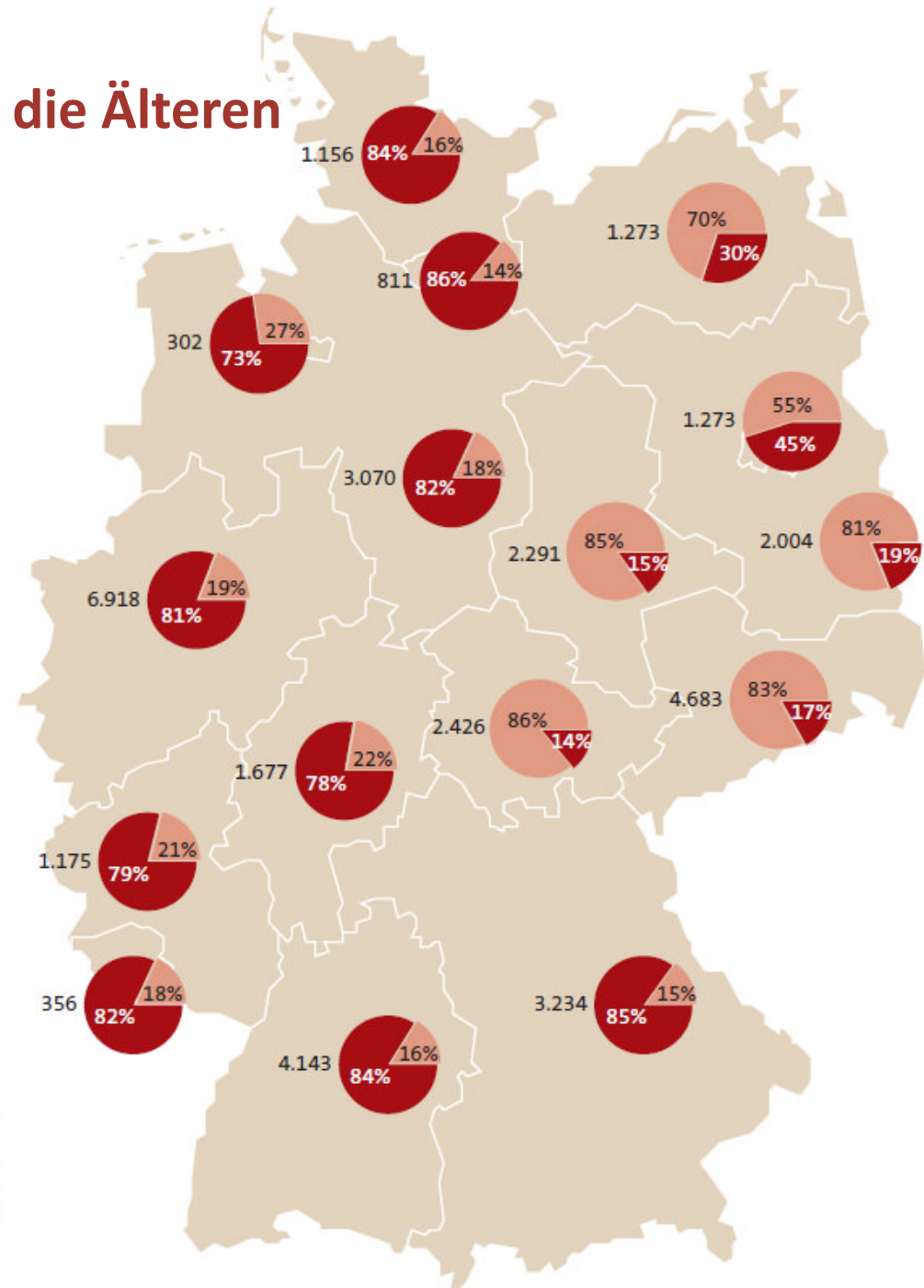


Abb. 1: Bundesfreiwillige nach Bundesländern und Alter
(Quelle: BAFzA, eigene Berechnung
| Stand: 30. April 2013)

Quantitative Beobachtungen

Gegensätzliche Altersstrukturen in Sachsen und Baden-Württemberg

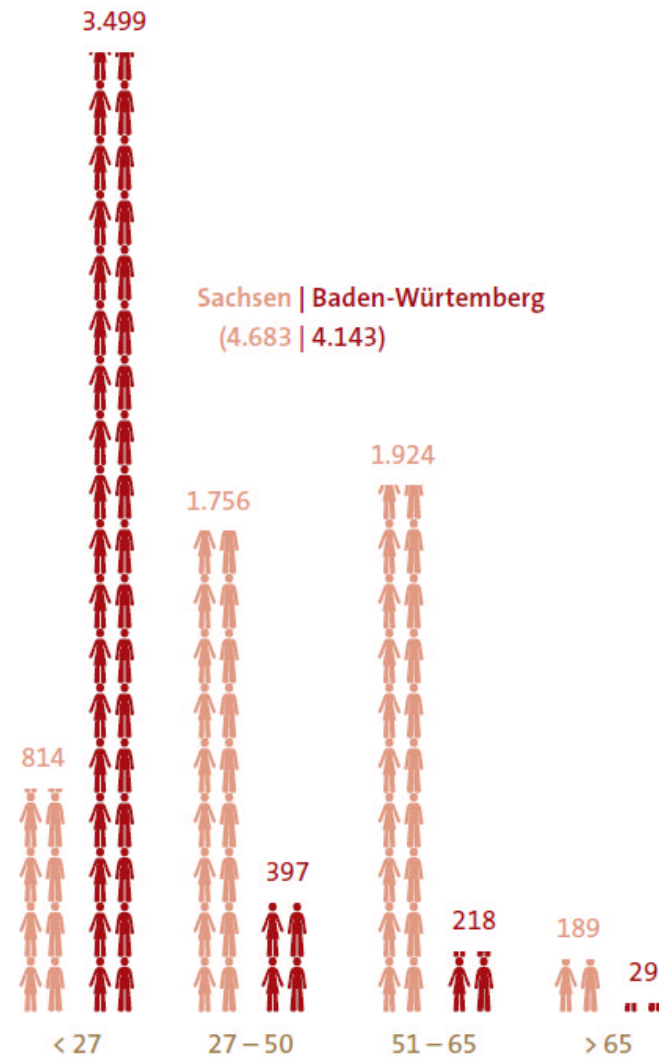


Abb. 3: Altersverteilung der Bundesfreiwilligen in Baden-Württemberg und Sachsen
(Quelle: BAFzA, eigene Berechnung | Stand: 30. April 2013)

Quantitative Beobachtungen

Wer macht den Dienst für 18 Monate?

1.259 Freiwillige bis 27

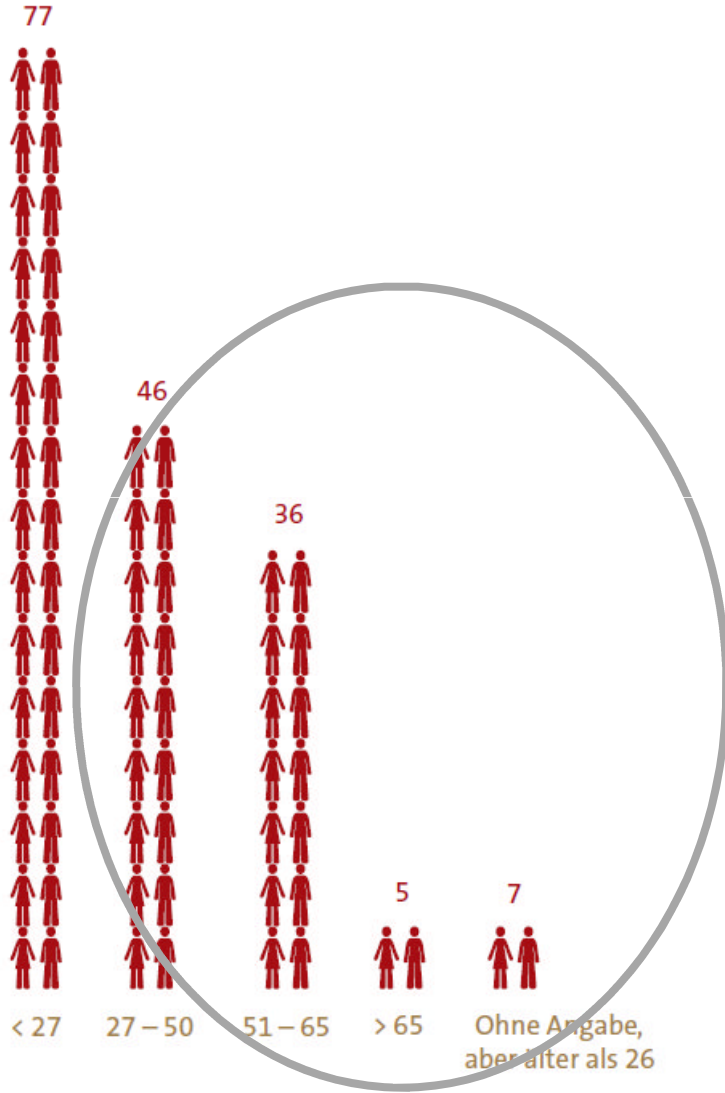
≙ 5,5 Prozent

9.187 Freiwillige 27+

≙ 60,5 Prozent

Qualitative Beobachtungen

Hintergründe der FokusgruppenteilnehmerInnen



87 befragte Freiwillige 27+

- 60 Personen arbeitssuchend
- 10 Personen vorher in Beschäftigung
- 9 Personen gaben „Sonstiges“ an
- 6 Personen in Rente
- Je eine Person in Ausbildung & Studium

Abb. 4: Altersverteilung Fokusgruppenteilnehmer
(Quelle: Eigene Erhebung | Stand: Januar 2013)

Qualitative Beobachtungen

Motive der FokusgruppenteilnehmerInnen 27+

Nach Häufigkeit der Nennung:

- Freude an der Tätigkeit
- Alternative zu Erwerbstätigkeit
- Intensivierung ehrenamtlichen Engagements
- Berufliche Neuorientierung
- Gesellschaftliche Integration & Teilhabe
- (finanzielle) Statusverbesserung

Qualitative Beobachtungen

3 Typen von älteren Freiwilligen in den Fokusgruppen

Typ 1
BFD als Qualifizierung

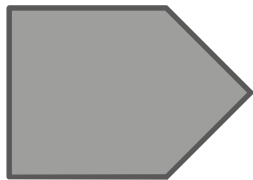
Typ 2
Alternative zu
Erwerbsarbeit oder
AGH-MAEs

Typ 3
BFD als Sinnstifter

Erste Schlussfolgerungen

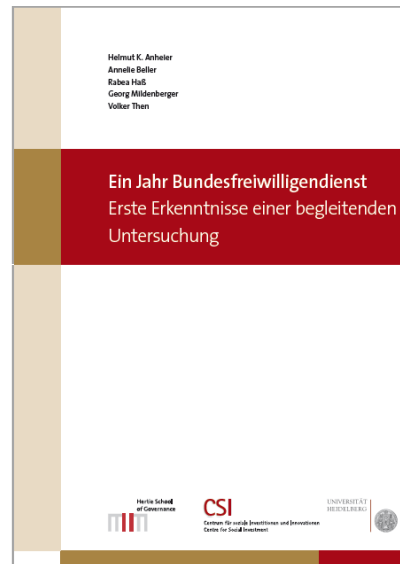
Was folgt aus der Altersöffnung im Bundesfreiwilligendienst?

1. Für die Älteren ist der Dienst aus unterschiedlichen Gründen sehr attraktiv.
2. Die Älteren kommen nicht nur für eine Übergangsphase in die Einsatzstellen.
3. Durch die rege Beteiligung der Älteren muss sich der Dienst von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen abgrenzen.
4. Für die Älteren ist der BFD kein klassischer Lerndienst.



Durch die Älteren muss sich das Format Freiwilligendienst die Frage nach Sinn und Wirkung neu stellen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Die Studien stehen auch als PDF zum Download bereit unter:
www.csi.uni-hd.de und www.hertie-school.org

Kontakt: hass@hertie-school.org
annelie.beller@csi.uni-heidelberg.de